

Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen

1. Einleitung
 - 1.1. Streitfall Reparationen
 - 1.2. Quellenprobleme
 - 1.3. Forschungsstand
 - 1.4. Abgrenzung der Untersuchung
 - 1.5. Begriffsbestimmung der Reparationen
 - 1.6. Wahl eines einheitlichen Vergleichsmaßstabes
2. Vorstellungen der UdSSR und der Moskauer Exil-KPD zur wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege
 - 2.1. Vorstellungen der UdSSR und die Konferenzen von Jalta und Potsdam
 - 2.2. Wirtschaftspolitische Vorstellungen der Exil-KPD
3. Wirtschaftliche Ausgangslage
 - 3.1. Strukturveränderungen während der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft
 - 3.2. Demographische Probleme
 - 3.3. Wirtschaftsverflechtung und Außenhandel
 - 3.4. Kriegsschäden
 - 3.5. Zusammenfassung:
4. Beute (Trophäengut)
 - 4.1. Begriffsbestimmung
 - 4.2. Historischer Ablauf
 - 4.3. Quellen und Schätzmethode
 - 4.4. Zusammenfassung
5. Demontagen und ihre Folgen
 - 5.1. Begriffsbestimmung
 - 5.2. Historischer Ablauf
 - 5.3. Umfang der Demontagen
 - 5.4. Kurzfristige Folgen
 - 5.5. Mittel- und längerfristige Folgen
 - 5.6. Quellen und Schätzmethode
 - 5.7. Zusammenfassung
6. Besatzungskosten
 - 6.1. Begriffsbestimmung
 - 6.2. Historischer Ablauf

-
- 6.3. Quellen und Schätzmethode
 - 6.4. Zusammenfassung
 7. Lieferungen aus der laufenden Produktion
 - 7.1. Begriffsbestimmung
 - 7.2. Historischer Ablauf
 - 7.3. Quellen und Schätzmethode
 - 7.4. Zusammenfassung
 8. Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)
 - 8.1. Begriffsbestimmung
 - 8.2. Historischer Ablauf
 - 8.3. Quellen und Schätzmethode
 - 8.4. Zusammenfassung
 9. Sonderfall Wismut AG
 - 9.1. Begriffsbestimmung
 - 9.2. Historischer Ablauf
 - 9.3. Zusammenfassung
 10. Erbeutete Reichsbanknoten und Besatzungsgeld
 - 10.1. Begriffsbestimmung
 - 10.2. Historischer Ablauf
 - 10.3. Quellen und Schätzmethode
 - 10.4. Zusammenfassung
 11. Außenhandelsverluste
 - 11.1. Begriffsbestimmung
 - 11.2. Historischer Ablauf:
 - 11.3. Schätzmethode
 - 11.4. Zusammenfassung
 12. Intellektuelle Reparationen
 - 12.1. Begriffsbestimmung
 - 12.2. Historischer Ablauf
 - 12.3. Quellen und Schätzmethode
 - 12.4. Zusammenfassung
 13. Auslandsvermögen
 - 13.1. Begriffsbestimmung
 - 13.2. Historischer Ablauf
 - 13.3. Quellen und Schätzmethode
 14. Bilanz und Vergleich
 - 14.1. Schlußbetrachtung
 - 14.2. Offizielle sowjetische Rechnungen und ihre Grenzen
 - 14.3. Bilanz der wichtigsten von der SBZ/DDR getätigten Leistungen
 - 14.4. Vergleich der Reparationsleistungen beider Teile Deutschlands
 - 14.5. Resümee

15. Anhang

- 15.1. Von den Gutachtern neu erschlossene Quellen
- 15.2. Alliierte Protokolle
- 15.3. Ausgewählte Dokumente über Demontagen, SAG-Betriebe und Lieferungen aus der laufenden Produktion
- 15.4. Schulden und Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik ab 1953
- 15.5. Das weitgehende Ausbleiben von Wiedergutmachungsregelungen und Kriegssopferversorgung in der DDR

1. *Einleitung*

1.1. *Streitfall Reparationen*

Der publizistische und wissenschaftliche Meinungsstreit um die Reparationsleistungen der SBZ/DDR ist so alt wie das Problem selbst. Kurz nach Beginn der deutschen Wiedergutmachungsleistungen setzten intensive Versuche zur Erfassung der Transferleistungen ein. Sie wurden in starkem Maße von den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Interessen in West und Ost überlagert. Während die eine Seite bestrebt war, die „Ausplünderung der Sowjetzone durch die Sowjets“¹ in den Vordergrund zu stellen, sprach die andere Seite von den „ungeheuren Leistungen...“, die von den imperialistischen Besatzungsmächten aus Westdeutschland herausgepreßt wurden“². Auf östlicher Seite sind die Reparationen stets als Staatsgeheimnis behandelt worden, und die wenigen offiziell veröffentlichten Zahlen trugen propagandistischen Charakter. Das postulierte Bündnis mit der UdSSR sollte keinesfalls diskreditiert werden, weshalb an eine wissenschaftliche Analyse der deutschen Reparationsleistungen auf östlicher Seite nicht zu denken war.

Stattdessen galt es in der Geschichtsschreibung der DDR seit den 50er Jahren als ausgemacht, daß vor allem die großen Kriegszerstörungen im Osten Deutschlands für die im Vergleich zur Bundesrepublik ungünstigen Startbedingungen verantwortlich seien. Ohne seriöse wissenschaftliche Untersuchungen wurde ein Bild von totaler Zerstörung und Chaos gezeichnet, das sich durchaus mit dem visuellen Erleben der Kriegsgeneration zu decken schien. Viele Städte lagen in Schutt und Asche. Auf das industrielle Anlagevermögen traf diese Aussage indes nicht im gleichen Maße zu. Ungeachtet dessen war in den Standardwerken der DDR-Geschichtsschreibung von einer zu 40 %

1 Sopade-Informationsdienst (Hg. vom Vorstand der SPD), Die Reparationen in der Sowjetzone von 1945 bis 1953, Denkschriften 51, Bonn (1953), S. 1

2 Vgl. Die wirtschaftliche Belastung Westdeutschlands durch das Besatzungsregime der Westmächte. Schriften über die Lebensfrage der deutschen Nation, Nr. 1, o.O. (1954)

kriegszerstörten Industrie im Osten Deutschlands die Rede, wohingegen die Zerstörungen in Westdeutschland bei 20 % gelegen haben sollten.³

Während folglich die Historiker im Osten dazu neigten, Kriegsschäden und Spaltungsdisproportionen als die Hauptbelastungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der DDR anzusehen, wurde im Westen dem Ressourcenentzug durch die Sowjetunion größeres Gewicht beigemessen.

In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ist die sowjetische Besatzungs- und Reparationspolitik als ein abschreckendes Beispiel empfunden worden. Die deutsche Schuld am Krieg und die Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachungsansprüche der Kriegsgegner wurden zumeist nur beiläufig erwähnt.⁴ Die Hilfe der USA beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik hat dagegen ein so hohes Maß an Publizität erfahren, daß darüber die zeitweilige Härte der Demontagepolitik fast ganz in Vergessenheit geriet.

In der Tagespresse machten ins Gigantische aufgeblähte Berechnungen über die sowjetischen Reparationsentnahmen die Runde.⁵ Mit den Grundlagen für solcherlei Rechenexempel nahmen es die Redakteure nicht allzu genau. So wurden für die SBZ auch die Verluste aus den Gebietsabtretungen an Polen und die UdSSR sowie die Umsiedlungen in Rechnung gestellt. Das waren jedoch Verluste, die das deutsche Volk insgesamt erlitten hatte.

Allerdings bemühten sich Wissenschaftler aus den USA und Westeuropa seit Ende der 40er Jahre um eine Auswertung der wichtigsten damals zugänglichen Quellen. Dadurch konnte insgesamt ein wesentlich realistischeres Bild von den Reparationsleistungen beider deutscher Staaten gewonnen werden als dies auf östlicher Seite möglich war.

Daß die gesamte Problematik der Reparationen vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und noch fortbestehender Wiedergutmachungsansprüche von der Bundesregierung zurückhaltend behandelt wurde, ist verständlich. Aus diesen Gründen blieben auch die bisher aussagefähigsten Materialien, zwei im Auftrag des Bundesfinanzministeriums 1968 bzw. 1972 angefertigte Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), einem öffentlichen Zugang versperrt.

Wiederholt lösten Fragen des Vergleichs der Reparationsbelastungen beider Teile Deutschlands scharfe politische Kontroversen aus. Es sei an dieser Stelle nur auf die Wiedergutmachungsforderungen von Ulbricht gegenüber

3 Vgl.: Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 15

4 Vgl. Sopade-Informationsdienst. Denkschriften 29, „Die sowjetische Reparationspolitik seit 1945“ Hg: Vorstand der SPD, S. 1 ff.

5 Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vermeldete am 25.8.1953 sowjetische Reparationsentnahmen bis Ende 1951 in Höhe von 60 Mrd. Dollar. „Der Telegraph“ vom 28.11.1953 berichtete von 240 Mrd. DM.

der Bundesregierung vom April 1965⁶ sowie auf das Buch von Hans Apel „Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft“ von 1966 verwiesen.

Im Vorfeld des Treffens von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt im Jahr 1970 lebte die Debatte um die einseitigen Nachkriegslasten nochmals auf. Aus der Umgebung des Bundeskanzlers verlautete, daß die Bundesrepublik die besondere Höhe der Kriegsfolgelasten der DDR anzuerkennen bereit sei. Brandt schlug Stoph eine gemeinsame Prüfung der Höhe der Nachkriegsbelastungen beider Teile Deutschlands vor.⁷ Eine Mitverantwortung für die Ergebnisse der Gesellschaftspolitik der SED (Stichwort: Fluchtwelle) lehnte er jedoch entschieden ab.

Die DDR-Seite befand sich nun in einer Zwickmühle:

- 1) Die tatsächlichen Belastungen infolge der sowjetischen Reparationspolitik waren von ihr nie ermittelt worden.⁸ Aus Botmäßigkeit gegenüber der Sowjetunion konnte nur auf deren offizielle (zu niedrig angesetzte) Abrechnung der Reparationsleistungen zurückgegriffen werden.
- 2) Andererseits wurden die der DDR entstandenen Verluste aus dem Kalten Krieg und der massenhaften Abwanderung von Bürgern der Politik der Bundesregierung angelastet, was diese zurückwies.
- 3) Eine völkerrechtlich verbindliche Festlegung der Höhe der Reparationen hatte es bekanntlich nicht gegeben, so daß auch eine Aufteilung auf beide deutschen Staaten nicht möglich war. Gemäß den Potsdamer Beschlüssen trugen die Besatzungsmächte die alleinige Verantwortung für die Reparationspolitik.

Dennoch erschienen Verhandlungen über einen Reparationsausgleich im Rahmen der Gespräche Brandt-Stoph nicht völlig aussichtslos. An einer zu weitgehenden deutsch-deutschen Annäherung hatte jedoch die Sowjetunion kein Interesse und intervenierte gegenüber der DDR.⁹ Eine deutsch-deutsche Arbeitsgruppe „Nachkriegslasten“ kam daher nicht zustande.

6 Auf dem 9. Plenum des ZK der SED im April 1965 forderte Ulbricht von der Bundesregierung die Wiedergutmachung von Verlusten durch einseitige Reparationslasten und Wirtschaftskrieg in Höhe von 120 Mrd. Mark. Bei aller Fragwürdigkeit der Rechnung Ulbrichts, der auch die Ausbildungskosten von mehr als 2 Millionen geflüchteten DDR-Bürgern in Anschlag brachte, war die Tatsache kaum zu bestreiten, daß die SBZ/DDR bis 1953 den Löwenanteil der Reparationslasten trug. Darauf hatten bereits der Bremer Historiker Arno Peters 1964 mit einem „Reparations-Ausgleichs-Plan“ und der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Fritz Baade, 1965 hingewiesen. (Vgl. I. L. Collier, Reparationen und Professor Peters Schuld, in: Deutschland-Archiv 1990/6, S. 873 sowie: Die Presse der Sowjetunion, Ausgabe A, Nr. 46 vom 21.4.1965)

7 Vgl. „Spandauer Volksblatt“ vom 24. März 1970

8 Selbst der als Reformler geltende Chef der Staatlichen Plankommission, Dr. Erich Apel, untersagte 1965 in brüsker Form die Unterstützung eines Forschungsvorhabens der Humboldt-Universität, in dessen Mittelpunkt schon damals die Untersuchung der Nachkriegslasten der SBZ/DDR stehen sollte.

9 Sinngemäß soll Abrassimow gegenüber Ulbricht geäußert haben: „Ihr bekommt sowieso nichts, das führt nur zu einer neuen Antisowjethetze“, vgl. „Berliner Zeitung“ vom 20. Februar 1990.

Je weiter die Wiedervereinigung in scheinbar unerreichbare Ferne rückte, desto mehr ließ das öffentliche Interesse am Reparationsthema nach. Allerdings lebte die Diskussion um die deutschen Wiedergutmachungsleistungen im Vorfeld der Wiedervereinigung 1989/90 nochmals auf. Vor den Märzverhandlungen von 1990 hoffte die Modrow-Regierung, von der Bundesrepublik Zahlungen in Höhe von 15 Mrd. DM zu erhalten. Bei der Begründung dieser Forderung spielte ein „Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Zahlung ihrer Reparations-Ausgleichs-Schuld an die DDR“ eine gewisse Rolle.¹⁰ Doch auch mit kurzfristig zur Verfügung gestellten Milliardenbeträgen wäre die DDR-Wirtschaft nicht mehr zu stabilisieren, geschweige denn zu sanieren gewesen.

Nicht vergessen werden dürfen die 1990 erneuten außenpolitischen Dimensionen des Reparationsproblems, waren doch laut Londoner Schuldenabkommen von 1953 neuerliche Reparationsforderungen durchaus denkbar.¹¹ Die endgültige Regelung der Reparationsforderungen ist ja im Artikel 5 des Abkommens ausdrücklich bis zu einem künftigen Friedensvertrag vertagt worden. Mit den „2 plus 4 Gesprächen“ konnte jedoch diesbezüglich unter den Zweiten Weltkrieg ein Schlußstrich gezogen werden.

Dennoch war mit der Wiedervereinigung das Reparationsthema nicht erledigt. Nunmehr stand die gesamte deutsche Nachkriegsgeschichte bis zum Jahr 1990 auf dem Prüfstand. Auf Grundlage der jetzt größtenteils erstmals zugänglichen Quellen aus den Archiven der ehemaligen DDR und UdSSR können bisherige Aussagen einer kritischen Prüfung unterzogen und neue Fragestellungen diskutiert werden. Nur eine quellenorientierte Analyse kann letztlich zu einer ausgewogenen Sicht auf die Anfangsjahre der SBZ/DDR beitragen.

1.2. *Quellenprobleme*

Bei der Untersuchung der Reparationsleistungen Ostdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Quellenlage ein besonderes Problem.¹² Die Tatsache, daß sich in den Archiven der DDR keine zusammenfassenden Aufstellungen sämtlicher Reparationsleistungen der SBZ/DDR finden, ist ein weiteres Indiz dafür, daß die ostdeutschen Verwaltungseinrichtungen nur eingeschränkte

10 Erneut veröffentlichte Arno Peters einen „Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Zahlung ihrer Reparations-Ausgleichs-Schuld an die Deutsche Demokratische Republik“. Peters rechnete mit fragwürdigen Methoden vor, daß die Bundesrepublik bis 1953 Reparationen in Höhe von 2,1 Mrd. DM und die DDR Reparationen in Höhe von 99,1 Mrd. DM geleistet habe. Unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen beider deutscher Staaten und einer Zinseszinsrechnung kam Peters sodann zu einer fiktiven Reparations-Ausgleichssumme von 727,1 Mrd. DM, die die Bundesrepublik der DDR angeblich schulden würde.

11 Vgl. „Wirtschaftswoche“ vom 16. März 1990

12 Vgl. Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen, Neue Quellen und Problemstellungen zu den Reparationsleistungen der SBZ/DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 1993/6

Kontrollbefugnisse besaßen. Alle wesentlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit den Reparationen wurden von sowjetischen Stellen getroffen. Die deutschen Verwaltungen waren bis zum Abbruch der Reparationsleistungen Hilfsorgane, deren Aufgaben allerdings im Reparationszeitraum, insbesondere nach Bildung der Verwaltung bzw. des Amtes für Reparationen Mitte 1948, stark anwuchsen.

Die von den sowjetischen und deutschen Stellen befolgte strikte Geheimhaltung in allen Reparationsangelegenheiten steht in auffallendem Widerspruch zur Überzeugtheit der sowjetischen Vertreter von der Rechtmäßigkeit ihres Reparationsanspruchs. Auch die Tatsache, daß die Reparationen sehr schnell zu Anlaß und Anstoß von Auseinandersetzungen mit den Westmächten geworden waren, hat die sowjetischen Stellen zu strikter Geheimhaltung veranlaßt.

In den ersten Nachkriegsjahren ließen sich aber die Traditionen der deutschen Wirtschaftsbürokratie nicht ad hoc verdrängen. Vor allem diesem Umstand verdanken wir unser Wissen über das Ausmaß der Nachkriegsbelastungen der SBZ/DDR. Obwohl sich die sowjetischen Besatzungsbehörden nach Kräften bemühten, die aktenkundigen Spuren ihrer Reparationspolitik zu tilgen, gelang es den deutschen Wirtschaftsbehörden vielfach, einen recht genauen Überblick über das Ausmaß der Demontagen und Reparationsleistungen zu gewinnen. Die wichtigsten für die Expertise größtenteils im Erstzugriff dazu erschlossenen archivalischen Quellen sind im Anhang aufgeführt.

Mit Hilfe dieser neu erschlossenen Quellen ist eine Präzisierung der bisher vorgenommenen Berechnungen der Reparationslasten der DDR möglich. Dennoch lassen sich nicht alle Positionen der Gesamtrechnung exakt erfassen. Ein Teil der Unterlagen gilt als vernichtet bzw. ist noch immer nicht zugänglich, wie z. B. das in Moskau lagernde Schriftgut der Wismut AG.

Aus unvollkommenen Unterlagen läßt sich somit kein vollkommenes Ergebnis gewinnen.

Die im Gutachten dargelegten Zusammenhänge und Zahlen widerspiegeln deshalb den aktuellsten Forschungsstand. Aber erst die weitere Erschließung der russischen Archive wird zu einer Abrundung des Bildes beitragen.

1.3. *Forschungsstand*

Auf westlicher Seite wurde hauptsächlich Ende der 40er und in den 50er Jahren der Versuch unternommen, auf Basis vieler Einzeldaten und Berichte, die Reparationsleistungen der SBZ/DDR hochzurechnen. Dies gilt insbesondere für folgende Veröffentlichungen: Sopade-Informationsdienst¹³, Schriftenreihe

¹³ Sopade-Informationsdienst (Hg. vom Vorstand der SPD), Die Reparationen ... a.a.O.

des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMfGF)¹⁴, Sammelstudien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)¹⁵ sowie die Einzelarbeiten von Gustav-Wilhelm Harmssen¹⁶, Franz Rupp,¹⁷ Bruno Gleitze¹⁸, Rudolf Meimberg¹⁹ und Peter J. Nettel.²⁰

Infolge der eingeschränkten Quellenlage kam es zu beträchtlich divergierenden Angaben. Von den ebenfalls zahlreichen Veröffentlichungen mit spekulativem oder rein propagandistischem Charakter kann an dieser Stelle abgesehen werden.²¹

Während die Folgen der Demontagen in der SBZ recht gut analysiert werden konnten, blieben der Umfang der Entnahmen aus der laufenden Produktion und weiterer „verdeckter“ Reparationsleistungen strittig. Die Schätzungen schwanken sehr stark und beruhen größtenteils auf methodisch fragwürdigen Ansätzen.²²

Obwohl in der Folgezeit gegenüber den Berechnungen des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen wiederholt Zweifel angemeldet wurden, blieb der 1953 errechnete Wert von 66,4 Mrd. Mark Reparationsleistungen der SBZ/DDR (ohne Besatzungskosten) bis zur Gegenwart fester Bestandteil aller publizierten DDR-Handbücher.²³

14 Eine Liste der Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland findet sich bei: Matschke, Werner, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 362 f.

15 Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, DIW Berlin 1948

16 Harmssen, Gustav-Wilhelm, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremer Hefte Nr. 4, Bremen 1948; derselbe, Am Abend der Demontage, Bremen 1951

17 Die Arbeiten von Harmssen basierten zum großen Teil auf Materialien aus Verwaltungen der SBZ und Aussagen von Sachverständigen. Gleiches trifft auch auf die Publikationen von Rupp (siehe Anmerkung 17) zu, der bis Anfang 1947 in der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie tätig war. Inzwischen konnte die Autenzität der von Harmssen und Rupp verwendeten Demontagelisten, Finanzübersichten und SAG-Listen nachgewiesen werden.

17 Rupp, Franz, Die Reparationsleistungen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1951

Die Reparationen der Sowjetzone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1953

18 Gleitze, Bruno, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951; derselbe, Stand der Entwicklung im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1952/1, S. 58 ff.

19 Meimberg, Rudolf, Die wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin und in der sowjetischen Besatzungszone, DIW Berlin 1951

20 Nettel, Peter J., Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1953

21 Als Beispiel sei auf die Arbeit von Harald Esche, Die Ausplünderung des deutschen Ostens, München 1948 verwiesen.

22 Sichtliche Verwirrung haben 1953 veröffentlichte Arbeiten gestiftet, mit denen auf Basis dubioser Quellen die Lieferungen aus der laufenden Produktion sowie die Ausgabe von Besatzungsgeld weit überbewertet wurden. (Vgl. Die Reparationen der Sowjetzone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1953; Sopade-Informationsdienst (Hg. vom Vorstand der SPD), Die Reparationen ..., a.a.O.

23 Vgl. DDR-Handbuch (Hg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Köln 1985, S. 1121 f.

In den 80er Jahren wurden einige Arbeiten publiziert, die neue Akzente setzten. Dazu gehören die Arbeiten von Manfred Melzer²⁴, Wolfgang Zank²⁵ und Werner Matschke²⁶. Eine Neubelebung der Diskussion um die deutschen Reparationsleistungen ging in jüngster Zeit von den Monographien von John Gimbel²⁷, Christoph Buchheim²⁸ und Albrecht/Heinemann-Grüder/Wellmann²⁹ aus. In der 1992 publizierten Arbeit von Jörg Fisch³⁰ wird erstmals seit der Nachkriegszeit wieder eine Gesamtsicht auf die Reparationsleistungen beider Teile Deutschlands gegeben.

Neue Erkenntnisse zu den Hintergründen der sowjetischen Deutschlandpolitik verdanken wir insbesondere den Studien des Berliner Historikers Jochen Laufer³¹ sowie einer unveröffentlichten Arbeit des ehemaligen stellvertretenden Chefs der SMAD, Konstantin I. Kowal³². Ein wesentlicher Teil der in dieser Expertise referierten Zusammenhänge und Aussagen basiert auf den Forschungsergebnissen von Rainer Karlsch.³³

1.4. *Abgrenzung der Untersuchung*

Außer Betracht bleiben in der folgenden Analyse die Kriegsfolgeleistungen im weiteren Sinne, da sie sich schon im Grenzbereich zwischen solchen und der normalen öffentlichen Tätigkeit befanden.

Die Leistungen im Inland (Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich sowie die individuelle Wiedergutmachung) stellen Kriegsfolgebelastungen dar, gehören aber nicht zu dem in der Expertise zur Diskussion stehenden Komplex der Reparationen.

Da in der Vergangenheit von West und Ost die verschiedenen Reparationsleistungen, die reparationsähnlichen Leistungen (Schuldendienst) und Kriegsfolgebelastungen im weiteren Sinne wiederholt gegeneinander aufgerechnet wurden,

24 Vgl. Melzer, Manfred, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, DIW Berlin 1980

25 Vgl. Zank, Wolfgang, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949, München 1987

26 Vgl. Matschke, Werner, a.a.O.

27 Vgl. Gimbel, John, Science, Technology and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford California 1990

28 Vgl. Buchheim, Christoph, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990

29 Vgl. Albrecht, Ullrich/Heinemann-Grüder, Andreas/Wellmann, Arend, Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992

30 Vgl. Fisch, Jörg, Reparationen nach dem zweiten Weltkrieg, München 1992

31 Vgl. Laufer, Jochen, Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik im Alliierten Kontrollrat 1945–1948, Manuskript, Berlin 1992; derselbe, Eugen Varga und die sowjetische Reparationspolitik, Manuskript, Berlin 1992

32 Vgl. Kowal, Konstantin I., Der zweite Weltkrieg und die Reparationen, Moskau 1980 (russisch, unveröff. Manuskript)

33 Vgl. Karlsch, Rainer, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, erscheint im Herbst 1993 im Christoph Links-Verlag Berlin

ohne daß eine klare begriffliche Unterscheidung erfolgte, ist dazu eine Anmerkung nötig.

Reparationsähnliche Leistungen und Kriegsfolgeleistungen (Wiedergutmachung) sind ab 1953 in großem Umfang von der Bundesrepublik erbracht worden.³⁴ Die einzelnen Leistungsarten im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens, des Luxemburger Abkommens, mehrerer Globalabkommen und die Wiedergutmachung werden im Anhang erläutert.

Wir beschränken uns daher in der Expertise, in deren Mittelpunkt entsprechend dem Anliegen der Enquete-Kommission die Entwicklung in der SBZ/DDR steht, auf den Zeitraum von 1945 bis Ende 1953. Die Eingrenzung der Untersuchung auf diesen Zeitraum ergibt sich aus der Tatsache, daß die Sowjetunion mit dem Regierungsprotokoll vom 22. August 1953 ab 1. Januar 1954 auf jegliche weiteren Reparationsansprüche gegenüber der DDR verzichtete.³⁵

1.5. *Begriffsbestimmung der Reparationen*

Reparationen sind volkswirtschaftliche Zwangsleistungen, die nach einem Krieg vom Besiegten zugunsten des Siegers erbracht werden. Die Leistungen erfolgen zumeist einseitig, jedoch sind als Gegenleistungen Zahlungen des Siegers durchaus möglich.

Reparationen sind stets Kriegsfolgen, aber nicht alle Kriegsfolgen sind Reparationen.

So gehören die schwersten Kriegsfolgen, die Gebietsabtretungen, nicht zu den Reparationen.³⁶ Sie bleiben daher auch im Rahmen dieser Untersuchung außer Betracht.

Auch die Akkumulationsverluste durch Abwanderung werden von uns nicht untersucht.³⁷

Nicht zu den Reparationen gehören ferner die Restititionen³⁸, also die Rückgabe von Gegenständen, die vom Besiegten widerrechtlich aus besetzten Gebieten weggeführt wurden sowie die Kriegsbeute, d. h. unmittelbar durch Kampfhandlungen gewonnener Besitz (Kriegsmaterial, Kriegsflotte, Edelmetall, Rohstoffe usw.).

Die Definition des Begriffs „Kriegsbeute“ blieb unter den Siegermächten umstritten. Während die UdSSR auf der Potsdamer Konferenz für eine möglichst

34 Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., 108 ff.

35 Beziehungen DDR/UdSSR 1949–1955. Dokumentensammlung, Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Bd. 1, Berlin 1975, S. 462 ff.

36 Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., S. 17 f.

37 Vgl. Meinicke, Wolfgang, Probleme der Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde, Kiel 1993

38 Vgl. Gablers Wirtschaftslexikon, Wiesbaden 1988

weite Fassung eintrat, sperrten sich die USA und Großbritannien gegen eine zu weitgehende Auslegung. Dieser weiten Auslegung des Begriffs der Kriegsbeute wollen wir uns nicht anschließen. Schon die während der sowjetischen Trophäenaktionen bis August 1945 vorgenommenen Betriebsdemontagen können in den meisten Fällen nicht unter der Kategorie „Kriegsbeute“ subsumiert werden. Sofern es sich nicht um reine Rüstungsbetriebe handelte, sind deshalb diese Beuteaktionen unter der Kategorie „Demontagen“ den Reparationen zuzurechnen.

Reparationsleistungen können in verschiedenen Formen erbracht werden. Grundsätzlich lassen sich Geldleistungen, Sachleistungen und Arbeitsleistungen unterscheiden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Schwergewicht der Wiedergutmachung, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, auf die Sachleistungen gelegt.

Zu den Reparationen rechneten somit:

- 1) Besatzungskosten
- 2) Demontagen von Produktionsanlagen
- 3) Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens
- 4) Lieferungen aus der laufenden Produktion
- 5) Dienst- und Arbeitsleistungen zugunsten des Siegers
- 6) Übertragung von geistigem Eigentum

1.6. *Wahl eines einheitlichen Vergleichsmaßstabes*

Ein Vergleich der Nachkriegsbelastungen beider deutschen Staaten stößt auf große methodologische Schwierigkeiten, da einheitliche Maßstäbe fehlen.

Die Wirtschaftsstatistik in beiden deutschen Staaten entwickelte sich rasch auseinander. Eine auf modernen Erhebungsmethoden beruhende historische Statistik für die SBZ/DDR gibt es bisher nicht.³⁹ Die amtlichen Zahlen der DDR-Statistik sind mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nicht vergleichbar. In der vorliegenden Expertise wurde daher auf die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin und von Wolfgang Stolper⁴⁰ für die SBZ/DDR ermittelten preisbereinigten Daten zurückgegriffen.

Im abschließenden Teil des Gutachtens werden diese **einmaligen Vermögensverluste** dem 1945 **vorhandenen Volksvermögen** und die **laufenden Leistungen** für die Besatzungsmächte dem jeweiligen **Bruttosozialprodukt** gegenüberzustellen sein.

³⁹ Eine Anfrage des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin beim Statistischen Bundesamt führte leider nicht zu neuen Erkenntnissen. (Vgl. Brief von Dr. Lachnit an Prof. Baar vom 30.3.1993)

⁴⁰ Vgl. Stolper, Wolfgang F., *The structure of the East German economy*, Cambridge/Mass. 1960

Ein methodologisches Problem resultiert aus den Differenzen zwischen dem Verlust für das Inland und dem Gewinn für die Siegermächte. Je nachdem, welche Bewertungskonzeption zugrunde gelegt wird, ergeben sich stark voneinander abweichende Werte.

So haben die Demontagen vielfach zu einer erheblichen Reduzierung des deutschen Anlagevermögens geführt, ohne daß ein größerer Nutzen für die Siegermächte eintrat.

Der Streit um die Bewertung der Entnahmen spielte sich sowohl zwischen Alliierten und den Deutschen als auch zwischen UdSSR und Westmächten ab. Die Rollen waren eindeutig verteilt. Jede Seite bemühte sich, soweit möglich, die eigene Bewertungsauffassung durchzusetzen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Das vorliegende Gutachten bezieht sich deshalb durchgehend auf den Inlandsverlust, zumal es darum ging, die volkswirtschaftlichen Wirkungen der einmaligen Substanzverluste und laufenden Leistungen für die SBZ/DDR bzw. für die Westzonen/Bundesrepublik einzuschätzen.

Zum Zwecke der Vergleichbarkeit von ursprünglichen Forderungen in Dollar (Preisbasis 1938) wird dann im Schlußteil auch auf die Bewertungskonzeption der Alliierten Bezug genommen.

2. *Vorstellungen der UdSSR und der Moskauer Exil-KPD zur wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege*

2.1. *Vorstellungen der UdSSR und die Konferenzen von Jalta und Potsdam*

Noch ehe über den Ausgang des deutschen Angriffs auf die UdSSR entschieden war, äußerte Stalin im September 1941 in einem Brief an Churchill, daß die UdSSR Wiedergutmachung für die Schäden, die sie im Kriege erleide, verlangen werde. Er erklärte auch dem englischen Außenminister Eden im Dezember 1941, daß die UdSSR Reparationen verlange und stimmte mit diesem überein, daß sie in Form von Sachleistungen und nicht als Geldzahlungen zu erbringen seien.⁴¹

Für alle Fragen der wirtschaftlichen Gestaltung Europas nach dem Kriege und des Verhaltens gegenüber dem Hauptgegner Deutschland besaß die Stimme des Beraters von Stalin, Eugen Varga, besonderes Gewicht. Er galt als ausgewiesener Fachmann für die Entwicklung der kapitalistischen Staaten und hatte sich bereits in der Zwischenkriegszeit mit dem Problem der Reparationen nach dem ersten Weltkrieg befaßt und sie aus marxistischer Sicht abgelehnt.

41 Vgl. Woodward, L., *British Foreign Policy in the second World War*, Bd. 2, London 1971, S. 184

Nun mußte Varga Reparationen für die UdSSR rechtfertigen.⁴² Im Laufe des Jahres 1942 arbeitete er dazu mehrere Denkschriften aus, die hochrangigen Funktionären der UdSSR vorgelegt wurden.⁴³

Varga ging davon aus, daß

- Europa nach dem Kriege sehr verarmt sei,
- die UdSSR bei der wirtschaftlichen Gestaltung Europas nach dem Kriege eine führende Rolle zu spielen habe,
- in Europa das kapitalistische System, wenn auch geschwächt, weiterbestehen werde,
- die USA Europa als wichtigen Markt brauche, aus dem sie sich nicht wie nach dem Ersten Weltkrieg politisch zurückziehen würde,
- der Gegensatz der beiden Wirtschaftssysteme schnell die Auseinandersetzungen über die Nachkriegsgestaltung beherrschen werde.

Diese Annahmen zeigten bereits die Grundüberlegungen der UdSSR für ihre Nachkriegswirtschaftspolitik auf. Varga bewegte sich in seinen Überlegungen auf der Linie von Stalins Erklärungen gegenüber Eden und forderte, daß die Reparationen in Sachwerten geleistet und schnell nach dem Ende des Krieges erbracht werden sollten. Er rechtfertigte sie nunmehr damit, daß die zu entnehmenden Güter Eigentum des Staates oder der Bourgeoisie seien. Allerdings müsse man - so Varga - nach Möglichkeit vermeiden, die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung, insbesondere des Proletariats, ungerechtfertigt zu schädigen. Dieser an sich schon schwache Versuch, auf die Lebensbedingungen der deutschen Arbeiter eine gewisse Rücksicht zu nehmen, spielte später in der Praxis nur eine geringe Rolle.

Vom Weiterbestand des kapitalistischen Systems in Europa ausgehend, folgerte Varga, daß die Reparationen dort revolutionäre Krisen auslösen werden und daß dies der UdSSR nütze.⁴⁴

Im Jahre 1943 bildete die UdSSR zwei Kommissionen, eine außerordentliche Kommission des Rates der Volkskommissare zur Feststellung der Schäden, die die UdSSR erlitt und eine weitere beim Außenministerium für die Reparationen. Während die erste die Zahlen ermittelte, die später in den Verhandlungen mit den Alliierten die Forderungen der UdSSR belegen sollten,

42 Vgl. Kraus, Werner/Graupner, Karl-Heinz/Sieber, Rolf (Hrsg.), Ökonomielexikon, Berlin (Ost) 1988. S. 586 ff., wo bezeichnenderweise Vargas frühere Arbeiten zum Reparationsproblem mit der ablehnenden Stellungnahme nicht erwähnt werden; ferner: Laufer, Jochen, Eugen Varga und die Anfänge der sowjetischen Reparationspolitik, Manuskript, 1990. (Varga, aus Ungarn stammend, paßte in der UdSSR seinen Vornamen der russischen Handhabung an und hieß Jewgeni Samoilewitsch = J. S. Varga.)

43 Vgl. Laufer, Jochen, Varga..., a.a.O., S.2 f, S 18, Anm. 7, danach wurden bisher 4 Denkschriften gefunden, die u. a. Molotow, Wyschinski und Sobolev vorlagen.

44 Vgl. Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen, Die Reparationsleistungen Ostdeutschlands. Neue Quellen und Problemstellungen, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 1993/6; Laufer, Jochen, Eugen Varga...a.a.O., S 7 f.

stellte die zweite unter Leitung des bisherigen Botschafters in London, I. M. Maiski, einen Plan für die Reparationen auf, wie sie gegenüber den Alliierten zu vertreten seien.

Maiski zog Varga für seine Kommission heran, so daß dessen Überlegungen Kern des auszuarbeitenden Planes wurden.⁴⁵

Im Oktober 1943 veröffentlichte Varga dann einen offiziellen Artikel in der Zeitschrift „Der Krieg und die Arbeiterklasse“ mit dem Titel „Wiedergutmachung des Schadens durch Hitlerdeutschland und seine Helfershelfer“.⁴⁶ Hier wurden die Gedanken und Forderungen der UdSSR der Öffentlichkeit vorgestellt. Die wichtigsten Elemente waren:

- hohe Angaben der Schäden in Höhe von etwa 2000 Milliarden RM, verbunden mit dem Hinweis, daß die UdSSR die höchsten Verluste erlitten habe, daher bevorzugt entschädigt werden müsse,
- Wiedergutmachung durch alle am Krieg gegen die UdSSR beteiligten Staaten: Deutschland, Finnland, Italien, Rumänien, Ungarn,
- Wiedergutmachung durch Einziehung des Auslandsvermögens, Entnahmen aus dem Nationalvermögen, Lieferungen aus der laufenden Produktion, Stellung von Arbeitskräften,
- Reduzierung des Lebensstandards der Angreifer auf das Maß der Angegriffenen,
- Bestrafung der Anführer.

Die im Artikel anklingende Kritik an den westlichen Verbündeten zeigte, daß die UdSSR schon zu dieser Zeit eine Konfrontation mit ihren Kriegsverbündeten für möglich hielt.⁴⁷

Im November 1944 war den USA klar geworden, daß die Pläne der UdSSR eine völlige Umgestaltung der Wirtschaft in ihrer Zone vorsahen, vor allem aber die Ablösung aller bisher leitenden Kräfte.⁴⁸

In den Ausführungen Vargas sind die Grundzüge der späteren Reparationspolitik der UdSSR enthalten, die sie dann auch in ihrer Zone in hohem Maße durchsetzen konnte. Molotow und Maiski präzisierten auf der Konferenz von Jalta im Auftrage Stalins die Forderungen der UdSSR:

45 Vgl. Maiski, Iwan, M., Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin (Ost) 1973. S. 835, 838, 839.

46 Die Zeitschrift erschien während des Krieges in der UdSSR unter dem Titel „Vojna i rabocij klass“, der Artikel unter dem Titel „Vozmesenie uscerba gitlerovskoy Germanije i jejo soobscnikami“ in Heft 10/1943. (Eine Fotokopie des Artikels mit der deutschen Übersetzung wurde dem Historischen Institut der RWTH Aachen übergeben.)

47 Vgl. Anm. 6; ferner Matschke, Werner, a.a.O., S. 46 f.; Laufer, Jochen, Eugen Varga ...a.a.O., S. 5 ff.

48 Vgl. Foreign Relations United States (FRUS) 6199, S. 167–169, Draft Memorandum for the President, 10.11.44: „The Russian Zone might witness a sweeping out of present economic ruling groups“.

- Reduzierung der deutschen Schwerindustrie (vor allem Metallurgie, Maschinenbau, Metallverarbeitung, Elektroindustrie, Chemie) auf 20 % ihres Bestandes,
- völliger Abbau der Kriegsindustrie (Raffinerien für synthetische Treibstoffe, Waffen- und Munitionswerke, Flugzeugwerke),
- Internationalisierung der Leitung der verbleibenden Industrie-, Transport- und anderen Unternehmen,
- Verfügung über 2 bis 3 Millionen Arbeiter auf 10 Jahre für die UdSSR, vor allem Männer, aber auch Frauen,
- Ablösung aller leitenden Männer der Wirtschaft mit der Begründung, daß alle Deutschen, die Angehörige der UdSSR beschäftigt haben, Kriegsverbrecher seien.⁴⁹

Die Verluste der UdSSR, die als Begründung für diese Reparationsforderungen dienen sollten, sind, soweit heute feststellbar, nie umfassend ermittelt worden.⁵⁰ Eine Kommission unter Leitung von M. M. Schwernik, damals Vorsitzender des Obersten Sowjets, die sie untersuchen sollte, stellte ihre Tätigkeit unseres Wissens ohne einen Abschlußbericht ein. Westliche Autoren nehmen zwar an, daß die von der UdSSR auf den verschiedenen Konferenzen angegebenen Werte z. T. überhöht waren, die Gesamtverluste der UdSSR an Menschen und Gütern jedoch ungleich größer gewesen sind als die der anderen am Krieg beteiligten Länder. In jedem Falle forderte die von Deutschland angegriffene UdSSR nur einen Bruchteil dessen, was sie verloren hatte. Ihre Forderungen waren also von daher wohlbegründet.

Die Konferenz von Jalta stellte dann den Höhepunkt und zugleich den Wendepunkt in der Zusammenarbeit der drei großen Kriegsbündigten dar. Die Vereinbarungen über die Wiedergutmachung durch Deutschland entsprachen weitgehend den Vorschlägen der UdSSR, d. h. Reparationen in Form von Naturalleistungen durch:

- einmalige Entnahmen von Ausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Schiffen, rollendem Material, ferner die deutschen Auslandsinvestitionen, Aktien von Industrie-, Verkehrs-, und anderen Unternehmen usw.,
- jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion,
- die Verwendung deutscher Arbeitskräfte, Männer und auch Frauen,
- die Liquidierung der deutschen Rüstungsindustrie,

49 Vgl. FRUS 6199, S. 620, 630, 177, 167, 168, 169; Matschke, Werner, a.a.O., S. 47 f.

50 Vgl. James R. Miller and Susan J. Linz, The Cost of World War II to the Soviet People. A Research Note, in: Journal of Economic History, 38, 1978, 2, S. 959 ff.; Laufer, Jochen, Kriegsschäden, a.a.O., S. 1 f.; Matschke, Werner, a.a.O., S. 46 f., 70 f.; Zum Obersten Sowjet vgl. Torke, Hans-Joachim (Hg.) Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993, S. 223 f., 252 f.

– die Bestrafung der Kriegsverbrecher.⁵¹

Über die Höhe der Reparationen gab es jedoch keine Einigung. Großbritannien weigerte sich, die von der UdSSR genannte und von den USA akzeptierte Gesamtsumme von 20 Milliarden US-\$, davon 10 Milliarden für die UdSSR, als Gesamtverpflichtung Deutschlands anzuerkennen. (siehe Anhang) Hier gab es bereits in den Sitzungen erregte Diskussionen, ein Vorgeschmack dessen, was in den kommenden Jahren zu erwarten war.⁵²

In der durch das Protokoll über die Reparationen eingesetzten Reparationskommission in Moskau konnten in den folgenden Monaten keine Fortschritte erzielt werden. Die Vorstellungen der Westalliierten, die ursprünglich denen der UdSSR sehr ähnlich waren (Naturalleistungen in Form von Entnahmen aus dem vorhandenen Kapitalstock und Lieferungen aus der laufenden Fertigung), wurden nun mitbestimmt durch die Sorge vor den Lasten, die auf sie, die Westalliierten, zukommen könnten und auch von Befürchtungen über eine in Europa zu mächtige UdSSR. Nach Wegfall des gemeinsamen Gegners begannen sich die Wege der ungleichen Koalition zu trennen.⁵³

Die letzte Konferenz der „Großen Drei“ war so bereits im Vorfeld belastet. In Potsdam konnte man sich in wichtigen Punkten nicht mehr einigen, das Protokoll verbarg den aufgetretenen Dissens nur notdürftig. Zwar legte die UdSSR einen Reparationsplan vor, der auf dem Protokoll von Jalta aufbaute und wiederum von 10 Milliarden US-\$ für die UdSSR ausging. Doch damit drang sie nicht durch. Aufgrund amerikanischer Initiativen wurde die UdSSR zum Schluß im wesentlichen auf die eigene Zone zur Befriedigung ihrer Forderungen verwiesen, ohne daß eine Summe dabei genannt war. Dazu sollte sie daraus noch die Ansprüche Polens befriedigen. Zwar wurden ihr zusätzlich 25 % der aus den Westzonen zu entnehmenden Ausrüstungen zugesprochen, doch sie war damit von den westlichen Alliierten abhängig, die in der Praxis dies bald als Druckmittel verwendeten. Der Verweis auf die Krim-Konferenz verdeckte den Dissens nur mühsam. Auch wurde die Verwendung deutscher Arbeitskräfte nicht mehr ausdrücklich genannt, ebenso war von Lieferungen aus der laufenden Fertigung nicht mehr die Rede. Die der UdSSR zugesprochenen deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Rumänien und Ostösterreich brachten keinen Ausgleich (siehe Anhang). Die in Potsdam getroffene Regelung ließ somit der Auslegung einen weiten Raum.⁵⁴

51 Vgl. Fischer, Alexander (Hg.), Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, Köln 1973, S. 173 ff., 180, 182, 184 f., 193; Matschke, Werner, a.a.O., S. 69, 309 ff., Anh. 3, Übersicht der verschiedenen Fassungen des Reparationsprotokolls von Jalta.

52 Vgl. Fischer, Alexander, Teheran..., a.a.O., S. 192 f.; FRUS 6199, S. 982 f., Matschke, Werner, a.a.O., S. 70 f.

53 Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., S. 41 ff., 63 ff.; Matschke, Werner, a.a.O., S. 72 f.

54 Vgl. Matschke, Werner, a.a.O., S. 73 ff.

Im Zusammenhang mit der Regelung der Arbeitsweise des ebenfalls in Potsdam bestätigten Alliierten Kontrollrats mit seinem Einigungszwang durch das Vetorecht jedes Mitgliedes und der Festlegung, daß die Oberbefehlshaber der Zonen ihrer eigenen Regierung, nicht dem Alliierten Kontrollrat verantwortlich seien, hatte die UdSSR in ihrer Zone nun weitgehend freie Hand, ohne von den Entscheidungen über Gesamtdeutschland ausgeschlossen zu sein.⁵⁵

Durch die Festlegungen von Potsdam, die keinen echten Kompromiß der an sich unvereinbaren Standpunkte der drei Alliierten darstellten, wurde Deutschland reparationspolitisch geteilt. Die postulierte Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet war damit kaum noch zu verwirklichen.⁵⁶

2.2. *Wirtschaftspolitische Vorstellungen der Exil-KPD*

Während die UdSSR ihre Forderungen auf Reparationen in den Verhandlungen mit den Westalliierten vertrat, hatte die Exil-KPD in Moskau im Rahmen der ihr von der KPdSU (B) zugewiesenen Aufgaben die Notwendigkeit von Reparationen in ihrem Programm zu vertreten, vor allem aber die Umgestaltung Deutschlands im Sinne der marxistischen Lehre vorzubereiten.⁵⁷

Den Rahmen dafür hatte bereits Varga abgesteckt, der für die Politik der Alliierten eine radikale Agrarreform und weitgehende Verstaatlichungen forderte, „um die Macht der Monopole zu brechen“. Die KPD ihrerseits bildete eine Kommission von 20 Mitgliedern zur Erarbeitung von Richtlinien. Fast alle diese Funktionäre nahmen später hohe Stellungen in der SBZ/DDR ein, so daß die personelle Kontinuität gewahrt war.⁵⁸

Hier wurden die Grundlinien der späteren Umgestaltung Deutschlands formuliert, die dann allerdings nur in der SBZ durchgesetzt werden konnten. Dabei sparte die KPdSU (B) nicht mit „brüderlicher Hilfe“, Dimitroff und andere Mitarbeiter des Parteiapparates gaben als „Hinweise“ und „Ratschläge“ deklarierte Direktiven.⁵⁹ Über den „Block der kämpferischen Demokratie“ sollten andere zuzulassende Parteien in die Zielvorstellungen der KPD eingebunden werden. Die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ als „Etappe“ auf

55 Vgl. Deuerlein, Ernst, *Die Einheit Deutschlands*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1961, S. 322, Abkommen ... über das Kontrollsystem in Deutschland; Mai, Gunther, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung, „Das Parlament“, B 23/88 v. 3. Juni 1988, S. 4 ff.

56 Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., S. 63 ff.

57 Vgl. Laschitza, Horst, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus*, Berlin (Ost) 1969

58 Vgl. Laschitza, Horst, a.a.O., S. 90 f., genannt werden: W. Pieck, W. Florin, W. Ulbricht, A. Ackermann, Elli Schmidt, E. Weinert, R. Herrnstadt, A. Kurella, S. Schwab, F. Oelßner, P. Wandel, G. Hansen, O. Winzer, F. Apelt, E. Hoernle, G. Sobottka, H. Mahle, J. R. Becher, R. Lindau, H. Matern, später wurden P. Försterling (Edgar Thalmann), K. Maron, E. Noffke, W. Zaisser hinzugezogen. Sie alle hatten die Säuberungswellen in der UdSSR erlebt und waren auf die jeweils gültige Parteilinie der KPD eingeschworen worden (vgl. dazu Müller, Reinhard, *Die Akte Wehner*, Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1993).

59 Vgl. Fischer, Alexander, *Deutschlandpolitik*, a.a.O., S. 83 f.; Laschitza, Horst, a.a.O., S. 90 f.

dem Weg zum Sozialismus sollte der nach marxistischer Auffassung der KPD gesetzmäßigen Entwicklung den Weg bereiten. Wirtschaftlich forderte man deshalb in einem „Aktionsprogramm“:

- Einziehung des gesamten Besitzes der Kriegsschuldigen, Kriegsverbrecher und großen Kriegsgewinnler sowie ihrer geheimen Inspirateure,
- Wiedergutmachung der anderen Völker, insbesondere der Sowjetunion zugefügten Schäden,
- Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft durch demokratische Staatsorgane,
- Verstaatlichungen der Rüstungskonzerne (bzw. deren Auflösung), der Verkehrsbetriebe der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, der Petroleumgewinnung, des gesamten Bergbaus, der synthetischen Treibstoffherstellung, der Eisen-, Stahl-, Pharma-, Brennstoff- und Zementindustrie, aller großen Aktiengesellschaften und GmbH mit Tochter- und Enkelgesellschaften, der Großbanken,
- Aufhebung aller privaten Monopole und Neugestaltung des Aktien- und GmbH-Rechts,
- Wirtschaftsfreiheit des gewerblichen Mittelstandes, des privaten Einzelhandels bei staatlicher Förderung von Produktions- Einkaufsgenossenschaften,
- Demokratisierung des Steuerwesens durch Aufhebung der indirekten Steuern auf Massenbedarfsartikel, dafür Luxussteuer.⁶⁰

Das Aktionsprogramm basierte, wie Pieck am 9. November 1944 erklärte, auf der Leninschen Schrift von den „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie“, war also auf Zerstörung der bisher geltenden Ordnung angelegt. Es zeigte die Stoßrichtung der im Auftrage der KPdSU (B) und damit der UdSSR handelnden KPD deutlicher als der Aufruf vom 11. Juni 1945, der, vorher in Moskau beraten und gebilligt, sowohl wegen der Wirkung auf die deutsche Bevölkerung als auch auf die Alliierten vieles verschleierte oder wegließ.⁶¹ Doch schon in diesem Aktionsprogramm benutzte man unscharfe Formulierungen (Kriegsgewinnler, Saboteure, geheime Inspirateure), deren spätere Auslegung weitergehende Maßnahmen ermöglichte.⁶² Auch der Demokratiebegriff (demokratische Staatsorgane) wurde unterschiedlich verstanden. Hier wie auch

60 Vgl. Laschitzka, Horst, a.a.O., S. 91, 95 f., (Das Aktionsprogramm ist abgedruckt S. 193–253, zu den wichtigen Forderungen: S. 195 f., 199, 200–203, 229, 251)

61 Vgl. Matschke, Werner, a.a.O., S. 146 f.

62 Auf einer wirtschaftspolitischen Konferenz am 2.5.1946, im Vorfeld des sächsischen Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern, erklärte der sächsische Minister für Wirtschaft und Arbeit, Fritz Selbmann: „Es geht nicht darum zu enteignen, wer ein bißchen mehr oder weniger Schuld am Krieg hat und auch nicht darum alles dessen wir nur habhaft werden können, in die Hände der Landesverwaltungen zu übergeben. Es geht um Zerschlagung des Militarismus, Zerschlagung der Reaktion und ihrer Verwaltungsfunktionen. Der Volksentscheid muß sichern, was wir durch die vorangegangenen Maßnahmen und Reformen begonnen haben. Deshalb dürfen unsere Genossen draußen keinesfalls davon sprechen, alles zu verstaatlichen. Es

bei der Auslegung der Potsdamer Beschlüsse verband man mit diesem Wort einen von den westlichen Vorstellungen abweichenden Inhalt.⁶³

In der KPD wurden für Wirtschaftsfragen Anton Ackermann und für Landwirtschaftsfragen Edwin Hoernle zuständig. Beide übernahmen später bei der Durchführung des Programms in der SBZ/DDR leitenden Funktionen.⁶⁴ Mit dem Einmarsch in Deutschland bzw. der Übernahme ihrer Gebiete, setzte die UdSSR ihre Politik konsequent in die Praxis um. Die SBZ wurde so zum Experimentierfeld der Transformation in eine Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung.

Obwohl durch die Vorarbeiten die Zielrichtung des Vorgehens der UdSSR hinsichtlich der Reparationen festgelegt war, begannen die Entnahmen nach dem Einmarsch unkoordiniert, fast chaotisch. Die als oberste Instanz für die SBZ eingerichtete „Sowjetische Militäradministration für Deutschland“ (SMAD) war noch nicht in der Lage, für einen geregelten Ablauf zu sorgen, obwohl ihr von Anfang an eine Abteilung für Reparationen eingegliedert war. Die SMAD konnte sich aber erst ab 1946 gegenüber der in Moskau zuständigen Stelle, dem Staatlichen Komitee für Verteidigung, durchsetzen, als die Leitung in Moskau auf das Volkskommissariat/Ministerium für Außenhandel überging. Zu dieser Entwicklung mag beigetragen haben, daß die vor Ort in Deutschland zuständigen Stellen der SMAD Ende 1945 erkannten, daß bei einem weiteren Vorgehen wie bisher, der ungezügelten Demontagen auf Moskauer Anweisungen, ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch der SBZ zu befürchten war.⁶⁵ Dies mußte die SMAD sowohl wegen der Alliierten als auch wegen des langfristigen Zieles einer Entwicklung hin zum Sozialismus und der Wirkung auf die Bevölkerung zu verhindern trachten.

Aber ein Einlenken ließ auf sich warten, obwohl bereits im November 1945 Marschall Schukow die Belassung mehrerer 100 Betriebe in der SBZ statt deren Demontage angekündigt hatte.⁶⁶ Erst nach dem Stopp der Demontagelieferungen aus der US-Zone durch General Clay am 4.5.1946, durch den der Riß zwischen den Weltkriegsalliierten deutlich wurde, setzte sich die pragmatische Linie A. I. Mikojans durch. Die SMAD verkündete am

wird nur enteignet, wer Kriegsverbrecher und Kriegsinteressent war und wer eine Gefahr für die demokratische Entwicklung ist. Was wir dann tun, dies ist eine andere Frage.“ Stiftung Archive Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (StAPMO), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), IV 2/1.01/11)

63 Vgl. Anm. 61

64 Zu Ackermann und Hoernle vgl. Broszat, Martin und Weber, Hermann (Hg.), SBZ-Handbuch, München 1990, S. 279, 444, 858, 932 f.

65 Vgl. Kowal, Konstantin Iwanowitsch, Der Zweite Weltkrieg und die Reparationen, (Ms., russisch, unveröffentlicht). Kowal, seit Oktober 1945 Stellv. Chef der SMA, wies in Gesprächen mit J. Laufer und E. Scherstjanoi, deren Mitschrift d. Verf. vorliegt, auf seine damals gewonnen Erkenntnisse hin; vgl.: Laufer, Jochen, Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat, Manuskript, Berlin 1991; Matschke, Werner, a.a.O., S. 187 f., 201 f.

66 Vgl. Laufer, Jochen, Konfrontation..., a.a.O.; Matschke, Werner, a.a.O., S. 207 f.

5. Juni 1946 die Errichtung von Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und zeigte damit eine Änderung der Reparationspolitik an. Der beginnende Kalte Krieg hatte erste Wirkungen. Die Wendung vom Schwerpunkt Demontagen hin zu Lieferungen aus der laufenden Fertigung vollzog sich etwa im gleichen Zeitraum. Damit stellte sich die UdSSR auf die außenpolitischen Änderungen ein, ohne ihre Ziele in der eigenen Zone aufzugeben.

Die Demontagepolitik wurde nun in einem anderen Rahmen fortgesetzt. Eine interne Denkschrift Mikojans vom Juli 1946 formulierte die neue Reparationspolitik der UdSSR.⁶⁷ Nunmehr sollten die Reparationen wie folgt aufgebracht werden:

	in Mrd. Dollar
Demontagen aus der SBZ	2,031
Übernahme von 200 Betrieben als SAG	0,300
Deutsche Guthaben im Ausland	0,399
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion	6,700
Ausrüstungen aus dem Westen lt. Potsdamer Abk.	0,570
Insgesamt	10,000

Im August 1946 versuchte die UdSSR auf Basis dieser Zahlen und einer revidierten Politik in der Frage des Industrieniveaus mit den Vereinigten Staaten ins Gespräch zu kommen. Obwohl Clay die Vorschläge als vielversprechend bewertete, gelangte man aber nie über Vorgespräche hinaus. Zunächst hatten die USA geglaubt, daß damit ein Weg aus der Sackgasse gefunden werden könne, und mit der Anerkennung der 10 Milliarden \$ eine gemeinsame Politik der Verbündeten und damit auch ein gewisser Einfluß auf die Entwicklung in der SBZ möglich sei. Die Briten waren gegen solche Überlegungen, sie zogen den Weg über die Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone als Vorläufer einer Westlösung vor. Die UdSSR distanzierte sich jedoch alsbald von ihren Überlegungen,⁶⁸ als sie erkannte, welche Einflußnahme der Westalliierten auf ihre Besatzungszone damit möglicherweise verbunden war. So blieb dieser wohl einzige Versuch der UdSSR, zu einer gemeinsamen Politik zurückzukehren, ohne Folgen.

Die SBZ/DDR war damit bis zum Ende der Reparationen fast die einzige Quelle für die UdSSR und hatte so die ganze Last zu tragen.

67 Vgl. Archiv für Außenpolitik beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (AAP/ UdSSR), 48/1,3/5/76 „Die Deutsche Frage in den Beziehungen der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs in der Periode von der Berliner Konferenz bis zur Gründung zweier deutscher Staaten (1945–49)“ Übersicht ausgearbeitet von G. K. Künin, Redakteur A. M. Alexandrov, datiert vom 10.12.1963. (Der Berliner Historiker J. Laufer hat diesen Bericht, der eine dokumentierte Zusammenfassung der Politik der UdSSR darstellt, entdeckt, z. T. ausgewertet und strebt eine Veröffentlichung dieses wichtigen Dokuments an, so daß es der Forschung bald zur Verfügung stehen wird.)

68 Vgl. Laufer, Jochen, Konfrontation...a.a.O., S. 14 f.

3. *Wirtschaftliche Ausgangslage*

Zum Gebiet der späteren SBZ/DDR gehörten traditionsreiche deutsche Kulturlandschaften. Im Jahr 1939 wies Sachsen von allen deutschen Gebieten die höchste Industrialisierungsquote auf.⁶⁹ Der Ballungsraum Berlin und Teile der preußischen Provinzen standen dem kaum nach. Thüringen und Sachsen-Anhalt zeichneten sich durch eine besonders entwickelte verarbeitende Industrie aus.

Die Provinz Brandenburg, Teile von Sachsen-Anhalt und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern waren hingegen vorwiegend agrarisch geprägt.

Während der Zeit der Industrialisierung hatte sich das Süd-Nord-Gefälle weiter vertieft und blieb bis Mitte der 60er Jahre im wesentlichen bestehen.⁷⁰

Sowohl das Verkehrsnetz, der Binnenhandel als auch der Banken- und Dienstleistungssektor in der späteren SBZ lagen in Umfang und Qualität zumindest nicht unter dem Reichsdurchschnitt. Von Vorteil gegenüber den anderen Besatzungszonen war die Tatsache, daß die SBZ, bezogen auf die Einwohnerzahl von 1936, ein potentielles agrarisches Überschußgebiet darstellte, wenn auch die mit der Bodenreform im Herbst 1945 eingeleiteten Umwälzungen diesen Vorteil jedoch teilweise zunichte machten.⁷¹

Die Industrie Mitteldeutschlands zeichnete sich durch ein allgemein hohes technisch-technologisches Niveau der Produktion und der Erzeugnisse aus. Allerdings bestand ein starkes Produktivitätsgefälle zwischen den einzelnen Zweigen sowie zwischen Groß- und Kleinindustrie. Hervorzuheben ist das kulturell-technische Niveau der Belegschaften und die Spitzenstellung von Forschung und Entwicklung in wichtigen Zweigen. Das Können und Wissen der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler stellte das größte Potential der deutschen Wirtschaft dar. Die Nachkriegsentwicklung hing entscheidend davon ab, in welchem Maße es gelang, dieses Potential zu aktivieren.

Vor der Darstellung der Reparationsleistungen soll deshalb die Ausgangslage der Wirtschaft der SBZ analysiert werden.

Die Frage nach den entscheidenden Ursachen für das Zurückbleiben der Wirtschaft der DDR gegenüber der Bundesrepublik läßt sich nicht allein mit dem Verweis auf die bis 1953 wesentlich größeren ostdeutschen Reparationsleistungen beantworten.

69 Vgl. StAPMO, ZPA, Nachlaß (NL) Selbmann (113)/16, Bl. 2

70 Vgl. Roesler, Jörg, Zur Industrialisierung des Nordens der DDR in den fünfziger Jahren, in: ZfG 1988/11; Karlsch, Rainer, Zur Industrialisierung industriearmer Gebiete, in: ZfG 1990/3

71 Vgl. Zank, Wolfgang, a.a.O., S. 186 f. spricht von hohen volkswirtschaftlichen Kosten der Bodenreform, da vielerorts keine Voraussetzungen für die Gründung von Einzelwirtschaften bestanden. Die Versorgungskrise der Nachkriegszeit sei auf diese Weise künstlich verschärft worden.

In der Nachkriegszeit haben sich mehrere grundlegende Entwicklungslinien und Prozesse überlagert und teilweise wechselseitig verstärkt. Dazu gehören:

- die Gebietsabtretungen an die UdSSR und Polen und die Umsiedlung (Vertreibung) von mehr als 11 Millionen Deutschen,
- die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen und die aus der Zonenautarkisierung resultierenden wirtschaftlichen Probleme,
- die Transformation der Wirtschaft der SBZ in eine Planwirtschaft nach dem sowjetischen Modell,
- der Wechsel der Eliten,
- die einseitige Belastung der SBZ/DDR durch die Reparationen,
- der beginnende Kalte Krieg mit ersten Höhepunkten 1948 und 1950 und die daraus resultierende Blockbildung.

Erst eine komplexe Sicht auf diese Problemkreise ermöglicht differenzierte Wertungen. Wir können uns deshalb nicht auf die Erfassung von Kriegsschäden und Reparationsleistungen beschränken.

Die Startbedingungen für die Wirtschaft der SBZ wurden maßgeblich beeinflusst durch die in der Zeit der Aufrüstung und Kriegswirtschaft eingetretenen strukturellen Veränderungen, die demographischen Folgen des Krieges und die Separierung in Besatzungszonen. Auf diese Problemkreise ist im folgenden knapp einzugehen.

3.1. *Strukturveränderungen während der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft*

Ab 1935/36 wurde das mitteldeutsche Industriegebiet aus rüstungsstrategischen Gründen besonders schnell ausgebaut, so daß bis 1944 der Anteil Mitteldeutschlands an der Gesamtproduktion des Reiches erheblich anstieg. Die Industrialisierung erfolgte also schneller als in anderen Landesteilen.⁷² Innerhalb von 9 Jahren wuchs die Bruttoproduktion auf dem Gebiet der späteren SBZ um mindestens 65 % (1936 = 15,3 Mrd. RM; 1944 = 25,0).⁷³

⁷² Diese Bewertung ist in der wirtschaftshistorischen Forschung unstrittig. Vgl. insbesondere: Gleitze, Bruno, a.a.O.; Matschke, Werner, a.a.O., Baar, Lothar, Zur Problematik der Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft in der DDR, Habilschrift, Berlin 1967; Hardach, Karl, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1976; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979; Mühlfriedel, Wolfgang/Wiesner, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR, Berlin 1989

⁷³ Barthel, Horst, a.a.O., S. 31 gibt nur einen Zuwachs von 54 % an. Von Wolfgang Mühlfriedel, a.a.O., S. 14 wurden diese Angaben übernommen. Karl Hardach, a.a.O., S. 130, hält hingegen einen Zuwachs von über 80 % für realistisch. Wir benutzen die unserer Meinung nach exakteren und auf umfangreichen Datenerhebungen basierenden Angaben von Rolf Wagenführ. (Wagenführ, Rolf, Die Industrie der Sowjetischen Besatzungszone, Manuskript, Berlin 1946), in: Bundesarchiv, Abteilung Potsdam (BAP), Ministerium für Schwerindustrie (G-2), Nr. 13 573

Das Statistische Zentralamt der DWK weist in einer 1948 erstellten Studie bei der Nettoproduktion einen Zuwachs von 64 % aus.⁷⁴

Dieses Wachstum konzentrierte sich auf die schwerindustriellen Zweige und die rüstungswichtigen Bereiche der metallverarbeitenden Industrie. Demgegenüber wurden die traditionell starken Verbrauchsgüterindustrien gedrosselt und entwickelten sich langsamer als im übrigen Reichsgebiet.

*Entwicklung des Produktionsvolumens in der späteren SBZ auf Basis bereinigter Preise (1936= 100)*⁷⁵

A) Industrien mit starker Zunahme

Maschinen, Stahl – und Fahrzeugbau einschließlich Schiffbau und Luftfahrt	263
Feinmechanik/Optik	263
Elektroindustrie	259
Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie	234
Chemische und Kraftstoffindustrie	218

B) Industrien mit schwächerer Zunahme

Metallurgie	137
Bergbau	131
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	105

C) Industrie mit schwachem Rückgang

Steine und Erden einschl. Keramik und Glas	95
Papier und Druck	89
Leder und Bekleidung	86

D) Industrien mit starkem Rückgang

Textilindustrie	65
Bauindustrie	20

E) Industrie insgesamt

Der starke Zuwachs des Produktionsvolumens setzte sich vor allem in den Produktionsgüterindustrien durch, die 1936 nur mit 50 %, 1944 aber mit 74 % am Gesamtwert der Erzeugung beteiligt waren.⁷⁶

74 Vgl. Ausarbeitung der DWK von Mitte 1948: Die Industrie der SBZ 1936–1947, in: BAP, E-2, Nr. 1305

75 Die Tabelle basiert auf den Bruttoproduktionswerten von 1936 und 1944, wobei versucht wurde, die Preisbewegung durch Zugrundelegung entsprechender Preisindexziffern auszuschalten. Die verwendeten Preisunterlagen finden sich in: BAP, G-2, Nr. 13 573, Bl. 130 f. Abweichungen zum vorstehend ausgewiesenen Wachstum der Bruttoproduktion erklären sich daher aus den Preisbereinigungen.

76 Wagenführ, Rolf, a.a.O. Nur geringfügig davon differierend: Die Industrie der SBZ 1936–1947, a.a.O.

Die strukturellen Verschiebungen infolge der Rüstungsorientierung sind unverkennbar. Besonders hohe Anteile an der Kriegsmaterialproduktion des Reiches wiesen folgende in der späteren SBZ angesiedelte Zweige auf: Feinmechanik/Optik (31 v.H.); Munitionsindustrie (26 v.H.); Luftfahrtindustrie (24 v.H.); Waffenproduktion (22 v.H.) und Elektrotechnik (19 v.H.).⁷⁷

Diese Industriezweige waren nahezu zwangsläufig nach Kriegsende den stärksten Demontagen unterworfen und verloren zwischen 60 % und 100 % ihrer Kapazitäten.

Aus den Strukturveränderungen während der Zeit der Aufrüstung und Kriegswirtschaft ergaben sich somit für das Gebiet der späteren SBZ/DDR folgende Effekte:⁷⁸

1) Die neu geschaffenen Kapazitäten konzentrierten sich auf die Rüstungsindustrie, und sie repräsentierten zumeist den neusten Stand der Technik. Die Kapazitätsausweitungen vor allem in den Bereichen Energieerzeugung, Kunststoffproduktion, synthetischer Treibstoff und Feinmechanik/Optik hätten die spätere wirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR begünstigen können, wenn dieser Vorteil nicht durch die ausgedehnten Demontagen gerade in den genannten Zweigen größtenteils konterkariert worden wäre.

2) Die Einbeziehung auch mittlerer und kleinerer Industriebetriebe in die Rüstungsproduktion im weitesten Sinne führte zu einer Vertiefung der Arbeitsteilung und einer Produktionsstruktur, die in hohem Maße von Rohstoffzufuhren aus anderen Landesteilen bzw. dem Ausland und von der Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften während des Krieges abhingen.

3.2. *Demographische Probleme*

Als eine der schwersten Hypothesen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit gelten die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Deutschland hatte insgesamt mehr als 6,5 Millionen Tote zu beklagen. Hunderttausende waren kriegsversehrt. Unzählige Menschen suchten ihre Angehörigen und Millionen Männer befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft.

Den Produktionsfaktor Arbeit für sich betrachtet, war die SBZ von den Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur in etwas stärkerem Maße betroffen als die Westzonen. In allen Besatzungszonen hatte sich zwar nach dem Krieg der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit verringert, am deutlichsten aber in der SBZ. Die für den industriellen Arbeitseinsatz wichtigen Jahrgänge (20 bis 50 Jahre) gingen von rund 46 % im Jahr 1939 auf 39 % im Jahr 1945 zurück. Die Zahl

⁷⁷ Wagenführ, Rolf, *Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945*, Berlin 1955, S. 44

⁷⁸ Vgl. Barthel, Horst, a.a.O., S. 35 f.; Matschke, Werner, a.a.O, S. 90 ff.

der 14 bis 20 jährigen an der Gesamtbevölkerung fiel von 10,3 % 1939 auf 8,9 % 1945 ab.⁷⁹

Die Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur zogen einen Mangel an Facharbeitern nach sich, der vor allem in den industriellen Ballungsgebieten die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft spürbar beeinträchtigte.

In der SBZ nahm 1946 im Vergleich zu 1936 der Anteil der arbeitenden männlichen Bevölkerung um 13,1 %, in den Westzonen nur um 7,1 % ab. Demgegenüber stieg im Osten die Zahl der Arbeitnehmerinnen 1946 um fast 30 % an, während sie in den Westzonen um 3,0 % abnahm.⁸⁰ Die rasch ansteigende Beschäftigung von Frauen in der Wirtschaft der Nachkriegszeit von 31,6 % der unselbständig Beschäftigten im Jahre 1939 auf 41,1 % im Jahre 1946⁸¹ ist vor allem Resultat existentieller Not. Die Facharbeiterlücke konnte dadurch nicht kompensiert werden, da den Frauen oft die berufliche Qualifikation fehlte.

Mehr als ausgeglichen wurden die kriegsbedingten Bevölkerungsverluste durch Heimkehrer, Flüchtlinge und Vertriebene. Von allen Besatzungszonen nahm die SBZ, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, den größten Anteil von ihnen auf. Bis Ende 1947 waren dies fast 4,5 Mio. Menschen, d. h. die Bevölkerung wuchs ca. um 1/4. Der Anteil der aufgenommenen Frauen lag etwa gleich denen in der Altbevölkerung, der der Kinder erheblich über dem Durchschnitt der Einheimischen. Der Anteil arbeitsfähiger Männer erreichte nicht die Zahl der Altbevölkerung. Das hatte Rückwirkungen auf die Gemeinde- und Stadtstrukturen, die Lebensmittelversorgung und die Arbeitsplatzsituation in allen Bereichen der Wirtschaft.

Das Gebiet der SBZ wirkte wie ein Filter für den von Ost nach West ziehenden Umsiedlerstrom. Überproportional viele Menschen im arbeitsfähigen Alter zogen in die Westzonen weiter.

Insgesamt wurden jedoch die kurzfristigen dramatischen bevölkerungspolitischen Belastungen durch den arbeitsfähigen Teil der Vertriebenen mehr als aufgewogen. Bis weit in die 50er Jahre herrschte in der SBZ eher ein Überangebot an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften, denn ein Mangel.⁸² Allerdings bestanden Defizite hinsichtlich der Qualifikation, wiesen einige Berufsgruppen einen empfindlichen Facharbeitermangel auf, und legte die tiefgreifende Versorgungskrise Teile des Arbeitskräftepotentials brach.

79 Vgl. Matschke, Werner, a.a.O., S. 94 f.; Meinicke, Wolfgang, Probleme der Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde, Kiel 1993, S. 2; geringfügig abweichende Angaben bei: Bauer, Wilhelm, Der allgemeine wirtschaftliche Charakter der Zonen, in: Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, DIW Berlin 1948, S. 11

80 Vgl. Gleitze, Bruno, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone, a.a.O., S. 8

81 Vgl. Wirtschaftsprobleme..., a.a.O., S. 60

82 Vgl. Zank, Wolfgang, a.a.O., S. 182

3.3. *Wirtschaftsverflechtung und Außenhandel*

Die von den Alliierten noch vor Kriegsende vereinbarte Zoneneinteilung sollte den Anforderungen nach Gleichgewichtigkeit entsprechen.

*Fläche, Bevölkerung und Industrialisierungsgrad der deutschen Besatzungszonen*⁸³

Zone/Gebiet	Fläche (1937;v.H.)	Wohn- bevölkerung (1939;v.H.)	Nettoproduktions- wert pro Einwohner (1936;in RM)
Britische	20,8	28,5	596
Sowjetische	22,8	21,9	546
Amerikanische	22,8	20,6	427
Französische	8,5	7,6	417
Saargebiet	0,5	1,3	500
Großberlin	0,2	6,3	697
Ostgebiete	24,3	13,8	229
Deutsches Reich	100,0	100,0	494

Dabei verfügte die SBZ 1945 über ein an der Wohnbevölkerung gemessenes industrielles Potential, das dem der britischen Besatzungszone fast vergleichbar war. Sowohl die amerikanische als auch die französische Zone standen demgegenüber deutlich zurück.

Der hohe Grad der Interzonenverflechtung verlangte nach gemeinsamen wirtschaftspolitischen Regelungen. Doch innerhalb von zwei Jahren verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in einem Maße, so daß der ohnehin schwerfällige Kontrollratsmechanismus ausgehöhlt wurde und im Frühjahr 1948 vollends zerbrach.

Während sich die britische und amerikanische Zone ab 1.1.1947 zum vereinigten Wirtschaftsgebiet (VWG) zusammenschließen konnten, und später noch die französische Besatzungszone hinzukam (Trizone), blieb die SBZ isoliert.

Die unterschiedliche Größe der beiden Teile war für deren weitere Entwicklung bedeutungsvoll.⁸⁴ Der größere und in sich homogenere Landesteil besaß die günstigeren Möglichkeiten, die teilungsbedingten Defizite zu überwinden.

83 Vgl. Abelschäuser, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt/M. 1983, S. 14

84 Vgl. Structural Adaption in Eastern and Western Germany, In: United Nations Economic Bulletin for Europe, Vol. 8/No. 3, Geneva 1956

Die nach Kriegsende einsetzende Zonenautarkisierung und damit letztlich die wirtschaftliche und politische Spaltung Deutschlands potenzierte die direkten und indirekten Kriegsfolgen. Dabei lassen sich die Auswirkungen der Spaltung nicht direkt messen.

Doch bereits eine knappe Analyse der 1939 bestehenden Verflechtungsbeziehungen zwischen den deutschen Industrieregionen, unterteilt nach den späteren Besatzungsgebieten, verdeutlicht, zu welchen Komplikationen die Zerreißung der historisch gewachsenen Bindungen insbesondere für die Rumpfwirtschaft der SBZ führen mußte.

Mit dem Ausland und den übrigen Teilen Deutschlands hatte sich bis 1939 ein charakteristischer Warenaustausch herausgebildet. Bei dem Mangel an wichtigen industriellen Grundstoffen wie Steinkohle, Erze und Eisenerzeugnisse, Nichteisenmetalle und Holz wurden vor allem diese Güter in Mitteldeutschland benötigt und dafür überwiegend Konsumgüter, hochqualifizierte Verbrauchsgüter, Braunkohlenbriketts, Chemikalien und Kali abgegeben. Die Exportquote der Industrie war für das Gebiet der späteren SBZ geringer als im Durchschnitt des Reiches, dafür bestand aber im Austausch mit den übrigen Teilen Deutschlands zweifellos ein Aktivsaldo, vor allem an Konsumgütern.⁸⁵

Ende der 30er Jahre ist somit Mitteldeutschland nicht nur das am intensivsten industrialisierte Gebiet Deutschlands, sondern auch das am stärksten auf interregionale wirtschaftliche Verbindungen angewiesene gewesen.⁸⁶

Der für die Nachkriegszeit wichtigste Rohstoff war die Steinkohle.⁸⁷ Im Jahr 1937 hatte Mitteldeutschland aus Westdeutschland 4,0 Mio. t und aus Schlesien 9,0 Mio. t bezogen. Auch bei den Eisenbilanzen zeigte sich eine erhebliche Abhängigkeit Mitteldeutschlands, vornehmlich vom Ruhrgebiet.

Der Grundstoffbereich (Steinkohle, Roheisen, Stahl) stellte demnach die Achillesferse der mitteldeutschen Wirtschaft dar.

Aber nicht nur die Roh- und Grundstoffe, sondern auch die verarbeitenden Industrien waren innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes sehr ungleichmäßig verteilt, was zwangsläufig zu intensivem gegenseitigen Austausch der Fertigwaren führte. Von allen Verbrauchsgütern (ohne Nahrungs- und Genussmittel) wurden 10 bis 15 % exportiert, weitere 20 bis 25 % gingen in

85 Vgl. Wagenführ, Rolf, a.a.O., Bl. 89 ff.

Verglichen mit der Exportstruktur der gesamten deutschen Industrie ergeben sich bezogen auf 1936 folgende Besonderheiten: 1) Sowohl im Export des Reiches als auch in der Ausfuhr der (späteren) SBZ stand der Maschinenbau an erster Stelle. Dem folgte in der SBZ die Textilindustrie, während dies im Reichsdurchschnitt die chemische Industrie war. 2) Eisen-, Stahl- und Blechwaren, Erzeugnisse der Elektroindustrie, der Eisen- und Stahlwarenindustrie wurden aus der SBZ in viel geringerem Maße exportiert, als dies dem Durchschnitt des Reiches entsprach. 3) Demgegenüber waren die Keramische Industrie, die Glaswarenindustrie und die feinmechanisch-optische Industrie geradezu an die einzelnen Länder der späteren SBZ gebunden.

86 Vgl. Hardach, Karl, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1976, S. 133

87 Vgl. Grünig, Ferdinand, Die innerdeutsche Wirtschaftsverflechtung, in: Wirtschaftsprobleme..., a.a.O., S. 66 ff.

den interregionalen Handel.⁸⁸ Im Bereich der Investitionsgüter sind ähnliche Tendenzen zu erkennen. Je stärker sich die verschiedenen Wirtschaftszweige spezialisierten, desto mehr mußten sie danach streben, von ihrem Standort aus möglichst ganz Deutschland und das Ausland zu beliefern. Bekannte Beispiele dafür sind die Strumpfindustrie sowie die Textilmaschinen- und Büromaschinenindustrie in Sachsen, die Spielwarenindustrie in Thüringen, die Herstellung von lederverarbeitenden Maschinen und Kugellagern in Hessen und Bayern sowie die Herstellung von Hütten- und Walzwerksmaschinen in Nordrheinwestfalen.

Die Verkehrsstatistik von 1936 belegt, daß von den insgesamt bewegten 2,7 Mio. t Maschinen ca. 20 % auf den Export und mehr als 40 % auf den interregionalen Handel entfielen.

So wies Mitteldeutschland bei den Maschinenlieferungen innerhalb Deutschlands ein deutliches Aktivsaldo sowohl gegenüber Westdeutschland als auch gegenüber Ostdeutschland auf.

Hinsichtlich der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, wie Getreide, Fleisch und Zucker sowie bei Kali bestand ebenfalls ein Aktivsaldo auf Seiten der späteren SBZ.

*Bilanzen der SBZ bei wichtigen Gütern (Stand 1937)*⁸⁹

	Steinkohle (Mio. t)	Eisen (Mio. t)	Maschinen (1 000 t)	Brotgetreide (1 000 t)
Einfuhr	13,00	1,93	274577	
Ausfuhr	0,20	0,70	404878	

Weitere Einzelheiten sind dem Anhang zu entnehmen.

Trotz mancher statistischer Mängel ergibt sich aus den vorstehenden Tabellen und Übersichten ein eindrucksvolles Bild davon, wie stark durch die Zonengrenzen die in sich gewachsene Wirtschaftsstruktur Deutschlands zerrissen wurde, und wie lückenhaft der jeweils verbliebene Industrieapparat war.

Die SBZ wurde dabei nicht nur in Richtung Westen von ihren traditionellen Lieferbeziehungen abgeschnürt. Auch die Abtretung der Ostgebiete beeinträchtigte den Wiederaufbau, obwohl sich die SMAD frühzeitig um die (teilweise) Wiederaufnahme von Lieferbeziehungen in Richtung Polen bemühte. Das hohe Vorkriegsniveau des Austausches von Industrie- und agrarischen Gütern konnte indessen nicht mehr erreicht werden.

Es ist unbedingt darauf zu verweisen, daß bei Ausfall oft nur geringfügig erscheinender, aber unentbehrlicher Hilfs- und Unterlieferungen ganze

⁸⁸ Vgl. Ebenda, S. 78. Dem entsprach nach 1945 der Interzonen- bzw. innerdeutsche Handel.

⁸⁹ Zahlen zusammengestellt nach: Ebenda, S. 66 ff.

Produktionszweige auf das empfindlichste gehemmt wurden. Bei einer rein rechnerischen durchschnittlichen Versorgung mit industriellen Gütern aus dem interregionalen Handel in Höhe von ca. 40 % lag demnach die tatsächliche gegenseitige Abhängigkeit noch weit höher.

Eine Zusammenfassung der genannten Probleme beinhaltet die folgende Tabelle.

Lieferungen und Bezüge zwischen den deutschen Regionen und mit dem Ausland in Prozent der Gesamtproduktion (Stand 1936)⁹⁰

Lieferungen/Bezüge	Mittel- deutschland	West- deutschland	Ost- deutschland
– an andere deutsche Regionen	43 %	18 %	43 %
– in das Ausland	11 %	13 %	5 %
– aus Deutschland	45 %	18 %	39 %
– aus dem Ausland	8 %	12 %	10 %

Gegenüber der innerdeutschen Abhängigkeit spielte die Auslandsabhängigkeit der mitteldeutschen Industrie eine geringere Rolle. Bei den Einfuhren handelte es sich allerdings zumeist um wichtige in Mitteldeutschland nicht vorhandene Rohstoffe oder Investitionsgüter.

Die Ausfuhrquote pro Kopf lag für das Gebiet der SBZ etwa auf dem Niveau der späteren amerikanischen und französischen Zone, aber deutlich unter dem der britischen Zone. Dabei gilt zu berücksichtigen, daß nach dem Krieg für die SBZ keine ausländischen Hilfsprogramme wirksam wurden, wie es für die Westzonen durch Government Appropriations and Relief for Occupied Areas (GARIOA) und Marshallplan der Fall war.

Der Interzonenhandel der SBZ/DDR erreichte bis 1950 nicht einmal 10 % des Handels, der zwischen den deutschen Wirtschaftsgebieten vor dem Krieg getätigt wurde.⁹¹ Im Gegensatz zur späteren Bundesrepublik war somit die SBZ/DDR zu einer weitgehenden Veränderung ihrer Ex- und Importstruktur sowie Regionalstruktur des Außenhandels gezwungen.

Die industrielle Zonenaufkündigung zog hauptsächlich in der SBZ deutliche Produktivitätsverluste nach sich und barg den Keim für die sich später weiter ausprägenden „Doppelstrukturen“ in beiden Teilen Deutschlands. Die bis heute nachwirkende Brisanz dieses Prozesses ist vom DIW bereits 1948 angemerkt worden: „Sodann werden durch die Zonenaufkündigung die heute besonders knappen Investitionsmöglichkeiten der einzelnen Zweige

⁹⁰ Vgl. Hardach, Karl, a.a.O., S. 133

⁹¹ Vgl. Barthel, Horst, a.a.O., S. 83 f., Selbst die Berücksichtigung der in den Statistiken nicht auftauchenden („grauen“) Interzonenengeschäfte der sowjetischen Aktien- und Handelsgesellschaften ändert an dieser Aussage kaum etwas.

in Anspruch genommen und zwar für Anlagen, deren Existenz nur durch die Zonengrenzen gerechtfertigt ist. Solange man die Zonengrenzen nicht als etwas für alle Zeiten Gegebenes ansieht, stellen solche Investitionen volkswirtschaftliche Kapitalfehlleitungen dar.“⁹²

Resümierend bleibt zu den vorstehend angeführten Problemen festzuhalten: Die neben den Reparationen entscheidende Kriegsfolge bestand in der Zerreißung eines historisch gewachsenen Wirtschaftsraumes. Die Unterschiede in der territorialen Verteilung der Industrie bestanden nicht darin, daß der Westen über eine hochentwickelte Industrie und der Osten über eine unterentwickelte Industrie verfügte, sondern in der inneren Struktur der Industrie. Es bestanden in der SBZ deutliche Ungleichgewichte zwischen Grundstoffindustrie und verarbeitender Industrie. Ein Ausgleich der Ungleichgewichte auf dem Weg des Interzonenhandels scheiterte an den politischen Verhältnissen. Insofern war bis zu einem gewissen Grade der letztlich verhängnisvolle Versuch vorbestimmt, die Rumpfwirtschaft der SBZ zu komplettieren und den Weg der Teilautarkie zu beschreiten.

3.4. Kriegsschäden

Eine statistische Erhebung über den Umfang der Kriegssachschäden wurde niemals durchgeführt. Wir müssen deshalb auf Schätzungen des DIW aus dem Jahr 1972 zurückgreifen. Die damals ermittelten Angaben über die Kriegszerstörungen in der SBZ wurden, soweit möglich, mit Primärquellen aus Archiven verglichen.

*Kriegssachschäden (in Prozent)*⁹³

Kriegssachschadensquote	Bundesrepublik	DDR	chem. Ostgeb.
Industrie	22 v.H.		
darunter:			
– reproduzierbares Vermögen	18 v.H.	12 v.H.	8 v.H.
– Lagervermögen	40 v.H.	30 v.H.	30 v.H.
Landwirtschaft	2 v.H.	2 v.H.	
Verkehrswesen	10 v.H.	10 v.H.	8 v.H.
Handel u. Banken			
Reproduzierbares Vermögen	15 v.H.	15 v.H.	10 v.H.
Wohnungsbauten	24 v.H.	14 v.H.	
öffentliche Hand	15 v.H.	15 v.H.	

92 Vgl. Bauer, Wilhelm, Der allgemeine wirtschaftliche Charakter der Zonen, in: Wirtschaftsprobleme, a.a.O., S. 21

93 Vgl. Cornelsen, Doris/Ruban, Maria Elisabeth/Teichmann, Dieter, Kriegsschäden und Nachkriegsbelastung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Finanzen, Bonn, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 1972, S. 97, Tabellen. (In den Angaben für die Bundesrepublik und die DDR sind West- bzw. Ostberlin jeweils enthalten.)

Im wesentlichen erwiesen sich die Berechnungen des DIW als stichhaltig. Die von östlicher Seite immer wieder vorgebrachte These von den weitaus höheren Kriegszerstörungen und damit verbundenen Verlusten an industrieller Kapazität auf dem Gebiet der SBZ kann als endgültig widerlegt gelten. Aus der Luft gegriffene Zahlen von Kriegssachschäden in Höhe von 40 %⁹⁴ halten keiner ernsthaften Prüfung stand⁹⁵ und dienen der Verschleierung der Substanzverluste, die durch die sowjetischen Demontagen eintraten.

Zeitgenössische Erhebungen der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie⁹⁶ und auch neue Fallstudien für ausgewählte Branchen belegen, daß sich der Kapitalstock der Wirtschaft der SBZ, trotz des ungeheuer bedrückenden Bildes der Zerstörungen, 1945 in einem erstaunlich guten Zustand befand.⁹⁷ Die meisten Großbetriebe waren wenige Wochen nach Kriegsende in der Lage, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Als Obergrenze für die Kapazitätsverluste durch Kriegsschäden, bezogen auf die 1944 vorhandenen Kapazitäten, können 15 % gelten. Lediglich in einzelnen Branchen (Fahrzeugbau, Elektroindustrie, Werkzeugmaschinenbau und Holzindustrie) lagen die Kriegsverluste etwas höher.⁹⁸

Die Verluste in der Landwirtschaft sind bisher nicht ausreichend vergleichend untersucht worden. Allerdings hat die Landwirtschaft in der SBZ 1945/46 durch umfangreiche Beschlagnahmungen der Besatzungsarmee beträchtliche einmalige Verluste erfahren.

In Bezug auf das Verkehrswesen ist die DIW-Rechnung für die SBZ korrekturbedürftig. Die Verkehrsanlagen waren im Krieg bevorzugte Angriffsziele der Alliierten und wurden zu einem großen Prozentsatz beschädigt. Fast die Hälfte des rollenden Materials ging in der Kriegs- bzw. unmittelbaren Nachkriegszeit verloren. Der Mangel an Transportmitteln aller Art behinderte den Wiederaufbau in der SBZ besonders empfindlich. Hinzu kam in späterer Zeit die Unterschätzung der produktiven Funktion des Transportwesens durch die einseitig auf das industrielle Wachstum orientierenden Planungsbehörden.

94 Vgl. Müller, Hans/Reißig, Karl, a.a.O., S. 15

95 Vgl. dazu die ausführliche Kritik von Matschke, Werner, a.a.O., S. 63 ff. sowie Köhler, Heinz, *Economic Integration in the Soviet Bloc*, New York/Washington/London 1965, S. 13. Köhler gibt die Kapazitätsverluste durch Kriegszerstörungen, bezogen auf den Stand von 1936, in einzelnen Wirtschaftszweigen der SBZ wie folgt an: Kohleindustrie = 3 %; Metallurgie = 8 %; Leichtindustrie = unter 15 %; chemische Industrie = 15 %; metallverarbeitende Industrie = 15 bis 21 %.

96 Vgl. BAP, G-2, Nr. 1091, *Die Metallindustrie in der Ostzone*, Bl. 71 ff. Dort ist u. a. von „verhältnismäßig geringen Zerstörungen“ die Rede, wohingegen „die Demontagen und die Zerschlagung der Konzerne außerordentlich weit gegangen sind.“

97 Vgl. Roesler, Jörg/Siedt, Veronika/Elle, Michael, *Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970*, Berlin 1986. Für 10 ausgewählte Zweige weisen die Autoren Kriegszerstörungen zwischen 1 und maximal 21 % nach. Karlsch, Rainer, *Die Nachkriegsentwicklung der chemischen Industrie*, Manuskript, Berlin 1993, nennt nur für das Leuna-Werk eine Zerstörungsquote von deutlich mehr als 20 %. Bei allen anderen großen Chemiewerken lag die Schadensquote zwischen 5 und 20 %.

98 Vgl. Roesler/Siedt/Elle, *Wirtschaftswachstum...*, Berlin 1986; Matschke, Werner, a.a.O.

Verglichen mit Westdeutschland wird für die SBZ eine niedrigere Schadensquote an Wohnungsbauten ausgewiesen. Das mag zunächst verwundern. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der alliierte Luftkrieg auf große Teile Westdeutschlands ca. 1 Jahr eher mit voller Wucht einsetzte.

Zerstörte und beschädigte Wohnungen in Millionen⁹⁹

	Westdeutschland	SBZ
Zahl der Wohnungen	10,8 *	4,7 **
– total zerstört	2,2	0,433
– schwer beschädigt	.	0,207
	24 v.H.	14 v.H.

* – 1943, ** – 1939

Zeitgenössische Statistiken weichen nur geringfügig von den Daten des DIW ab. Sie beziffern den auf dem Gebiet der SBZ 1939 vorhandenen Wohnungsbestand mit 4,513 Millionen., die total zerstörten Wohnungen mit 428 000 (9,5 %) und die beschädigten Wohnungen mit 649 000 (14,4 %). Dies sind insgesamt knapp 24 %.¹⁰⁰ Somit lag die Zahl der in Westdeutschland total zerstörten Wohnungen etwa genau so hoch wie die Gesamtzahl der in der SBZ zerstörten und beschädigten Wohnungen zusammengenommen.

Beachtet werden müssen jedoch die erheblichen regionalen Unterschiede. So hat Berlin mit weit über 500 000 vernichteten Wohnungen die absolut größten Wohnungsverluste hinnehmen müssen.

Besonders hohe Totalverluste an Wohnungen waren auch in den Ländern Mecklenburg (15%) und Sachsen (12,1 %) zu verzeichnen.

3.5. Zusammenfassung:

Die einzelnen Gebiete Deutschlands waren in sehr unterschiedlichem Maße von Kriegszerstörungen betroffen. Als schwerste Hypothek erwies sich die Zerstörung von Wohnraum in den Großstädten. Das industrielle Anlagevermögen hingegen überstand den Krieg weit besser als erwartet. In dieser Beziehung hatte sich der alliierte Luftkrieg als Fehlschlag erwiesen.

Alles in allem wiesen die späteren Westzonen einen etwas höheren Zerstörungsgrad auf als die SBZ. Die Kriegszerstörungen können demnach nicht als Startnachteil für die SBZ geltend gemacht werden.

⁹⁹ Die im DIW-Gutachten angeführten Zahlen der total zerstörten Wohnungen in der SBZ stimmen mit Berechnungen, die in der DDR vorgenommen wurden, weitgehend überein. Abweichungen ergeben sich bei der Eingruppierung von schwer beschädigten bzw. beschädigten Wohnungen. (Vgl. Barthel, Horst, a.a.O., S. 40 ff.; Meinicke, Wolfgang, Probleme der Integration der Vertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde, Kiel 1993, S. 8 ff.)

¹⁰⁰ Vgl. StAPMO, ZPA, IV 2/2027/41

4. *Beute (Trophäengut)*

4.1. *Begriffsbestimmung*

Beute im klassischen Sinn bezieht sich allein auf Kriegsmaterial. Im erweiterten Sinne sind es Entnahmen von Gütern aus privaten und öffentlichen Betrieben, die zur Kriegsführung dienen können. Letzteres wurde hier nicht bewertet oder ist in anderen Schadenskategorien (Demontagen) enthalten.

4.2. *Historischer Ablauf*

Noch vor Kriegsende begannen die Alliierten mit einer mehr oder weniger systematischen Entnahme von Beutegut.

Die bis Ende Juni von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile von Mecklenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt wurden von Spezialeinheiten durchstreift, die den Auftrag hatten, militärisch und industriell besonders wichtige Güter zu beschlagnahmen. Die Beutezüge der Westalliierten konzentrierten sich auf bekannte Firmen und Institute. Entnommen wurden wertvolle Roh- und Hilfsstoffe, Maschinen und Einrichtungen. Von ihrem Umfang her waren diese Entnahmen jedoch nicht mit den sowjetischen Trophäenaktionen zu vergleichen. Die betroffenen Unternehmen wurden nicht demontiert. Teilweise sind die entnommenen Güter bezahlt worden.

Die Wertigkeit der erbeuteten Rohstoffe, Halbfabrikate, wissenschaftlichen Unterlagen und Spezialmaschinen ließ sich allerdings kaum in Geld ausdrücken. Nicht selten handelte es sich um Unikate.

Eine Gesamtaufstellung der amerikanischen Beute-Entnahmen existiert nicht. Belegt sind aber zahlreiche Einzelfälle.

Demnach waren das Zeiss-Werk in Jena, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt in Weida und alle Werke der IG-Farbenindustrie AG in der Provinz Sachsen am schwersten von den amerikanischen Beuteentnahmen betroffen.¹⁰¹

Die Aktionen der amerikanischen Spezialeinheiten konzentrierten sich auf die in der Endphase des Krieges vornehmlich nach Thüringen verlagerte Rüstungsfertigung und -forschung (Raketentechnik, Kernphysik). Als Kriegsbeute betrachtete das amerikanische Militär u. a. die aufgespürte Radiumreserve (21,8

¹⁰¹ Vgl. Fuchs, Ludwig, Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen vom April bis Juli 1945, Diss. Universität Leipzig 1966, S. 143 ff. Der Wert der aus dem Zeiss-Werk verbrachten Konstruktionsunterlagen, Objektivsammlungen, Zeichnungen und Spezialmaschinen belief sich laut dem ausgestellten Requisitionsschein auf 18,5 Mio. RM. Um ein vielfaches höher ist der Wert der ebenfalls entnommenen Patentschriften einzuschätzen. Die bei der Agfa Wolfen beschlagnahmten Silbervorräte wurden auf 8 Mio. RM beziffert und die Kautschukvorräte der Buna GmbH mit 3,3 Mio. RM, vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (LHA, S-A), SAG Farbenfabrik Wolfen, Nr. 5849, Bl. 127

Gramm; geschätzter Wert 3 Mio. Dollar) der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Weida (Thüringen).¹⁰² Eine Spezialeinheit erzwang am 26. Juni 1945 deren Übergabe. Außerdem wurden Spezialgeräte und wissenschaftliche Unterlagen mitgenommen. Zweifellos richteten sich diese Beschlagnahmungen gegen die erwarteten sowjetischen Versuche, vom deutschen know how in der Kernphysik zu partizipieren.

Weiterhin beeinträchtigte die großangelegte Mitnahme von Lokomotiven und Waggons die Entwicklung des Transportwesens in der SBZ. So verlor allein die Reichsbahndirektion Erfurt vom Ende der Kämpfe bis zur Räumung Thüringens durch die amerikanischen Truppen über 200 Lokomotiven, das waren mehr als 1/3 des Bestandes.¹⁰³

Legten schon die Westalliierten den Beutebegriff bisweilen recht weit aus, so trifft dies in noch viel stärkerem Maße auf das Vorgehen der Sowjetunion zu. Von der UdSSR wurden sämtliche Entnahmen bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz als Kriegsbeute deklariert. Welche Ausmaße das Beutemachen der „Trophäenabteilungen“ der Roten Armee annahm, verdeutlichen folgende offizielle sowjetische Angaben¹⁰⁴:

- bis 2.8.1945 entnommene Ausrüstungsgegenstände = 3,9 Mio. t
- bis 2.8.1945 Restititionen (Zucker, Vieh) = 21,3 Mio. \$

Daß die Entnahmen in Tonnen bemessen wurden, mag verwundern, erklärt sich jedoch aus dem in der UdSSR vorherrschenden ökonomischen Denken, wurden doch auch die Leistungen der sowjetischen Staatsbetriebe hauptsächlich über Naturalkennziffern berechnet.

4.3. *Quellen und Schätzmethoden*

In verschiedenen zeitgenössischen Quellen werden Trophäengut, Requisitionen, Restititionen und Plünderungen nicht getrennt ausgewiesen. Dementsprechend groß ist die Schwankungsbreite der Schätzungen, die sich zwischen 2 bis 10 Mrd. RM bewegen. Dabei fand keine Berücksichtigung, daß ein Teil der entnommenen Kunstschatze (Dresdener Gemäldegalerie, Grünes Gewölbe) von der UdSSR an die DDR zurückgegeben wurde.

Die **Plünderungen** in der SBZ werden auf 200 Mio. RM geschätzt. (10 v.H. des Hausratsvermögens von 1945). Für Westdeutschland wird die Quote auf 5 v.H. des Hausratsvermögens veranschlagt. In absoluten Zahlen sind dies ebenfalls 200 Mio. RM.¹⁰⁵

102 Vgl. BAP, Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (F-5), Nr. 14

103 Vgl. Matschke, Werner, a.a.O., S. 183

104 Vgl. Laufer, Jochen, Zwischen Kooperation und Konfrontation..., a.a.O., S. 8

105 Vgl. Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 103 ff.

Irreguläre Requisitionen haben in der SBZ in großem Umfang stattgefunden. Sie betrafen vor allem Rohstoffe. Einen Anhaltspunkt für den Umfang der irregulären Requisitionen geben die Zahlen über die bis Anfang der 50er Jahre in der DDR unterhaltenen zahlreichen „Trophäenlager“, in denen von der „Trophäenverwaltung“ Güter zusammengefaßt wurden, die nicht sofort abtransportiert werden konnten. Die dort gelagerten Maschinen und Rohstoffe können aber nur zu einem kleinen Teil der Kriegsbeute zugerechnet werden, und ihr Wert ist auch nur teilweise in die Angaben über die Betriebsdemon-tagen aufgenommen worden. Firmen, die total abgebaut wurden, gingen auch ihrer Rohstoffe verlustig.

Mitte 1947 durften deutsche Wirtschaftsbehörden einen Teil der Lager erstmals besichtigen und Daten zusammenstellen. Der gravierende Eisen- und Stahlmangel in der SBZ veranlaßte dann die Sowjets, einen kleinen Teil der Lager freizugeben.

*Erfassung und Übergabe der Trophäenlager nach Unterlagen der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie (Stand April 1947)*¹⁰⁶

Land	übergebene Lager	Bestand an Eisen- und Stahlmaterial	noch nicht übergebene Lager
Sachsen	4	1 900 t	keine Angaben
Brandenburg	5	35 000 t	keine Angaben
Mecklenburg	3	14 000 t	18
Sachsen-Anhalt	6	22 000 t	1
Thüringen	4	7 600 t	11
Insgesamt	22	80 500 t	mind. 30

Erst 1950/1951 entschloß sich die Regierung der UdSSR, die Lager gänzlich aufzulösen und noch verwertbare Materialien den deutschen Wirtschaftsbe-hörden zu übergeben. So konnte wenigstens das Schrottaufkommen der DDR gesteigert werden.

4.4. Zusammenfassung

Sowohl in der SBZ als auch in den Westzonen haben die Sieger Kriegsbeute für sich beansprucht. Im Osten Deutschlands fielen unter die Kategorie der Beute allerdings auch umfangreiche Demontagen. Außerdem war das sowjetische Besatzungsgebiet in wesentlich stärkerem Maße von individuellen Plünderungen und irregulären Requisitionen betroffen. Der vorangegangene vierjährige gigantische Kampf ebte nicht an einem Tag ab.

Plünderungen und irreguläre Requisitionen haben, sehr vorsichtig geschätzt, in der SBZ zu einem Wertverlust von 1 000 Mio. RM (Preisbasis 1944) geführt. Reguläre Kriegsbeute, gleichgültig ob von der Sowjetunion oder den Westalliierten beansprucht, ist in dieser Zahl nicht enthalten.

5. *Demontagen und ihre Folgen*

5.1. *Begriffsbestimmung*

Unter Demontagen werden Entnahmen aus der Vermögenssubstanz verstanden, die auf Veranlassung der Alliierten zum Zweck der Entmilitarisierung und der Reparationen erfolgten. Der durch die Zerstörung eines Wirtschaftsgutes verursachte Schaden wird nach dem unterstellten Prinzip der Inlandsverlustbewertung einer Entnahme gleichgestellt, auch wenn die Alliierten daraus keinen materiellen Nutzen ziehen konnten.

5.2. *Historischer Ablauf*

Das Vorspiel für die zentral gelenkten Trophäenentnahmen und Demontagen begann im März 1945. In diesem Monat wurde der bisherige Stellvertretende Volkskommissar für Schwermaschinenbau, Konstantin I. Kowal, im Auftrag des Staatlichen Komitees für Verteidigung der UdSSR (GKO) mit Sondervollmachten zu den kämpfenden Truppen entsandt.¹⁰⁷ Kowal sollte sich einen ersten Überblick über das deutsche Rüstungspotential verschaffen und die Entnahme von „Kriegsbeute“ vorbereiten und dies möglichst unbemerkt von den Westmächten.

Große Ausmaße erreichten die Beuteentnahmen und Demontagen selbst in den neuen west- und nordpolnischen Gebieten, in Schlesien und Ostpreußen. Polnische Historiker schätzen die Verluste auf 1/4 aller dortigen Industrieanlagen.¹⁰⁸ Der sowjetische Außenminister Molotow war gegenüber der polnischen Regierung um eine Bagatellisierung dieser Problematik bemüht, gab aber dennoch im August 1945 die Wertsumme der durch sowjetische Truppen in

107 Vgl. Kowal, Konstantin, I., Na postu zamestitelja Glavnonacal stvujuscego SVAG 1945–1949, in: Novaja i novejsaja istorija 1987/3, S. 130

108 Vgl. Marczak, Tadeusz, Ziemie Odzyskane w polskim bilansie strat i zyskow II wojny swiatowej, in: Zarnie Slaskie 1990/No. 3–4; Die polnischen Reparationsansprüche wurden auf einer Konferenz im August 1945 in Moskau diskutiert. Im Ergebnis der Konferenz erhielt Polen eine sowjetische Zusage über die Teilhabe an deutschen Reparationslieferungen in Höhe von 600 bis 750 Mio. Dollar. Polen wiederum verpflichtete sich nach Übernahme der „wiedergewonnenen Gebiete“ zu hohen jährlichen Lieferung von Steinkohle weit unter Weltmarktpreis in die Sowjetunion. Diese für Polen ungünstige Regelung gab zu zahlreichen Spannungen Anlaß.

Schlesien und Ostpreußen demontierten Fabriken mit ca. 500 Mio. Dollar an.¹⁰⁹

Formal lag die oberste Verantwortung für die sowjetische Reparationspolitik beim Rat der Volkskommissare bzw. ab März 1946 beim Ministerrat der UdSSR. Die wichtigsten Entscheidungen fielen indessen im Politbüro der Zentralkomitees der KPdSU (B) und wurden vom Ministerrat umgesetzt.

Im Jahr 1945 bildete das GKO in Moskau ein vom Politbüromitglied Georgi M. Malenkov geleitetes Sonderkomitee. Außenstellen wurden in allen Provinzen und Ländern der SBZ gebildet. Die Sonderkomitees hatten die Aufgabe, die Demontagen zu organisieren und den Wiederaufbau der sowjetischen Industrie voranzubringen.

Ab Mai 1945 überschwemmten Beauftragte der Sonderkomitees förmlich die SBZ. Jedes Ministerium und selbst einzelne Werke entsandten eigene Demontagebrigaden nach Deutschland. Eine regelrechte Jagd nach Demontagegütern begann.¹¹⁰

In den ersten Nachkriegsmonaten arbeiteten die Demonteure unter der Parole: „Alles auf die Räder!“¹¹¹ Ein Teil der Demontagen wurde als Staatsgeheimnis behandelt und selbst vor der SMAD geheimgehalten.

Die unterschiedlichen Ziele und Unterstellungsverhältnisse der Sonderkomitees einerseits und der SMAD sowie der GSOW andererseits, führten zu fortgesetzten Reibereien. Während die „Demonteure“ lediglich ihre Demontageaufträge erfüllen wollten, war die SMAD für den Wiederaufbau und die Realisierung der Reparationspläne verantwortlich. Die SMAD-Offiziere waren daher eher daran interessiert, einen industriellen Grundstock zu erhalten.

Die erste Demontagewelle begann unmittelbar nachdem die Rote Armee das Reichsgebiet erreicht hatte und endete im Juli 1945. Sie betraf vor allem das Gebiet von Groß-Berlin und war von großem Durcheinander gekennzeichnet. Eine zentrale Linie gab es nicht. Vielfach wurden ganze Betriebe zerstört, aus denen eigentlich nur ein kleiner Teil der Maschinen und Anlagen benötigt wurde.

Nahezu zeitlich parallel mit den Berliner Demontagen begann in der gesamten SBZ eine zweite Demontagewelle. Sie endete etwa im März 1946.

Die ersten beiden Demontagewellen konzentrierten sich sowohl auf rüstungswichtige Kapazitäten, hauptsächlich in der Metallurgie und metallverarbeitenden Industrie, als auch auf reine Konsumgüterindustrien.

109 Vgl. ebenda, S. 309

110 Vgl. dazu insbesondere die instruktiven Schilderungen von ehemaligen SMAD-Offizieren, in: Slusser, Robert (Hg.) *Soviet Economic Policy in Postwar Germany*, New York 1953

111 Vgl. Klimow, Gregory, *Berliner Kreml*, Köln 1952, S. 233

Selbst nach Bekanntgabe des Alliierten Industrieniveauplans Ende März 1946 wurden noch unterschiedslos sowohl kriegswichtige als auch reine Friedensindustrien demontiert.

Im Spätsommer 1945 zeichnete sich deutlich ab, daß die Malenkow-Konzeption der schnellstmöglichen Demontagen nicht den erhofften Nutzen brachte. Auf einer Strecke von mehr als 100 km stauten sich die Demontagezüge vor dem sowjetischen Grenzbahnhof Brest. Viele Transporte erreichten Brest ohne Beschriftung und Adresse. Maschinen aus den verschiedensten Fabriken gerieten durcheinander, Lieferungen blieben stecken und Demontagegüter aller Art verrotteten.

Ab Herbst 1945 gewann Mikojans Konzept der „Sowjetisierung“ der SBZ und der Nutzung ihrer ökonomischen Ressourcen für die UdSSR allmählich die Oberhand. Zuvor hatten einflußreiche SMAD-Vertreter einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der SBZ vorbereitet. So befürchtete der Stellvertretende Chef der SMAD und Leiter der Industrieabteilung, Kowal, bei Fortdauer der zügellosen Demontagen das Entstehen eines „ökonomischen Vakuums“.¹¹², an dem der SMAD nicht gelegen sein konnte.

Das bedeutete jedoch keine völlige Abkehr vom Konzept der ökonomischen Abrüstung Deutschlands. Vielmehr standen beide Konzeptionen bis Anfang 1947 in etwa gleichgewichtig nebeneinander.

Den sichtbarsten Umschwung in der Reparationspolitik der UdSSR stellte der Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946 zur Überführung von mehr als 200 großen Industriebetrieben in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) dar, die zunächst zur Demontage vorgesehenen waren.¹¹³

Ebenso wie den ersten großen Beute- und Demontagewellen der Roten Armee, so hatte das daniederliegende Deutschland dem nichts entgegenzusetzen.

In dem Maße, wie die Besatzungsmacht ihre Demontageaktionen auf nahezu alle Bereiche der Wirtschaft ausdehnte, wuchsen aber die Besorgnisse der betroffenen Belegschaften, und geriet die Politik der SMAD und KPD/SED („Russenpartei“) zunehmend in Mißkredit.

Widerstände gegen die rigorose sowjetische Demontagepolitik gab es auf allen Ebenen und in allen Schichten. Parteipolitisches Kalkül spielte selbst in den Reihen der KPD/SED in dieser existentiellen Frage kaum eine Rolle.

Allerdings schlug der weitverbreitete passive Widerstand in den Unternehmen, der sich in der mutwilligen Zerstörung von Demontagegut und im Verstecken von schwer ersetzbaren Maschinenteilen manifestierte, nur in seltenen Fällen in Aktionen um. Offene Proteste, wie sie aus der Freitaler-Stahl-Industrie (FSI)

112 Vgl. Laufer, Jochen, a.a.O., S. 4

113 Ausführlicher dazu im Kapitel 5

überliefert sind, stellten eine Ausnahme dar.¹¹⁴ Im allgemeinen war die Angst vor Repressionen zu groß und wirkte lähmend. Wer es dennoch wagte, die Demontagen zu hintertreiben, mußte mit drakonischen Strafen rechnen.¹¹⁵

Seit Anfang 1946 häuften sich die Bittschriften an den Chef der SMAD. Die Briefe von Belegschaften vermochten aber nur in wenigen Fällen eine Rücknahme erteilter Befehle zu bewirken. Auch von den Landes- und Provinzialverwaltungen vorgenommene Aufstellungen über Betriebe, die aus politischen Gründen erhalten werden sollten, weil in ihnen viele KPD-Mitglieder und (oder) Opfer der NS-Diktatur arbeiteten, oder weil es sich um lebenswichtige Versorgungsbetriebe handelte, nutzten nichts.

Immerhin gelang es dem Zentralaussschuß der SPD, der KPD-Führung sowie Vertretern der Deutschen Zentralverwaltungen, eine Reihe von Werken, von denen die Zukunft ganzer Regionen abhing, vor der Totaldemontage zu retten.¹¹⁶ Unter dem Eindruck des Hungerwinters 1946/47 und einiger Hungerdemonstrationen wurden die Bitten an die SMAD noch drängender.

Zweifellos waren aber dann die mehrfachen Ankündigungen des Chefs der SMAD, Sokolowski, die Demontagen zu beenden (Mai 1946, Januar 1947, Juli 1947) auch eine Reaktion auf jeweils neue wirtschaftspolitische Schritte der Amerikaner und Briten (Demontagestopp im Mai 1946, Bildung der Bi-Zone am 1.1.1947). Allerdings war die Position Sokolowskis im Machtgefüge nicht stark genug, um die rasche Beendigung der Demontagen tatsächlich zu gewährleisten.

Alle hier nur angedeuteten deutschen Bemühungen um eine Begrenzung der Demontagen hätten kaum eine Chance gehabt, wenn nicht in der sowjetischen Führung ab Frühjahr 1946 das pragmatische Mikojan-Konzept die Oberhand gewonnen hätte.

Die dritte Demontagewelle vom Frühjahr bis Herbst 1946 war wesentlich besser organisiert und beruhte auf genau festgelegten Listen der zu demontierenden Objekte. Aus den Schwierigkeiten der ersten Demontagewellen hatte die SMAD gelernt. Nunmehr wurde erst nach halbwegs gründlicher Vorbereitung und mit Hilfe deutscher Ingenieure und Techniker demontiert.

Das geschah auch im größten Industrierwerk der SBZ, dem Leunawerk. Noch Ende 1945 war eine russische Kommission allen Demontagegerüchten entgegengetreten. Der Chef der Brennstoffabteilung der SMAD, Kurmaschew, erklärte gegenüber der Leunaer Werkleitung Ende November 1945: „Die SMA

114 Zitiert in: Vogler, Johannes, Von der Rüstungsfirma zum volkseigenen Betrieb. Aufzeichnungen eines Unternehmers der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von 1945–1948 (Hg. von Burghard Ciesla), München 1992, S. 60

115 In den Quellen finden sich verstreute Belege für Versuche von Arbeitern, die Entnahme und den Abtransport von Demontage- und Reparationsgütern zu ver- bzw. zu behindern. Sie riskierten damit langjährige Haftstrafen. (Vgl. BAP, C-2, Nr. 1 638 und 3 275)

116 Vgl. StAPMO, ZPA, IV 2/602/102

unternimmt alles, um die Zone zu beleben. Es muß alles getan werden, daß das Leuna-Werk und dessen Führung zugunsten des deutschen Volkes arbeitet, um dadurch zum raschen Wiederaufbau beizutragen.“¹¹⁷

Am 15. März 1946 kam dann doch der Befehl zur Teildemontage des bereits durch den Krieg schwer getroffenen Werkes. Insgesamt wurden weit mehr als 50 % der Kapazitäten des Werkes demontiert und 135 000 t Eisenteile aller Art entnommen.¹¹⁸ Die Belegschaft war Mitte 1946 gezwungen, gleichzeitig ab- und aufzubauen. Diese Konstellation widerspiegelte auf der Unternehmensebene die Ambivalenz der sowjetischen Reparationspolitik, die 1946/47 zwischen Demontage und Remontage schwankte.

Neben den Demontagen in der chemischen Industrie richtete sich die dritte Demontagewelle auch auf Kohlenbergwerke, Brikett-, Zucker- und Schuhfabriken. Verschiedene Werke wurden nach Wiederaufbau zum zweiten, manche gar zum dritten Mal demontiert. Teilweise sind selbst die leeren Fabrikhallen gesprengt worden.

Die vierte Demontagewelle von Oktober 1946 bis Frühjahr 1947 konzentrierte sich dann auf einige große Rüstungsbetriebe, wie die Junkers-Werke in Dessau, die Siebelwerke in Halle und die Henschel-Werke in Staßfurt, die bis dahin für die Sowjets gearbeitet hatten. Dazu gehörten auch das Carl Zeiss-Werk und das Glaswerk Schott in Jena, mehrere große Druckereien sowie Betriebe des Braunkohlenbergbaus und der Energieerzeugung.

Die verzweifelte Stimmung unter den betroffenen Belegschaften veranlaßte den sächsischen Bergbaudirektor Müller im Februar 1947 zum Abfassen einer Denkschrift „Vor dem Zusammenbruch der Kohlenversorgung Sachsens“.¹¹⁹ Müllers Resümee lautete: „Wir werden wie im 1000 jährigen Reich belogen.“¹²⁰

Allerdings erreichten die Demontagen im Kohlenbergbau nicht das befürchtete Ausmaß, zumal die in sowjetisches Eigentum (SAG) überführten Gruben und Werke davon weitgehend ausgenommen wurden.

Sokolowskis Erklärung, daß es sich bei den im Frühjahr und Herbst 1947 neuerlich einsetzenden Demontagewellen nur noch um „Restdemontagen“ handle, klang dennoch wenig glaubwürdig. Einer Delegation des Parteivorstandes der SED mit Pieck und Grotewohl an der Spitze, erklärte er am 28. August 1947: „Nicht die SED trägt die Verantwortung für die Durchführung dieser Maßnahme, sondern die SMAD.“¹²¹

117 Archiv der Leuna AG, Nr. A 1

118 Vgl. Ebenda

119 Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SÄHStA), Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerium des Innern (MdI), Nr. 88, Gutachten von Generaldirektor Müller vom 19.2.1947

120 Ebenda

121 Vgl. StAPMO, ZPA, NL 36/Nr. 734, Bl. 345 und SÄHSTA, Ministerium für Wirtschaft (MfW), Nr. 1 438

Unter starkem Druck der Parteibasis stehend („Sokolowski hat sein Wort gebrochen“), bemühte sich der Parteivorstand der SED 1947 mehrfach, bei der SMAD-Führung um das Ende der Demontagen.

Auf dem II. Parteitag der SED im September 1947 mußte Pieck den Wortbruch der Sowjets rechtfertigen. Als er von den Demontagen sprach und sie lediglich als Ergänzungsdemontagen charakterisierte, herrschte unter den Anwesenden eisiges Schweigen.¹²²

Eine fünfte Demontagewelle begann im Herbst 1947 und brachte weitere Teilverluste in Betrieben des Braunkohlenbergbaus und des Energiewesens.

Außerdem wurden weitere 1 200 km Eisenbahngleise abgebaut, was zum Totalverlust einer ganzen Reihe von Nebenstrecken führte.¹²³ Bis März 1947 sind Schienen mit einer Gesamtlänge von 11 800 km entnommen worden. Damit wurde das Schienennetz, bezogen auf den Stand von 1938, um 48 Prozent verringert.¹²⁴ Am schwersten beeinträchtigt wurde der Eisenbahnverkehr durch die weitgehende Demontage des zweiten Gleises von insgesamt 6 300 km Länge.¹²⁵

Das fehlende zweite Gleis wurde geradezu zum Symbol für die Demontagen in der SBZ. Keine andere Demontageaktion hat so nachhaltig tiefe Spuren im historischen Gedächtnis der Menschen hinterlassen. Von diesem Abbau zeugte das leere Schotterbett, und noch Jahrzehnte später zogen sich diese Spuren durch das Land als stumme Zeugen der Demontage.

Die Folge war, daß die Transportleistungen auf dem Gebiet der SBZ 1946 auf ca. 1/4 des Standes von 1936 sanken und 1950 erst etwas mehr als die Hälfte des Vorkriegsstandes erreichten.

Im Frühjahr 1948 begannen die letzten größeren Demontagen. Sie betrafen das Buna-Werk in Schkopau und die ehemaligen Produktionsstätten von Siemens in Arnstadt und Gera, d. h. Unternehmen, die als SAG-Betriebe seit Mitte 1946 in sowjetischem Besitz waren. In allen drei Fällen wurden fast nur rüstungswichtige Fertigungslinien abgebaut.

Im Gegensatz zu den Produktionsstätten von Siemens in Arnstadt und Gera fanden im Buna-Werk dem Umfang nach nur noch unbedeutende Demontagen statt. Sie betrafen lediglich 5 Prozent der Fertigungskapazitäten. Wie problematisch solche Zahlenangaben allerdings sind, wird deutlich, wenn in Rechnung gestellt wird, was im Frühjahr 1948 im Schkopauer Werk demontiert wurde. Abgebaut wurden 2 von insgesamt 3 Polymerisationsbetrieben mit

122 Vgl. Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1985, S. 579 f.

123 Vgl. Harmssen, Gustav-Wilhelm, a.a.O., S. 78 und Roesler, Jörg, Das zweite Gleis, in: Spuren suchen 1990/4, S. 43 ff.

124 Vgl. Dube, Martin, Die Entwicklung des Schienenfahrzeugbaus in der DDR von 1945 bis 1970, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 1988/Sonderband, S. 111

125 Vgl. Harmssen, Gustav-Wilhelm, a.a.O., S. 112

einer Jahreskapazität von 36 000 t. Das waren ca. 70 Prozent der Kapazitäten der Endstufe der Synthesekautschukproduktion.¹²⁶

Vereinzelt kam es auch später noch zu Demontagen geringeren Umfangs in SAG-Betrieben. So sind im August 1948 aus 48 Bauten des Leuna-Werkes Anlagen, u. a. für die Benzol-Hydrierung, entnommen worden.¹²⁷ Ein Teil dieser Anlagen wurde jedoch lediglich umgesetzt und in anderen SAG-Werken remontiert.

Eine Rückführung bereits abgebauter Werke bzw. Anlagen erfolgte 1947 in der Elektro- und Reifenindustrie und Anfang 1949 in der Metallurgie. In diesen Zweigen hatten Totaldemontagen 1945/46 zu schweren Engpässen geführt.¹²⁸

5.3. *Umfang der Demontagen*

Große Unsicherheit herrschte bei allen Verantwortlichen in der Frage der Einteilung der Unternehmen in „Rüstungsbetriebe“, „gemischte Werke“ bzw. „zivile Werke“. Eindeutige Zuordnungen waren zumeist nicht möglich. Übersichten aus dem Archiv der SMAD in Moskau und dem Ministerium für Wirtschaft des Landes Sachsen belegen, daß selbst die SMAD nur 10 bis 20 Prozent der in Sachsen abgebauten Betriebe zu den reinen Rüstungsbetrieben rechnete.¹²⁹

Unter Einbeziehung der von den Ämtern für Reparationen der Landes- und Provinzialregierungen 1946/47 zusammengestellten Übersichten, den Demontagelisten der DWK und einer SMAD-Liste für das Land Sachsen¹³⁰, ist von 2 000 bis 2 400 in der SBZ demontierten Betrieben aller Größenordnungen auszugehen.¹³¹ In einer internen sowjetischen Analyse wird Ende 1946 von 3 586 demontierten Betrieben gesprochen.¹³² In dieser Zahl sind aller Wahrscheinlichkeit nach auch die in den neuen polnischen Westgebieten getätigten Demontagen enthalten. Falls dies zutrifft, stimmen die russischen Zahlen weitgehend mit den Erhebungen der DWK überein. Der Anteil der Totaldemontagen belief sich nach vorsichtiger Schätzung auf mehr als 50 Prozent.

126 Vgl. Werksarchiv der Buna AG, Rep. II/1, Nr. 356

127 Vgl. Werksarchiv der Leuna AG, Nr. A 1

128 Vgl. Archiv der Buna AG, Rep. II/1, Nr. 53; Harmssen, Gustav-W., a.a.O.

129 Vgl. Sowjetisches Staatsarchiv der Oktoberrevolution Moskau (CGAOR), f. 7212, O 1D1, Bl. 53 ff., Liste der bis 1948 in Sachsen demontierten Betriebe; SÄHSTA, MfW, Nr. 1 302 Liste der liquidierten Rüstungsbetriebe vom 14.11.1950

130 Vgl. Archiv ZGAOR, Moskau, f. 7212, O.1D1, Bl. 53 ff. Dort werden 979 in Sachsen demontierte Betriebe, darunter 181 Rüstungsbetriebe aufgeführt. Harmssen nennt für Sachsen 1042 Demontagebetriebe. Die Abweichungen sind in Anbetracht der unterschiedlichen Erfassungskriterien als gering einzuschätzen.

131 Die bisher publizierten Angaben schwanken zwischen 675 (Barthel), Mühlfriedel (1650) und 2 033 (Harmssen). Die meisten anderen Autoren berufen sich auf Harmssen.

132 Vgl. Laufer, Jochen, a.a.O., S. 8

Die Auswertung der verschiedenen Demontagelisten erlaubt nun folgende Schlüsse:

- 1) Unter Demontage fielen vor allem die neuesten und bestausgerüsteten Werke.
- 2) Die Demontagen erfolgten in einem sehr hohen Tempo. Der weitaus größte Teil der Anlagen wurde in den Jahren 1945/46 entnommen.
- 3) Die Demontagen waren zuerst auf die Zerstörung des im weitesten Sinne rüstungswirtschaftlichen Potentials gerichtet, was die besonders hohe Zahl von Totaldemontagen in den Industriezweigen Metallurgie, Mineralölerzeugung, Werkzeugmaschinenbau und Feinmechanik/Optik belegt. In diesen Bereichen erfolgten die Demontagen ohne Rücksicht auf die sich dadurch vertiefenden strukturellen Disparitäten in der SBZ.
- 4) Die Demontagen in ausgesprochenen Engpaßbereichen (Metallurgische Werke, Aluminiumwerke, Reifenwerke, pharmazeutische Industrie, Blechwaren- und Schraubenindustrie, Werkzeugmaschinenindustrie) sind nur im Kontext der Potsdamer Beschlüsse verständlich, nach denen Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte. Nach der Mitte 1946 beginnenden Trendwende in der sowjetischen Reparationspolitik mußten genau diese Bereiche, in denen die umfangreichsten Entnahmen stattgefunden hatten, schwerpunktmäßig wieder aufgebaut werden.
- 5) Neben den sicherheitspolitisch begründeten Demontagen in der Schwer- und Grundstoffindustrie sowie im Werkzeugmaschinenbau erfuhren auch ausgesprochen zivile Bereiche große Einschnitte. Die Demontagen in der Leichtindustrie sind sowohl auf den sowjetischen Mangel an Gütern aller Art als auch auf eine bewußt herbeigeführte Absenkung des Lebensstandards des Kriegsgegners zurückzuführen.
- 6) Auffällig ist der hohe Anteil mittelständischer Unternehmen und Kleinunternehmen in den Demontagelisten. Die Demontagen von Sägewerken, Ziegeleien, Druckereien, Autoreparaturwerkstätten, metallverarbeitenden Betrieben aller Art usw. stellten de facto die erste große Enteignungswelle dar, da es diesen Unternehmern danach an allen Voraussetzungen zum Wiederaufbau ihrer Betriebe mangelte.
- 7) Besonders große Potentialverluste hatten neben Berlin die Maschinenbauzentren in Chemnitz, Gera, Leipzig, Dresden und Weissenfels hinzunehmen. Betroffen waren sowohl industrielle Ballungszentren als auch viele kleinere Standorte in schwach industrialisierten Gebieten.

5.4. Kurzfristige Folgen

Im Zuge der Demontagen wurde das 1945 vorhandene industrielle Anlagevermögen um etwa 1/3 reduziert. Eine statistische Untersuchung der DWK

von 1948 verdeutlicht das Ausmaß des Produktionsrückgangs im Vergleich zur Vorkriegszeit. Allerdings waren diese Rückgänge nicht ausschließlich den Demontagen geschuldet.

*Bruttoproduktion 1947 in ausgewählten Zweigen der SBZ im Vergleich zu 1936 (in Prozent)*¹³³

am stärksten betroffene Zweige:

1. Metallurgie	16,5 %
2. Maschinenbau	18,9 %
3. Zellstoff und Papier	23,6 %
4. Elektroindustrie	24,5 %

geringer betroffene Zweige:

1. Energie	96,8 %
2. Holzindustrie	83,4 %
3. Nahrungs- und Genußmittel	81,4 %
4. Bergbau	60,8 %

Hinsichtlich des Energiesektors vermittelt die vorstehende Übersicht ein zu positives Bild, da mit dem Basisjahr 1936 der erhebliche Kapazitätswachstum bis 1944 negiert wird. Was die Metallurgie betrifft, so gab es sie nach Abschluß der Demontagen praktisch nicht mehr. Ohne Stahl- und Walzwerke wäre aber die Rumpfwirtschaft der SBZ nur kurze Zeit lebensfähig gewesen, weshalb die künftige Investitionspolitik zwangsläufig zuerst auf den Wiederaufbau einer metallurgischen Basis gerichtet sein mußte.

Andere Strukturschäden waren in den ersten Nachkriegsjahren nicht sofort spürbar. Insofern dürfen die unmittelbaren Folgen der Demontagen auch nicht überbewertet werden, wie dies in der zeitgenössischen Literatur aus verständlichen Gründen geschah.

Bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der abgebauten Kapazitäten handelte es sich um Rüstungskapazitäten (Flugzeugwerke, Hydrierwerke, Munitionsfabriken, u. a.). Sie hätten ohnehin nicht wieder in Betrieb genommen werden können. Zudem galten über Jahre für eine Reihe von Industriezweigen alliierte Produktionsverbote bzw. -beschränkungen. Ein Teil der Einbußen entfiel demzufolge auf brachliegende Kapazitäten.

Schließlich muß darauf verwiesen werden, daß das Produktionsvolumen in der Nachkriegszeit vor allem von der Rohstoffzufuhr abhing. Die Teilung Deutschlands in Besatzungszonen und die Gebietsabtretungen an Polen und die UdSSR hatten aber die traditionellen Güterströme weitgehend unterbunden.

Schwerwiegende Beschränkungen für die Produktion resultierten deshalb aus der Rohstoffknappheit und aus den Transportengpässen. Der reduzierte Kapitalstock der Wirtschaft stellte somit, volkswirtschaftlich gesehen, in den Nachkriegsjahren nicht das alleinige entscheidende Wachstumshemmnis dar. Wachstumsentscheidend ist die Kombination der Produktionsfaktoren Kapital, Rohstoffe, Arbeit.

Trotz deren erheblicher Beeinträchtigung wurde in der SBZ eine Ausweitung des Produktionsvolumens erreicht, bis 1948 sogar etwas rascher als in den Westzonen.¹³⁴ Erst als sich die Wirtschaft erholt hatte, wurden die durch die Demontagen hervorgerufenen Schäden stärker spürbar.

5.5. *Mittel- und längerfristige Folgen*

Die Demontagen und vor allem die Abschnürung von den Westzonen mußten mittel- und längerfristig zwangsläufig zu Autarkiebestrebungen und Produktivitätsrückständen führen.¹³⁵ Die Wirtschaftsentwicklung der DDR krankte in den 50er Jahren zudem an einem empfindlichen Energiedefizit und den sich zu chronischen Mängeln auswachsenden Schwächen des Transportsystems. Während das Energiewesen mit zwei großangelegten Investitionsprogrammen Mitte und Ende der 50er Jahre modernisiert wurde und innerhalb von 12 Jahren den Höchststand von 1943 wieder erreichte, blieb das Transportwesen einer der größten Schwachpunkte im Wirtschaftsgefüge. Auch innerhalb anderer Branchen behinderten schwerwiegende strukturelle Defizite das Wachstum.

Für eine hochindustrialisierte und in den Weltmarkt eingebundene Volkswirtschaft wären die Folgen der Demontagen verhältnismäßig rasch zu überwinden gewesen. Ja sie boten, wie die Beispiele der Bundesrepublik und Japans überzeugend beweisen, Chancen für eine weitgehende Modernisierung und für den Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen.

Auch für die DDR läßt sich für die 50er Jahre zwar ein „Rekonstruktionseffekt“, charakterisiert durch ein besonders rasches Wirtschaftswachstum, nachweisen. Die Chance für eine grundlegende Modernisierung der Wirtschaft bestand indessen nicht („Investitionslücke“). Dazu hätte es des ungehinderten Zugangs zu den Weltmärkten ebenso bedurft, wie umfassender Investitionsschübe und des Einfließens von Auslandskapital. Diese Voraussetzungen waren aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen nicht vorhanden.

Schwerwiegende Auswirkungen hatten die Demontagen auch auf das Produktivitätsniveau der Wirtschaft. Nachdem die modernsten Anlagen abgebaut waren, griffen viele Werke auf völlig veraltete Maschinen und Anlagen zurück. Nicht selten erfolgte eine Rückkehr zu überholten Technologien, wobei

¹³⁴ Vgl. Abelshäuser, Werner, a.a.O., S. 34

¹³⁵ Vgl. LA S-A, Rep. K, MfW, Nr. 10 688, Bl. 33 ff. und MfW, Nr. 6 569, Bl. 1 ff.

Autarkiebestrebungen ein übriges taten. Dadurch wuchs der Reparaturbedarf sprunghaft an, und der Anteil der Handarbeit stieg.

Das Produktionswachstum in der Nachkriegszeit beruhte deshalb insgesamt in hohem Maße auf dem überproportionalen Beschäftigtenwachstum. Im Zusammenhang mit der Transformation in ein planwirtschaftliches System kam es auch in späteren Jahren nicht mehr zu einer wirklichen Reduzierung der Belegschaftsstärke der Großbetriebe auf wirtschaftlich vertretbare Größenordnungen.

Es bleibt somit festzuhalten: Die Wirtschaft der SBZ konnte die unmittelbaren Demontagefolgen dank des Aufbauwillens der Bevölkerung erstaunlich rasch überwinden. Der vielfach befürchtete Wirtschaftskollaps blieb aus. Je rascher der Wiederaufbau vorankam, desto deutlicher wurden jedoch die Demontagefolgen und die durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Strukturdefizite spürbar. Unter den für die DDR geltenden Rahmenbedingungen zog sich der Prozeß der Wiederherstellung der Wirtschaft und Minderung der Spaltungsfolgen bis Mitte der 50er Jahre hin. Einzelne Wirtschaftsbereiche (Transportsektor, Fahrzeugbau) konnten sich von den Verlusten der Nachkriegsjahre nicht mehr erholen.

Ausmaß und Tempo der sowjetischen Demontagen überraschten auch die Alliierten. Nach Ansicht amerikanischer Volkswirte war die wirtschaftliche Struktur der SBZ bereits im Sommer 1946 „tief erschüttert“¹³⁶, so daß sie für den Fall der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit mit erheblichen Belastungen durch den deindustrialisierten Osten Deutschlands rechneten.

5.6. *Quellen und Schätzmethoden*

In den Westzonen wurden die Demontagen exakt geplant, die betroffenen Werke in Listen eingetragen und der Vollzug von der Interalliierten Reparationsagentur (IAAR) registriert. Umfang und Bewertung der Verluste blieben allerdings zwischen alliierten und deutschen Stellen strittig.

Für die SBZ liegen mehrere Demontagelisten vor, die jedoch einige Lücken aufweisen.¹³⁷ Eine der IAAR vergleichbare Einrichtung gab es in der SBZ nicht.

Die Kapazitätsverluste

Die Anzahl der abgebauten Werke besagt für sich genommen noch nicht allzuviel. Entscheidend sind die Verluste am Bruttoanlagevermögen der

136 Vgl. SAPMO, ZPA, NL 90/337

137 Vgl. BAP, O-3, Nr. 1389 bis 1945. Von der DWK zusammengestellte Demontagelisten 1947 bis 1949; Archiv CGAOR, Moskau, f. 7212, O.1D1; SÄHSTA, MfW, Nr. 1 302; LA S-A, Rep. K, MW, Nr. 10 688,

Industrie – damit wird das Gesamtvermögen der Industrie erfaßt – und an industriellen Kapazitäten.

Demontageschäden sind aus vielen Gründen nicht gleichzusetzen mit Kapazitätsminderungen. Die Berechnung der tatsächlichen Kapazitätsverluste durch Demontagen ist daher sehr kompliziert. Gutachter des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) in Eschborn kamen 1959 nach Auswertung von 57 Einzelstudien, die größtenteils auf Materialien aus den Verwaltungen der SBZ basierten, für die Industrie zu folgendem Ergebnis, wobei insgesamt in diesem Gutachten 1 369 Betriebe erfaßt wurden:¹³⁸

Gesamtschadenswert in der Industrie	=	4,534 Mrd. RM
davon: demontierte Betriebseinrichtungen	=	3,859 Mrd. RM
entnommene Lagervorräte	=	0,440 Mrd. RM
demontierte Hallen	=	0,235 Mrd. RM
Gesamtwert der bei Kriegsende in der SBZ vorhandenen Betriebseinrichtungen	=	7,324 Mrd. RM
davon demontiert	–	3,859 Mrd. RM
verbleibende Betriebseinrichtungen	=	3,465
Verlust der Lagervorräte	=	66 %
Kapazitätsverlust (Durchschnitt)	=	52 %

Problematisch an den Berechnungen des BAW ist die Bezugsbasis, die je nach Datenlage zwischen 1936 und 1944 schwankte.

In der vom Bundesministerium für Wirtschaft geführten Reparationskartei für West- und Ostdeutschland werden für die SBZ folgende Verluste angeführt:¹³⁹

Reparationskartei/Ost, (Angaben in Mrd. RM, Preisbasis 1938)

	Insgesamt
DDR	4,562
Ostberlin	0,253
Summe Industrie	4,815
– Wertberichtigung	0,482 (10 v.H)
Summe berichtigt	4,333
Energiesektor	0,357
Verkehrssektor	0,900
Landwirtschaft	0,500
Summe	6,090

¹³⁸ Vgl. Bundesarchiv der gewerblichen Wirtschaft Eschborn, Gutachten zu den Demontageschäden in der SBZ, Frankfurt/M. 1959

¹³⁹ Vgl. Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 116a

Die auf der Zeitwertmethode zu Inlandspreisen beruhenden Berechnungen des BAW für die Industrie (4,53 Mrd. RM) stimmen somit weitgehend mit den Angaben der Reparationskartei/Ost (4,33 Mrd. RM) überein.

Diese, die Kapazitätsverluste etwas überhöht ausweisenden Schätzungen, können anhand des inzwischen ausgewerteten Archivmaterials präzisiert werden.

Es erfolgte zur Problematik der Kapazitätsverluste eine Modellrechnung¹⁴⁰, wobei 1948 als Endpunkt gewählt wurde, weil in diesem Jahr die Demontagen in der SBZ ihr Ende fanden.

Modellrechnung

	1936=100	1944=100
Kapazitäten	100	67
+ Zuwachs	50	33
Kapazitäten 1944	150	100
- Verschleiß	30	20
- Zerstörungen	12	8
- Demontagen	43	29
Verluste insg.	- 85	- 57
Restkapazitäten 1948	65	43
+ Zugang 45-48	4	2
Kapazitäten 1948	69	45

Bis 1944 hat danach das Wachstum des Bruttoanlagevermögens angedauert. Gegenüber 1936 war es in der Industrie auf dem Gebiet der späteren SBZ um mindestens die Hälfte gewachsen. Das Produktionswachstum lag im gleichen Zeitraum bei 65 Prozent. Daher können wir von 1936 bis 1944 mindestens mit einem Kapazitätszuwachs von 50 v.H. rechnen.

Für eine Berechnung der Demontageverluste müssen zunächst die Kriegszerstörungen und der Verschleiß vom Bruttoanlagevermögen abgezogen werden. Die Kriegszerstörungen beliefen sich auf ca. 12 Prozent. Weitaus einschneidender als die Kriegszerstörungen wirkten die Demontagen. Sie haben nach diesem Modell die 1936 vorhandenen Kapazitäten um mindestens 43 v.H. reduziert. Geht man von einer niedrigeren Verschleißquote aus, so erhöht sich die Demontagequote entsprechend. Eine genaue Unterscheidung zwischen Verschleiß, Kriegszerstörungen und Demontagen wird kaum noch möglich sein. In den zeitgenössischen Erfassungen wurden diese Positionen oft zusammengerechnet. Für die Unternehmer war es aber letztlich gleichgültig, auf welche Art ihr Kapital schrumpfte. Sie bemühten sich auch in Erwartung

¹⁴⁰ Erstmals hatte Wolfgang Zank, a.a.O., Anhang II, eine Modellrechnung der Kapazitätsverluste aufgestellt. Er schätzte die Verluste durch Demontagen auf maximal 25 Prozent. Das ist zu niedrig.

eventueller Entschädigungen, möglichst hohe Kriegs- und Demontageverluste geltend zu machen.

5.7. Zusammenfassung

Die Demontagen haben ca. 30 Prozent der 1944 in der späteren SBZ vorhandenen industriellen Kapazitäten zerstört. Sie wirkten damit viel einschneidender als die unmittelbaren Kriegszerstörungen. In den Westzonen gingen durch Demontagen bis 1950 ca. 3–5 Prozent der Kapazitäten (668 industrielle Anlagen) verloren. Bereits diese Angaben verdeutlichen, daß durch die unterschiedliche Demontageintensität erhebliche Ungleichgewichte zwischen der SBZ und den Westzonen entstanden.

Der Gesamtwert (Inlandswert) der Demontagen belief sich entsprechend der Reparationskartei in der SBZ auf ca. **6,1 Mrd. RM** und in den Westzonen auf **ca. 2,7 Mrd. RM**.¹⁴¹

6. Besatzungskosten

6.1. Begriffsbestimmung

Im Artikel 52 der noch heute gültigen Haager Landkriegsordnung¹⁴² wird einer Besatzungsmacht das Kontributions- und Requisitionsrecht zugebilligt, d. h. sie kann Natural- und Dienstleistungen von den Gemeinden und Einwohnern für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres fordern. Diese Leistungen sollen in einem angemessenen Verhältnis zu den Hilfsquellen des besetzten Landes stehen.¹⁴³

Die Rechtsgrundlagen für Leistungspflicht der Bundesrepublik waren mit dem Besatzungsstatut vom 10.4.1949 sowie in der Charta der früheren Alliierten

¹⁴¹ Die vom Bundeswirtschaftsministerium (BWM) zusammengestellten Demontagekarteien tendieren zu einem überhöhten Ausweis der westdeutschen Demontageschäden. In einer ersten Zusammenstellung des BWM von 1958 wurden Verluste in Höhe von 3,5 Mrd. RM festgestellt. Spätere Rechnungen ergaben 5,3 Mrd. RM. Die IAAR bezifferte demgegenüber die westdeutschen Verluste auf Basis von Restwertberechnungen nur auf 146,8 Mio. \$ bzw. auf Basis von Wiederbeschaffungswerten auf 1,7 Mrd. RM (Preisbasis 1938). Buchheim wiederum bezieht sich auf den Handelswert und gibt die Demontageschäden mit 938 Mio. \$ zu jeweiligen Preisen an. (vgl. Buchheim, Christoph, a.a.O., S. 80 ff.)

Kramer, Allen, Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs, Hamburg 1991, spricht von ca. 3 Mrd. RM (Wiederbeschaffungswert). Im Bundestag wurden 1967 die Reparations- und Restitutionsschäden, die nicht nur Demontagen umfassen, auf 4,78 Mrd. RM (Preisbasis 1938) geschätzt.

Für die vorliegende Expertise wurde die Reparationskartei/West des BWM verwendet und eine Korrektur überhöhter Schätzungen vorgenommen. Die Vergleichbarkeit zu den die SBZ betreffenden Angaben wurde so weit wie möglich gewahrt.

¹⁴² Vgl. Handbuch der europäischen Geschichte, Hg. Schieder, Theodor, Bd. 6, Stuttgart 1973, S. 173 ff.

¹⁴³ Vgl. Handbuch des Besatzungsrechts, Paragraph 5, S. 5 ff.

Hohen Kommission niedergelegt. Damit wurden die seit 1945 praktizierten Regelungen endgültig kodifiziert.¹⁴⁴

Die Sowjetunion nahm das Recht auf Besatzungskosten ohne eine vergleichbare vertragliche Vereinbarung in Anspruch. Sie hatte die Besatzungskosten über mehrere Einzelbefehle definiert. Nach den Festlegungen der SMAD, die nicht in voller Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Bestimmungen zu den Okkupationskosten standen, gehörten dazu folgende Leistungen:

- 1) Kosten für die Unterhaltung der Truppen und Einrichtungen
- 2) Vergütungen für Lieferungen und Leistungen an die Besatzungsmacht auf Grundlage ordnungsgemäßer Lieferanforderungen
- 3) Vergütung kommunaler Leistungen für die Besatzungsmacht (Befehl Nr. 093 der SMAD)

Nicht als Besatzungskosten wurden anerkannt:

- 1) Entschädigungen in Fällen von Lieferungen und Leistungen ohne ordnungsgemäße Lieferanforderungen
- 2) Kosten für Grundstücke und Räume sowie Kosten für die Instandsetzung der von Dienststellen der SMAD und von den Besatzungstruppen in Anspruch genommenen Gebäuden, Werkstätten, Plätzen und Anlagen (Befehl Nr. 185 der SMAD vom 26.6.1946)
- 3) Übungs- und Personenschäden
- 4) Kosten für die politischen Gefangenen des sowjetischen Geheimdienstes NKWD
- 5) Kosten für das Anlegen von Soldatenfriedhöfen
- 6) Autoreparaturen für die Besatzungsmacht (Befehl Nr. 338).

Diese Leistungen können unter dem Begriff der **Besatzungsfolgekosten** (keine Befriedigung von Besatzungsbedarf, sondern Förderung sonstiger Besatzungsziele) subsumiert werden. Allerdings blieb eine solche begriffliche Klärung in der SBZ aus. Die Besatzungsfolgekosten betrachtete die SMAD als unerheblich und sah sich nicht veranlaßt, entsprechende Regelungen zu erlassen.¹⁴⁵ Die angeführten Leistungen mußten folglich in die Haushalte

¹⁴⁴ Vgl. Rocke, Hellmut, Leistungen der Bundesrepublik für die ausländischen Streitkräfte, in: Die Liquidation des Krieges beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 3, o. J.

¹⁴⁵ In den Westzonen bzw. der Bundesrepublik wurden entsprechend dem Rechtsverständnis der Alliierten auch Instandsetzungskosten sowie durch die Besatzungsmächte verursachte Übungs- und Personenschäden den Besatzungskosten zugerechnet. Aufwendungen für Displaced Persons, deutsche Kriegsgefangene, Zivilinternierte sowie die Nebenkosten bei Abrüstungsmaßnahmen fielen in den Westzonen/Bundesrepublik unter die Rubrik Besatzungsfolgekosten. Sogenannte „Schwarze Besatzungskosten“, d. h. Leistungen, die nicht oder zu gering bezahlt wurden, sind von den deutschen Verwaltungen allerdings auch in den Westzonen beklagt worden. (Vgl. Sechs Jahre Besatzungslasten. Eine Untersuchung des Problems der Besatzungskosten in den drei Westzonen und in Westberlin 1945–1950, Hg. Institut für Besatzungsfragen Tübingen, Tübingen 1951)

der Länder und Kommunen bzw. den Staatshaushalt mit aufgenommen werden, ohne daß dafür ein Haushaltskapitel „Besatzungsfolgekosten“ gebildet wurde.

Das Verhältnis zwischen Besatzungsbehörden und deutschen Behörden bzw. Privatpersonen war demzufolge in den Westzonen klarer definiert. In der SBZ/DDR blieben demgegenüber größere rechtsfreie Räume im Verhältnis zur Besatzungsmacht bestehen.

Ab 1950 trat in beiden Teilen Deutschlands der ursprüngliche Besatzungszweck gegenüber der Einbindung in die konträren Militärblöcke in den Hintergrund. Mit dem Rechnungsjahr 1951 wurden die „Besatzungskosten“ in der Bundesrepublik von den „Verteidigungslasten“ abgelöst. Offiziell endeten die Besatzungskosten der Bundesrepublik mit den Pariser Verträgen erst am 5.5.1955.

Für die DDR endeten demgegenüber die Besatzungskosten erst 1958, obwohl 1955 der Beitritt zum Warschauer Vertrag erfolgte. Danach wurden jährliche Stationierungsabkommen ausgehandelt.

Für den zur Diskussion stehenden Zeitraum bis 1953 kann folglich sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR von Besatzungskosten gesprochen werden.

6.2. *Historischer Ablauf*

Ende Oktober 1945 ergingen die Befehle Nr. 111 bis 116 der SMAD, mit denen Verfahren zur Abrechnung von Reparationslieferungen und Besatzungskosten eingeführt wurden. Der Befehl Nr. 093 vom 20.11.1945 präziserte das Verrechnungsverfahren für die Besatzungskosten. Demnach wurde ab 1.12.1945 mit einer halbwegs geregelten Verrechnung von Besatzungsleistungen begonnen, obwohl detaillierte Durchführungsbestimmungen noch fehlten.¹⁴⁶ Bis dahin bereits erbrachte Lieferungen und Leistungen gingen zu Lasten der Lieferanten.¹⁴⁷

Trotz des rigorosen und willkürlichen deutschen Besatzungsregimes während des Krieges hat somit die UdSSR in ihrer Zone relativ schnell praktikable Regelungen für das Verhältnis zwischen den Besatzungstruppen und der deutschen Bevölkerung erlassen.

Die Aufstellung eines **zentralen „Kriegslastenhaushaltes“**, wie es die Deutsche Zentralfinanzverwaltung (DZfV) anregte, kam jedoch, trotz deutlicher Zentralisierungsbestrebungen der SMAD-Finanzverwaltung, im IV. Quartal 1945 noch nicht zustande. Mit diesem Kriegslastenhaushalt sollte eine zentrale

¹⁴⁶ Vgl. SÄHSTA, LRS, Ministerium der Finanzen (MdF), Nr. 860

¹⁴⁷ Das Thüringer Finanzministerium band die Erstattung von Besatzungskosten für das Jahr 1945 an die „Würdigkeit der Antragsteller“, d. h. an politische Kriterien. (Vgl. SÄHSTA, LRS, MdF, Nr. 845)

Verrechnung sämtlicher Kriegsfolgekosten nach einheitlichen Kriterien vorgenommen werden.¹⁴⁸ Mit solch einer Lösung wären auch die Rechtssicherheit und Überschaubarkeit der abzugeltenden Besatzungskosten am ehesten zu gewährleisten gewesen. Die SMAD sperrte sich jedoch gegen eine solche Regelung.

Seit dem letzten Quartal 1945 hatten deshalb die Länder auf SMAD-Befehl den größten Teil ihrer Einnahmen an die DZfV, anfänglich auch an die SMAD selbst, abzuführen. Damit wurde ein finanzrechtliches Vakuum ausgefüllt, welches dadurch entstanden war, daß nach Befehls Nr. 01 sämtliche Steuern von den Ländern erhoben wurden und die DZfV, der gewissermaßen in Nachfolge des Reichs die Kriegslastenabwicklung zufiel, über keine auch nur annähernd ausreichenden Einnahmen verfügte.

Die Abrechnung von Besatzungskosten und Reparationslieferungen erfolgte streng getrennt.

Beginnend mit dem I. Quartal 1946 änderte die SMAD die Besatzungskostenregelungen. Anstelle des den Besonderheiten des Jahres 1945 geschuldeten zentralisierten Systems lag die Verantwortung für die Finanzierung von Reparationslieferungen und Besatzungskosten nunmehr bei den Provinzen und Ländern. Komplikationen entstanden aber aus der Festlegung (Befehl Nr. 093), daß die Okkupationstruppen die von ihnen in Anspruch genommenen Leistungen ausschließlich bar bezahlen sollten, d. h. zunächst führten die Länder Gelder ab, die der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen (GSOW)¹⁴⁹ und den Feldposteinheiten zur Verfügung standen und zum Begleichen von Besatzungskosten verwandt wurden.

Ungeachtet der mit dem Befehl Nr. 093 gegebenen Rechtsgrundlage kann für 1946 noch nicht von einer regelmäßigen Verrechnung gesprochen werden. Ein Teil der in Anspruch genommenen Leistungen blieb unbezahlt.

Andere nicht eindeutig fixierte Leistungen mußten zusätzlich aus den Haushalten der Provinzen und Länder sowie Kommunen und Gemeinden bestritten werden. Letzteres betraf ab Mitte 1946 (Befehl Nr. 185) insbesondere die Kosten für Instandsetzungsarbeiten an Einrichtungen der Besatzungstruppen sowie Mieten (Befehl Nr. 245). Außerdem unterhielt die GSOW bis Mitte 1948 in der SBZ eigene Betriebe, hauptsächlich Textilbetriebe.¹⁵⁰

Unklar blieb die Finanzierung von Demontagearbeiten, Quartierleistungen, kommunalen Dienstleistungen sowie die Unterhaltung von sowjetischen Lagern und Gefängnissen.

Auf eine Vereinheitlichung der Abführung und Verrechnung von Besatzungskosten war der Befehl Nr. 295 der SMAD vom 9.8.1946 gerichtet. Für die

148 Vgl. ebenda, Nr. 860

149 Russisch: **Группа Советских Оккупационных Войск**

150 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Präs., Nr. 861

Bezahlung sämtlicher Käufe der Besatzungsmacht waren nun die Wirtschaftsstäbe der Besatzungsarmee und nicht die DZfV verantwortlich. Die Auftragserteilung erfolgte durch die Dienststellen der SMA in den Ländern.

Bis zum Haushaltsjahr 1947 (1.4.1947–31.3.1948) blieb dennoch das System von Abführungen und Leistungen unübersichtlich. Daher ordneten die Präsidenten der Provinzen und Länder im Spätsommer 1946 eine Erhebung aller ab 8.5.1945 an die Besatzungsmacht getätigten Zahlungen an.¹⁵¹ In Thüringen und der Provinz Sachsen wurde daraufhin die Feststellung von Kriegsschäden und Besatzungskosten von der SMA verboten.¹⁵² Am Erlaß von Entschädigungsgesetzen hatte die SMAD kein Interesse.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 1947 wurden die Besatzungskosten im Zonenhaushalt ausgewiesen, d. h. die Verantwortlichkeit ging nunmehr wieder auf die Zentrale über.

Die von den Ländern getätigten Lieferungen an die GSOW können für die Zeit von 1946 bis 1948 auf 1,0 bis 1,5 Mrd. RM veranschlagt werden. In Ermangelung von Übersichten aus allen Ländern sind wir auf eine Hochrechnung angewiesen.

Die Lieferungen (einschließlich Dienstleistungen) an die GSOW sowie Feldpostaufträge entsprachen von ihrem Wertumfang her fast den direkten Reparationslieferungen. Ihre Höhe bewegte sich je nach Provinz bzw. Land bis 1949 zwischen 80 % bis 110 % des Umfangs der Reparationslieferungen.¹⁵³

Darüber hinaus mußten die Länder, wie erwähnt, noch eine Reihe weiterer, von ihrem Umfang her geringere Besatzungs- bzw. Besatzungsfolgeleistungen begleichen, die als solche in den Haushalten nicht ausgewiesen wurden.

Für Verwirrung sorgten hauptsächlich die verschiedenen sonstigen sowjetischen Bedarfsträger. Unklar bleibt, ob sie im Auftrag der Besatzungstruppen gehandelt haben, wie dies beim Handelsnetz der GSOW zu vermuten wäre, oder ob ihre Entnahmen aus der laufenden Produktion eher „verdeckten Reparationslieferungen“ zuzurechnen sind. Außerdem ist nicht gesagt, daß sämtliche der angeführten sonstigen Bedarfsträger ausschließlich zugunsten der UdSSR tätig waren. Die Leistungen an sonstige sowjetische Bedarfsträger werden deshalb aus den Besatzungskosten ausgeklammert und an anderer Stelle behandelt.

Mit dem Befehl Nr. 41 von Anfang 1948 näherte sich die Phase der nicht eindeutig definierten Besatzungskosten dem Ende. Doch erst mit dem Haushalt 1949 (1.4.-31.12.) gelang es der DWK, einen Sollbetrag für

151 Vgl. SÄHSTA, LRS, Nr. 860

152 Vgl. LHAS-A, LRS, Ministerpräsident (Min. Präs.), Nr. 310, Bl. 15

153 Zahlreiche Einzelbelege für diese Relation finden sich in Übersichten der Provinzial- und Landesregierungen, vgl. z. B.: SÄHSTA, Nr. 861; LHAS-A, Rep. K, MW, Nr. 6569, Bl. 6 ff.; BA Koblenz, B 137, Nr. 929, Bl. 39

Besatzungskosten (1,96 Mrd. Mark) einzustellen.¹⁵⁴ Erkenntlich ausgewiesen wurden die Besatzungskosten im Haushalt der DWK allerdings nicht.

Zuvor hatte sich die SMAD von Zeit zu Zeit durch die DZfV bzw. HV Finanzen auf ein geheimes Konto (Nr. 153) größere Beträge einzahlen lassen. Befragt nach der Verwendung der Gelder, erklärte der Vorsitzende der DWK, B. Leuschner, 1949: „Es ist aber damit nicht gesagt, daß die sowjetische Besatzungsmacht diese Beträge nur für Besatzungskosten verwendet, da sie sich die Verwendung vorbehalten hat. Es besteht durchaus die Annahme, daß Teile dieser Beträge auch für andere Zwecke (Ausgleich von Exportschäden oder ähnliches) verwendet werden.“¹⁵⁵

Insgesamt wurden für die direkte Belieferung der Besatzungstruppen seit 1946 ca. 500 Mio. RM/DM (Ost) aufgewendet.¹⁵⁶ Struktur und Verwendung dieser Lieferungen sind aber nur teilweise bekannt. Es ist ferner anzunehmen, daß Teile der unter „Besatzungskosten“ verbuchten Lieferungen nicht den sowjetischen Truppen zugute gekommen sind, sondern in die UdSSR gelenkt wurden.

Ab 1950 veränderte sich die Struktur der Besatzungskosten. Die Versorgung der Besatzungstruppen mit Reis, Tabak, Tee und anderen Nahrungs- und Genußmitteln erfolgte von nun an laut Schreiben des Chefs der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKKD), Tschujkow, an Grotewohl vom 4.1.1950 „auf Kosten der Ressourcen der Sowjetunion, ohne Bezahlung durch gegenseitige Verrechnung.“¹⁵⁷ Demnach sank die Quote der direkten Warenlieferungen (Lebensmittel, Furance, Industriewaren) an die Besatzungstruppen in den 50er Jahren ab.

6.3. *Quellen und Schätzmethoden*

Zwar sind die Quellen über Besatzungskosten nach wie sehr dürftig, dennoch konnten die Angaben für die Jahre 1945 bis 1948 anhand von Angaben aus den Landesarchiven geschätzt werden, während für die Zeit von 1949 bis 1953 offiziell bestätigte Angaben über die Besatzungskosten vorliegen. Nach einem Bericht von Grotewohl vor der Volkskammer vom 25.8.1953 beliefen sich die Besatzungskosten von 1949 bis Ende 1953 auf 10,03 Mrd. DM (Ost).

Diese Zahlen stimmen mit den nicht veröffentlichten Angaben des Ministeriums der Finanzen überein. Den offiziellen Angaben sind jedoch noch die Zahlen aus der Rubrik „sonstige Kriegsfolgelasten“ hinzuzurechnen. Unter

154 Vgl. BAP, C-15, Nr. 661, Bl. 74 f., Acht Fragen an B. Leuschner betreffs Besatzungskosten vom 10.8.1949

155 Ebenda

156 Vgl. BAP, G-2, Nr. 1091

157 Vgl. StAPMO, ZPA, NL 182/FBS 1194, Bl. 5

dieser Rubrik wurden die Ausgaben für Bauvorhaben und Mieten der Besatzungsmacht geführt.

*Besatzungskosten 1945 bis 1953 (in Mio. M)*¹⁵⁸

Jahr	Besatzungskosten	verdeckte Kosten	Summe	in % der Steuereinnahmen
1945	250	250 *	500 *	
1946	1000	500 *	1500 *	17,7 %
1947	1500	500 *	2000 *	21,5 %
1948	2050	150 *	2200 *	23,3 %
1949	2168	14	2182	20,8 %
1950	1993	128	2121	18,0 %
1951	1956	144	2100	12,7 %
1952	1950	144	2094	10,6 %
1953	1959	140	2099	9,1 %
Summe			16796	15,4 %

Anmerkung: * Schätzung

*Anteil von Warenlieferungen (Industriewaren, Lebensmittel und Furance) an den Besatzungskosten (in Mio. Mark/laufende Preise)*¹⁵⁹

Jahr	Plan der Besatzungskosten	davon Warenlieferungen	in %
1949	2300	508	22 %
1950	2000	416	21 %
1951	1950	400	21 %

Für Besatzungskosten aller Art mußten demnach von 1945 bis 1953 insgesamt **16,8 Mrd. Mark** aufgewendet werden. Diese Summe liegt nur geringfügig über den bekannten Schätzungen, die sich auf 16,0 Mrd. Mark belaufen.¹⁶⁰

Umgerechnet auf die Preisbasis des Jahres 1944 hat das DIW für die Besatzungskosten bis 1953 eine Summe von 11,5 Mrd. Mark errechnet, wobei berücksichtigt wurde, daß die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen langsamer gestiegen sind als die Preise für Industriewaren. Dieser Summe müssen nun noch die in unserer Rechnung ausgewiesenen verdeckten Besatzungskosten hinzugerechnet werden, so daß sich für den Zeitraum 1945

¹⁵⁸ Berechnet nach: BAP, E-1, Nr. 31 256, Bl. 12; Nr. 31 157, Bl. 37; Nr. 31 329, Bl. 88; N-1, Nr. 380, Bl. 163; N-1; Nr. 388, Bl. 161; Meier, Hellmut, Die Entwicklung des Haushaltswesens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1960, S. 123; Selbmann, Fritz, Die UdSSR unterstützte den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1, Berlin 1965, S. 113; aus der Sicht neuer Quellen: Dietrich, Torsten, Rüstungsfinanzierung in der SBZ/DDR 1948–1952, Potsdam 1992

¹⁵⁹ Vgl. StAPMO, ZPA, NL Pieck (36)/736, Besprechung Pieck-Tschuikow vom 22.12.1949

¹⁶⁰ Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., S. 193 f.

bis 1953 ein Betrag von über **12 Mrd. Mark zu Preisen des Jahres 1944** ergibt.

6.4. Zusammenfassung

Für Besatzungskosten mußte die SBZ/DDR von 1945 bis 1953 zwischen 10 % bis 23 % der Steuereinnahmen verwenden. Die Höhe der von der Sowjetunion beanspruchten Besatzungskosten bewegte sich in einer Größenordnung, die der von den Westalliierten dafür geforderten Summe in etwa vergleichbar war, zumal in der SBZ/DDR eine Reihe von Leistungen nicht als Besatzungskosten anerkannt bzw. nur gering vergütet wurden.

Für Besatzungskosten mußte die SBZ/DDR bis Ende 1953 16,8 Mrd. Mark aufwenden. Im selben Zeitraum hat die Bundesrepublik für Besatzungskosten und Besatzungsfolgekosten 48,9 Mrd. DM ausgegeben.¹⁶¹

Trotz einiger aus den Anfangsjahren der Besatzungszeit herrührenden Unstimmigkeiten kann deshalb nicht unbedingt von einer übermäßigen Belastung der SBZ/DDR gesprochen werden. Anders als in Westdeutschland gingen jedoch von den stationierten Truppen kaum wirtschaftliche Impulse aus. Die Einheiten der GSSD blieben bis zum Ende der DDR von der Bevölkerung und auch von der dienstleistenden Wirtschaft isoliert. Der Anteil deutscher Zivilbeschäftigter lag ganz erheblich unter dem in der Bundesrepublik (zwischen 450 000 bis 650 000).

Insgesamt nachteiliger als die laufenden Stationierungskosten ist der Entzug großer Flächen und Gebäudekomplexe und deren schwerwiegende Schädigung einzuschätzen.

7. Lieferungen aus der laufenden Produktion

7.1. Begriffsbestimmung

Unter Entnahmen aus der laufenden Produktion wird die Abschöpfung eines Teils der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion durch die Besatzungsmacht verstanden.

Bei den Lieferungen aus der laufenden Produktion kann zwischen vier grundsätzlichen Verwendungsarten unterschieden werden¹⁶²:

- 1) direkte Reparationslieferungen

¹⁶¹ Berechnet nach: Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 195 a

¹⁶² Vgl. Harmssen, Gustav-Wilhelm, Am Abend der Demontage, a.a.O., S. 89 ff., Harmssen erfaßte die indirekten Reparationslieferungen der SAG-Betriebe gesondert.

- 2) indirekte Reparationslieferungen durch die SAG (Lieferungen auf das Konto „Gewinne“ sowie Pachten)
 - 3) Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften sowie andere sowjetische Bedarfsträger
 - 4) Lieferungen an die Besatzungstruppen und ihre Wirtschaftsverwaltung (GSOV)
- (Die unter Punkt 4 erfaßten Lieferungen gehören zu den Besatzungskosten und wurden bereits behandelt.)

7.2. *Historischer Ablauf*

Reparationen aus der laufenden Produktion wurden auf der Konferenz von Jalta trotz starker britischer Vorbehalte als eine Form der Reparationen akzeptiert. Auf der Potsdamer Konferenz lehnten die westlichen Alliierten solche Entnahmen generell ab, während in Anbetracht ihrer großen Kriegszerstörungen die Sowjetunion nach wie vor auf möglichst hohen Lieferungen bestand. Das Für und Wider der Entnahmen aus der laufenden Produktion entwickelte sich zum Testfall im Streit der Alliierten um die Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland schlechthin.

Die Entnahmen aus der laufenden Produktion begannen in der SBZ sofort nach dem Wiederanlaufen der Wirtschaftstätigkeit. Sie endeten entsprechend der Vereinbarung zwischen der UdSSR und der DDR vom 22.8.1953 offiziell am 1.1.1954. Bereits für das vierte Quartal 1945 sollten die Länder und Provinzen der SBZ die Industrieproduktion auf Grundlage von Reparationsplänen der SMAD steuern. Die SMAD und die deutschen Verwaltungen unternahmen deshalb schon 1945/46 große Anstrengungen zur raschen Ankurbelung der Produktion, so daß insgesamt gesehen, die Wirtschaft in der SBZ rascher wieder anlief als in den Westzonen.

Allerdings war es oft unmöglich, die mangelhaft koordinierten Forderungen der Besatzungsmacht nach Reparationsgütern aller Art in den gesetzten Fristen zu realisieren. So zeichnete sich bereits im Sommer 1946 das Desaster des Reparationsplanes für 1946 ab, der bestenfalls zu 50 % erfüllt wurde.¹⁶³ Dennoch bestanden die Moskauer Ministerien auf der Einhaltung ihrer Planungsvorgaben, so daß die SMAD im Herbst 1946 umfangreiche Beschlagnahmungen anordnete. Der Druck auf die deutschen Verwaltungen nahm zu. Verhaftungen und Abstrafungen häuften sich.

Von prinzipieller Bedeutung für die Wirtschaft der SBZ war das schon Ende 1945 beginnende Umschwenken der UdSSR von der Politik der maximalen Demontagen auf eine Politik der vorrangigen Entnahmen aus der laufenden Produktion.

¹⁶³ Vgl. Slusser, Robert, (Hg.) *Soviet Economic Policy in Postwar Germany*, New York 1953, S. 51

Im Juli 1946 distanzierte sich dann Molotow auf der Pariser Außenministerkonferenz propagandistisch wirkungsvoll von destruktiven amerikanischen Vorstellungen (Morgenthauplan) und schlug eine Modifikation des Industriepans vor, indem anstelle der bisherigen Demontagen die deutsche Wirtschaft angekurbelt und vorrangig Reparationen aus der laufenden Produktion entnommen werden sollten. Deutlichster Ausdruck dieser Trendwende in der sowjetischen Reparationspolitik war die Überführung von mehr als 200 der wichtigsten Betriebe der SBZ in sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) mit Befehl Nr. 167 vom 5. Juni 1946. Die Gründung der SAG trug nicht nur den Reparationsinteressen der Sowjetunion Rechnung, sondern war auch auf die Gewinnung von außenpolitischen Spielräumen gerichtet.

Vor ihrer Abreise nach Deutschland wurden die angehenden SAG-Direktoren in Moskau von A. J. Mikojan, dem Verantwortlichen für Wirtschaftspolitik des ZK, empfangen. Er mahnte die angehenden Direktoren: „Bildhaft gesprochen seid ihr sowjetische Kolonisten. Wenn es passieren sollte, daß unsere Regierung beschließt, unsere Truppen aus Deutschland abzuziehen, werdet ihr allein dort bleiben und einen harten Kampf mit den kapitalistischen Konkurrenten führen. Denkt daran, das wichtigste ist die Zahlungsfähigkeit der Betriebe und ihr Profit!“¹⁶⁴

Im Januar 1947 setzte die sowjetische Führung unter Stalin den Alliierten Industriepan vom März 1946 mit seinen einschneidenden Produktionsbeschränkungen für die SBZ offiziell außer Kraft.

Gegenüber einer SED-Delegation äußerte Stalin im Januar 1947: „70 Millionen Deutsche können nicht ausgestrichen werden aus Weltgeschichte. Amerikaner leben in Illusion, daß sie allein fertig werden mit Weltmarkt. Das deutsche Proletariat soll wieder besser leben.“¹⁶⁵

In diesem Zusammenhang wurde die Beendigung der Demontagen, die Rückgabe eines Teils der SAG-Betriebe und eine wesentliche Herabsetzung der Entnahmen aus der laufenden Produktion zugesagt. Diese Versprechungen wurden jedoch nur zum Teil eingehalten, so daß eine Herabsetzung der Reparationspläne der Länder durch die SMAD im Jahre 1947 keine Entspannung auf dem Inlandsmarkt brachte. Die Belastungen für die Wirtschaft der SBZ durch Reparationen blieben 1947/48 unvermindert hoch.

Das 1947 zu beobachtende Zurückbleiben der tatsächlichen Leistungen gegenüber den sowjetischen Reparationsforderungen hatte mehrere Ursachen. Die Demontagen hatten die Wirtschaft empfindlich geschwächt, Transport- und Materialengpässe setzten dem Wiederaufbau Grenzen, der Austausch zwischen den Zonen kam nur schwer in Gang und die Reparationspläne waren ohnehin überhöht. Oft änderte die SMAD die einzelnen Teilpläne für

164 Zitiert in: ebenda, S. 55

165 StAPMO, ZPA, NL Pieck (36)/694, Beratungen bei J.W. Stalin Jan./Febr. 1947

die SBZ kurzfristig oder gab für einzelne Quartale keine Reparationspläne bekannt. Ebenso bestand zwischen den Reparationsplänen der SMAD und den bei den Betrieben vorliegenden sowjetischen Auftragsbestellungen oft eine große Differenz. Viele sowjetische Dienststellen vergaben auch zusätzlich zum Reparationsplan Aufträge an deutsche Firmen.¹⁶⁶

Trotz dieser Probleme gingen vom raschen Anlaufen der Reparationsproduktion sowie einigen dazu in die SBZ gelenkten Rohstofflieferungen zunächst auch positive Effekte für den Wiederaufbau der Wirtschaft aus. Firmen mit Reparationsaufträgen wurden im Bewirtschaftungssystem bevorzugt. Eine Hortung von Rohstoffen, wie in den Westzonen zu beobachten, war in der SBZ kaum möglich.

Die deutschen Verwaltungen und selbst die SED-Führung wurden zumindest bis 1948 darüber im unklaren gelassen, in welcher Höhe die Sowjetunion bereits getätigte Lieferungen dem Reparationskonto anzurechnen gedachte und wie lange die Entnahmen fortgesetzt werden sollten. Erst seit der Bildung der Hauptverwaltung/des Amtes für Reparationen (AfR) der DWK im Frühjahr 1948 kann von einer zunehmend besser abgestimmten Vorgehensweise bei der Planung der Reparationsleistungen gesprochen werden. Ab 1949 übergab dann die SMAD/SKKD der DWK/Regierung der DDR einen jährlichen Reparationsplan.

Zu Lieferungen an die Besatzungsmacht wurden bis 1948 praktisch alle Bereiche der Wirtschaft, u. a. auch die Landwirtschaft, herangezogen. Danach verlagerte sich der Schwerpunkt der über die Reparationspläne erfolgenden Lieferungen immer mehr auf Erzeugnisse des Schwermaschinenbaus, Schiffbaus und des Schienenfahrzeugbaus. (Siehe Anhang)

Der Schiffbau, Teile des Schwermaschinenbaus und insbesondere der Uranbergbau wurden im Prinzip reine Reparationsindustrien.¹⁶⁷ Für den Waggonbau und die Fertigung von Walzwerksausrüstungen sowie Hebe- und Transportausrüstungen trifft diese Aussage zumindest teilweise zu. Im Jahr 1950 wurden nahezu alle produzierten Erzeugnisse des Schiffbaus auf das Konto Reparationen geliefert. Der Schwermaschinenbau und der Waggonbau mußten 1950 ca. 50 % ihrer Produktion für Reparationszwecke bereitstellen, der Stahlbau fast 70 % und der allgemeine Maschinenbau ca. 30 %.¹⁶⁸ Von 1948 bis 1950 waren 10 Industriezweige an der Reparationsproduktion beteiligt, danach im wesentlichen nur noch 2 (Schiffbau und allgemeiner Maschinenbau).

Die Erfüllung der Reparationspläne bereitete der deutschen Seite immer wieder Probleme. Materialengpässe, Schwierigkeiten im Interzonenhandel und

166 Vgl. Karlsch, Rainer, Das „Selbmann-Memorandum“ vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie, in: BzG, 1993/2, S. 88 ff.

167 Vgl. Strobel/Dame, Für eine Weltmacht ohne Flotte. Schiffbau zwischen Elbe und Oder, unveröffentlichtes Manuskript 1993

168 Vgl. BAP, C-2, Nr. 17 091 und 17 113

Planungsfehler führten vielfach zu Verzögerungen. Die SMAD/SKKD drängte indessen auf die fristgemäße Erfüllung ihrer Auflagen.

Welcher Druck auf den für die Reparationspläne verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären lastete, geht aus den Protokollen zahlreicher Krisensitzungen bei Ministerpräsident Grotewohl hervor. Ständig wurde für den Fall der Nichterfüllung von Auflagen nach Sündenböcken gesucht. Wie ernst dies war, zeigte eine im Oktober 1950 präsentierte Liste von verhafteten und abgestraften Betriebsleitern.¹⁶⁹ Ein solcher rigider Gebrauch aller Machtinstrumente fand auch in anderen Leitungsbereichen der Wirtschaft statt. Wie viele Betriebsleiter auf diese Art zu Opfern des Systems wurden, ist bis heute nicht einmal annähernd bekannt.

Im Interesse der besseren Optik forderte der Chef der SKKD, Tschujkow, den Ministerpräsidenten der DDR Anfang Mai 1950 auf, ein Telegramm an die Sowjetunion zu senden, in dem die Möglichkeiten der Herabsetzung der Reparationsleistungen angesprochen werden sollten.¹⁷⁰ So geschah es dann auch. In seinem „Antworttelegramm“ erklärte sich Stalin bereit, noch offene Reparationsverpflichtungen der DDR in Höhe von 6,342 Mrd. \$ auf 3,171 Mrd. \$ herabzusetzen. Diese Summe sollte in einem Zeitraum von 15 Jahren, d. h. bis spätestens 1965 getilgt werden.

Mit Regierungsbeschluß vom 16. Mai 1950 kündigte die UdSSR, anmaßend auch im Namen Polens, den Verzicht auf die Hälfte der noch von ihr beanspruchten Reparationsleistungen an.

Ein Zusammenhang zwischen dem Teilverzicht auf Reparationen und der doppelten deutschen Staatsgründung sowie der von Ministerpräsident Grotewohl im Juni 1950 erklärten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist wahrscheinlich.

Was als Zeichen der Großmut gegenüber der gerade gegründeten DDR geplant war, muß auf die SED-Führung bedrückend gewirkt haben. Sie hatte, wie das Prozedere beweist, keinen Einfluß auf die Neufestsetzung der Reparationsleistungen. Insbesondere der bis 1965 bemessene Realisierungszeitraum für den Reparationsrestbetrag wirkte ernüchternd.

Tatsächlich verminderten sich ab 1951 die Belastungen durch Entnahmen aus der laufenden Produktion um annähernd 50 %. Andere Belastungen, wie die Besatzungskosten und die Aufwendungen der Wismut AG, mußten von der DDR in nahezu unveränderter Höhe weiter getragen werden. Da außerdem 1951/52 der Finanzbedarf für die Rüstung und den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei (KVP) sprunghaft anstieg,¹⁷¹ der Anteil der Ausgaben für

169 Vgl. Vgl. BAP, C-2, Nr. 3 862, Bl. 3 ff.

170 Vgl. StAPMO, ZPA, NL Pieck (36)/656, Bl. 82 ff.

171 Vgl. Dietrich, Torsten, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1990; derselbe, Probleme der Rüstungsfinanzierung in der SBZ/DDR 1948 bis 1952, Manuskript Potsdam 1993

militärische Organe an den Gesamtausgaben des Staatshaushaltes wuchs von 2,1 % im Jahr 1949 auf 4,2 % im Jahr 1952 war die Herabsetzung der Reparationen für die Bevölkerung der DDR im Alltag praktisch nicht zu spüren. Mit den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 und der Verkündung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ mußte dann eine tendenzielle Verschlechterung der Lebensverhältnisse einhergehen. Die Entwicklung kulminierte in der Arbeitererhebung vom Juni/Juli 1953. Wenn auch Forderungen nach Beendigung der Reparationsleistungen nicht im Mittelpunkt dieser Volkserhebung standen, so war sie doch mit der generellen Absage an den Sozialismus stalinistischer Prägung auch gegen die weitere Ableistung von Reparationen gerichtet.

Der von der UdSSR im August 1953 verkündete Verzicht auf weitere Reparationslieferungen ist daher auch der Erhebung im Juni 1953 zu danken. Sonst hätte die DDR sehr wahrscheinlich noch über Jahre Reparationslieferungen tätigen müssen.

7.3. *Quellen und Schätzmethode*

In den hier betrachteten Zusammenhang gehören die direkten und indirekten Reparationslieferungen sowie die Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften. Die Lieferungen an die Besatzungstruppen sind den Besatzungskosten zuzurechnen und werden gesondert behandelt.

Die **direkten Reparationslieferungen** wurden seit 1945/46 von den Landes- bzw. Provinzialverwaltungen und seit Mitte 1948 vom Amt für Reparationen sowohl zu Preisen des Jahres 1944 als auch zu laufenden Preisen erfaßt.¹⁷² Die Jahresberichte des Amtes für Reparationen konnten erstmals ausgewertet und anhand weiterer Archivquellen überprüft werden.¹⁷³

Auf Grund der auch für das Amt für Reparationen geltenden Schwierigkeiten bei der Datenerfassung sind geringfügige Abweichungen von der tatsächlichen Entwicklung nicht gänzlich auszuschließen.

Zu den **indirekten (verdeckten) Reparationslieferungen** gehören die Lieferungen von SAG-Betrieben auf das Konto „Gewinne“, die sowohl in die UdSSR als auch in Drittländer erfolgten. Auch ein Teil der jährlich von den SAG-Betrieben in Höhe von 2 % des Umsatzes an die SAG-Verwaltungen zu entrichtenden Pachten sowie Exportgewinne müssen zu den verdeckten Reparationen gerechnet werden.

172 Vgl. BAP, Bestand Amt für Reparationen (C-2), Jahresberichte 1949 bis 1953

173 Die bis zum Ende der DDR geübte Geheimhaltungspraxis in Sachen Reparationen gab auf westlicher Seite immer wieder zu Spekulationen Anlaß. Weitgehende Bestätigung fanden nunmehr die Arbeiten von Dr. Franz Rupp. Nicht bestätigt werden können die vom Sopade-Informationsdienst und vom BMfGF zitierten Zahlen, die Anfang der 50er Jahre in den Westen gelangten. Entsprechende Unterlagen fanden sich in den Archiven bisher nicht.

Die größten Schwierigkeiten bereitet die Zuordnung der zumindest bis 1948 regen Geschäftstätigkeit verschiedener **sowjetischer Handelsgesellschaften**. Hinter ihrem Agieren können sich folgende Tatbestände verbergen:

- 1) Außenhandelsgeschäfte (reguläre und zwangsweise Exporte),
- 2) als Export deklarierte Reparationen (unbezahlt oder mit beschlagnahmten Reichsbanknoten bezahlt),
- 3) Exportgeschäfte der SAG-Betriebe.

Verschiedene Übersichten weisen folgende sowjetische Bedarfsträger aus: GSOW, Handelsnetz der GSOW, Handelsnetz der SMA, Exportljon, Wojentorg, Deurunapht, Rasno-Export, Verwaltung für Abrüstung, Feldpostnummer 27034 (Wismut AG), Verwaltung für Wissenschaft und Technik sowie Dienststellen mit verschiedenen Sonderprogrammen und sonstige Organisationen (Ketsch, Staude, Intourist).¹⁷⁴

Die Geschäfte der sowjetischen Handelsgesellschaften bewegten sich in einer Grauzone. Für die Lieferungen an die GSOW und Feldposteinheiten der Besatzungsstreitkräfte, die den Besatzungskosten zuzurechnen sind, liegen keine vollständigen Übersichten vor. Diese Lieferungen sind bereits an anderer Stelle erfaßt worden.

Das Problem aller bisherigen Schätzungen der Lieferungen aus der laufenden Produktion bestand in ihrer Zweckgebundenheit, der unsicheren Datenlage und den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen. Die Berechnungen schwankten daher zwischen mindestens 14 Mrd. RM/DM (Ost) und maximal 35 Mrd. RM/DM (Ost).

Zum Teil wurden angeblich aus dem AfR zugespielte Daten verwendet.¹⁷⁵ Während die Seriosität der Untersuchungen von Franz Rupp inzwischen weitgehend bestätigt werden kann¹⁷⁶, trifft dies auf die später publizierten Arbeiten nicht zu.

Sofern der Versuch unternommen wurde, über die Finanzierungsquellen die Reparationsbelastungen zu bestimmen, blieben große Unsicherheiten bestehen. Das entscheidende Problem bei der Aufrechnung der Finanztransfers an die Besatzungsmacht bestand in der unklaren Verwendung der Gelder.¹⁷⁷ In finanzieller Hinsicht trat für die Besatzungsmacht ein Realisierungsproblem auf, da die großen zentralisierten Fonds sowie erbeuteten Gelder kurzfristig gar nicht auszugeben waren. Der Geldüberhang auf seiten der Besatzungsmacht stellte ja einen möglichen Anspruch auf deutsche Leistungen dar. Daher

174 Vgl. SÄHSTA, LRS, MW, Nr. 2056

175 Vgl. Die Reparationen der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone (Hg. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953

176 Vgl. Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen, Neue Quellen und Problemstellungen zu den Reparationsleistungen der SBZ/DDR, in: ZfG 1993/6

177 Vgl. Deutsche Finanzwirtschaft, August 1947

konnten Käufe von der Besatzungsmacht auch nicht in einem solchen Maße realisiert werden, wie einzelne Autoren bisher annahmen. Darauf hat zuerst Abeken¹⁷⁸ aufmerksam gemacht.

Nach Auswertung der Unterlagen des AfR und anderer Archivalien sind die bisher publizierten Zahlen, insbesondere die vielzitierten Angaben des DDR-Handbuchs in Höhe von 34,7 Mrd. RM/DM (Ost)¹⁷⁹, nicht länger haltbar.

*Reparationslieferungen der SBZ und Ostberlins aus der laufenden Produktion und Besatzungskosten (in Mrd. RM/DM-Ost, Zahlen gerundet)*¹⁸⁰

Jahr	Preisbasis 1944	Kosten insgesamt. *
1945	0,10	0,10 1)
1946	0,88	1,00 2)
1947	1,40	1,50
1948	1,11	1,58
1949	1,23	1,69
1950	1,03	2,08
1951	(0,61) 3)	1,17
1952	(0,63)	1,11
1953	(0,64)	1,15
1954		0,10
Summe(7,63)		11,48

* einschließlich genehmigter Preiserhöhungen, sonstiger Preissteigerungen, Fracht- und Nebenkosten.

Die vom AfR mit 11,48 Mrd. Mark ermittelte Gesamtsumme für die Lieferungen aus der laufenden Produktion liegt unter Berücksichtigung von

178 Vgl. Abeken, Gerhard, Gutachten zum gegenwärtigen Stand unseres Wissens über die Nachkriegsbelastung des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes in den Jahren 1945 bis 1953. (unveröffentlichtes Manuskript), DIW Berlin 1968

179 Vgl. DDR-Handbuch, Köln 1985, S. 1121 f.

180 Vgl. Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, C-2 (Jahresberichte des Amtes für Reparationen 1949 bis 1953), Nr. 17 089, 17 090, 17 091, 17 092, 17 107, 17 413); N-1 (Finanzministerium), Nr. 6/5; StAPMO, ZPA, Nachlaß Pieck (NL 36)/736

Anmerkungen: 1) Bei den angegebenen 100 Mio. RM für 1945 handelt es sich um Lieferungen auf das Konto „Kredittilgung“, die eindeutig Reparationscharakter trugen. Rupp, Franz, a.a.O., S. 17, schätzte die „Kredittilgung“ auf 800 Mio. RM, was viel zu hoch ist. Tatsächlich wurden von der SMAD bestenfalls für 150 Mio. RM Kredite ausgereicht. Die Kredite wurden bis 1947 in Form von Warenlieferungen abgegolten. 2) Für die Jahre 1945 bis 1947 wurden die Lieferungen geschätzt. 3) Ab 1951 erfolgte die Verrechnung der Reparationslieferungen in US-Dollar. Auf dem Reparationskonto wurde der DDR 1951 bis 1953 jeweils ein Gegenwert von 122,5 Mio. \$ gutgeschrieben. Nach „Meßwerten“ der Staatlichen Plankommission (SPK), beruhend auf den Preisen von 1944, ergaben sich für 1951=610, 1952=632 und 1953=641 Mio DM-Ost Reparationslieferungen, ohne Preiserhöhungen und Nebenkosten. (Vgl. Ebenda, NL Grotewohl (90)/340, Disposition des Amtes für Reparationen für die Konferenz beim Ministerpräsidenten von März 1953.)

Preiserhöhungen und allen Nebenkosten, somit erheblich unter den meisten Schätzungen.

Dieser Summe sind allerdings noch die „verdeckten Reparationslieferungen“ hinzuzurechnen, denn bis 1948 wurde ein Teil der Produktion der SBZ durch nichtregistrierte Aufkäufe der GSOW und verschiedene sowjetische Handelsgesellschaften absorbiert. Zu den verdeckten Reparationslieferungen sind auch die Pachtzahlungen an die Hauptverwaltung der SAG und der Gewinntransfer der SAG-Betriebe zu rechnen.

Diese Posten sollten jedoch in ihrem Umfang nicht überschätzt werden.

Die Aufkäufe der sonstigen sowjetischen Bedarfsträger lassen sich nur grob schätzen. Nach Erhebungen der Landesregierung von Sachsen wurden im Jahr 1947 für 105 Mio. RM Waren aller Art an verschiedenste sowjetische Handelsgesellschaften und Dienststellen geliefert.¹⁸¹ Zumindest ein Teil dieser Lieferungen muß den Besatzungskosten und dem Außenhandel zugerechnet werden. Nach Abzug dieser Posten verbleibt für Sachsen nur eine relativ kleine Restsumme von 40 Mio. RM. Für die SBZ hochgerechnet, sind deshalb die „indirekten Reparationslieferungen“ für 1947 mit 120 Mio. RM zu veranschlagen, und diese Summe liegt weit hinter zeitgenössischen Vermutungen. Für den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1948 können somit alle Aufkaufaktionen zusammengenommen mindestens mit **ca. 1 Mrd. RM** angesetzt werden.

Eigene Schätzung der direkten und indirekten Lieferungen (Mrd. RM/DM-Ost, in laufenden Preisen)

– Reparationen aus der laufenden Produktion	= 11,5
– „verdeckte Aufkäufe“	= 1,0
– SAG-Gewinne, Pachten	= 1,5
– Sonstiges	= 1,0
– Summe	= 15,0

Zu überprüfen ist diese Rechnung durch die Erfassung aller für die Besatzungsmacht getätigten Leistungen. Darüber liegen allerdings bisher nur auf einzelne Länder der SBZ bezogene Daten vor. Nach Unterlagen des sächsischen Wirtschaftsministeriums mußte das Land im Jahr 1948 30 % seiner Bruttoproduktion (ohne SAG-Betriebe) für Reparationen und die GSOW zur Verfügung stellen.¹⁸² Der Chef der SMA Sachsen sprach hingegen nur von 7–8 % Reparationsentnahmen für 1948.¹⁸³

181 Vgl. SLHA, LRS, Min. prä., Nr 1 110, Bl. 137 f.

182 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Prä., Nr. 2056

183 Vgl. Keesing-Archiv, 22.1.1948, S. 1336

Einschließlich der Leistungen der SAG flossen somit 35–40 % der sächsischen Bruttoproduktion im Jahr 1948 der Besatzungsmacht zu. Vor 1948 hat die „Besatzungsquote“ noch wesentlich höher gelegen und ist erst danach gesunken. Dieses Ergebnis korreliert mit unseren Berechnungen.

7.4. Zusammenfassung

Die (nachweisbaren) direkten und indirekten Lieferungen aus der laufenden Produktion werden mit **15 Mrd. DM (Ost)** zu laufenden Preisen veranschlagt. Bezogen auf Preise des Jahres 1944 wären dies insgesamt **ca. 10 Mrd. RM**.

Die bisher vorherrschende These von den exorbitant hohen direkten Reparationslieferungen aus der SBZ/DDR in die Sowjetunion und Polen entspricht somit nicht mehr dem heutigen Erkenntnisstand. Zwar belasteten die Lieferungen aus der laufenden Produktion die Wirtschaft der SBZ/DDR schwer, sie schnürten sie aber nicht ab. Gravierender als die gegenwertlosen Warenabzüge wirkten deshalb die über die Reparationsproduktion beschleunigte Ostorientierung und Strukturveränderung der Wirtschaft der SBZ/DDR.

Obwohl die nachweisbaren Reparationslieferungen ein geringeres Ausmaß besaßen als bisher vermutet, stellten sie im Zusammenhang mit den genannten zahlreichen anderen Erschwernissen für den Wiederaufbau in der SBZ/DDR eine enorme Belastung dar. Folgende Wirkungen sind zu berücksichtigen:

- 1) Ein bis Mitte der 50er Jahre erzwungener Konsumverzicht, wobei die höchsten Belastungen 1946/47 bestanden.
- 2) Noch weitaus stärker als die Konsumtion wurden indessen die produktiven Investitionen beschnitten. Die Reparationslieferungen führten zu einem gravierenden Mangel an Investitionsgütern in der DDR („Investitionslücke“). Erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre erfolgte der Übergang zu einer „normalen“ Investitionsquote.¹⁸⁴
- 3) Infolge der Reparationslieferungen setzte ein für die Wirtschaft der SBZ/DDR problematischer Strukturwandel ein. Es mußte eine der traditionellen Stärke nahezu entgegengesetzte Strukturpolitik betrieben werden, die zur Entstehung von „Reparationsindustrien“ bzw. zur Ausdehnung von material- und energieintensiven Industriezweigen (Uranbergbau, Schiffbau, Schwermaschinenbau, Waggonbau) führte. In späterer Zeit entstanden daraus im Zusammenhang mit anderen Entwicklungen Tendenzen einer „Überindustrialisierung“.
- 4) Damit war die Abdrängung von innovativen Industrien (u. a. Elektroindustrie, chemische Industrie, Leichtindustrie, Fahrzeugbau) verbunden.

¹⁸⁴ Vgl. Baar, Lothar, Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: JWG 1983/II, S. 9 ff.; derselbe, Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der DDR. Zur Interdependenz von Investitionen und Strukturschwäche in der Industrie (unveröff. Manuskript), Berlin 1991

5) Als positiv ist lediglich die Entstehung gesicherter Märkte zu nennen, die jedoch zur einseitigen Ostorientierung der Wirtschaft der SBZ/DDR führte.

8. Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)

8.1. Begriffsbestimmung

Sowjetische Aktiengesellschaften sind Betriebe, die zumeist für die Demontage bestimmt waren, dann jedoch in der SBZ belassen und in das Eigentum der UdSSR überführt wurden. Über 200 Betriebe wurden ab Sommer 1946 bis Frühjahr 1947 auf Grundlage des Befehls der SMAD Nr. 167 vom 5.6.1946 in SAG umgewandelt. Dabei handelte es sich um die größten sowie strategisch wichtigsten Werke.

8.2. Historischer Ablauf

Der Bildung der SAG lagen folgende Motive zugrunde:

- Offenhalten von Optionen in der Deutschlandpolitik und Sicherung von Einflußmöglichkeiten für den Fall der Wiedervereinigung
- Kontrolle aller strategisch wichtigen Bereiche der SBZ-Wirtschaft und Sicherung des sowjetischen Einflusses auf Struktur und Verwendung der Industrieproduktion
- Gewährleistung und Verschleierung der Reparationsentnahmen
- Versuch der politischen Einflußnahme auf die deutsche Bevölkerung

Die SAG wurden folglich geschaffen, um den wirtschaftlichen Einfluß der Sowjetunion abzusichern. Das Umschwenken von der Demontagepolitik zur Politik der vorrangigen Entnahmen aus der laufenden Produktion sowie zur Bildung und zum schwerpunktmäßigen Ausbau der SAG-Betriebe stabilisierte die Wirtschaft und damit partiell auch das politische System in der SBZ. Außerdem erschien der UdSSR das SAG-Konzept geeignet für ein Werben um die Gunst der deutschen Bevölkerung.

Die Herauslösung der SAG-Betriebe aus der Wirtschaft der SBZ/DDR trug eher formalen Charakter. Sie blieben weitgehend in das ostdeutsche Wirtschaftsgefüge eingebunden. Ihre Steuerung erfolgte jedoch über den sowjetischen Volkswirtschaftsplan.

Dementsprechend fand eine Modifikation der Produktionsstrukturen statt. Den SAG-Betrieben wurde in jeder Beziehung eine Sonderstellung zugebilligt. Mit ihrem beschleunigten Ausbau waren für die Wirtschaft der SBZ/DDR auch

gewisse positive Aspekte verbunden, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Rohstoffzufuhr und Absatzgarantien.¹⁸⁵

Über ein auf die vorrangige Belieferung der SAG-Betriebe zugeschnittenes Liefersystem wurden auf direktem und indirektem Wege große Bereiche der Wirtschaft an den osteuropäischen Markt gebunden. Letztlich hat das SAG-System die Einbindung der DDR-Wirtschaft in den osteuropäischen Wirtschaftsraum nicht verursacht, wohl aber beschleunigt.

Im Frühjahr 1947 wurden 74 zumeist unrentable Betriebe in deutsches Eigentum zurückgegeben, weitere 23 folgten im Mai 1950. Im Juni 1952 übergab die Sowjetunion der DDR 66 und per 31.12.1953 die letzten 33 Betriebe.¹⁸⁶

8.3. *Quellen und Schätzmethoden*

Zu den Reparationen gehörten folgende Leistungen der SAG:

1) **Produktionswert:** Die Produktion der SAG-Betriebe ging zu einem beträchtlichen Teil direkt an die UdSSR. Je nach Industriezweig schwankte die Quote zwischen 2 % (Beispiel: Leuna-Werke) und 100 % (Beispiel Krupp-Gruson Magdeburg). Diese Leistungen wurden bereits unter der Rubrik „Lieferungen aus der laufenden Produktion“ berücksichtigt.

2) **Kapitalwert:** Der Bruttowert der 1952 und 1953 zurückgegebenen 66 bzw. 33 Betriebe wurde zum Zeitpunkt ihrer Überführung von sowjetischer Seite mit 2,2 Mrd. DM (Ost) bzw. 2,7 Mrd. DM (Ost) angesetzt.¹⁸⁷ Die Nettowerte bezifferte Industrieminister Selbmann in einer streng vertraulichen Notiz überschlägig mit 1,73 bzw. 3,04 Mrd., also insgesamt mit knapp 5 Mrd. DM (Ost).¹⁸⁸

Dieser Wert kann allerdings nicht in der Gesamtbilanz erscheinen, da die SAG-Betriebe lediglich formal aus der Wirtschaft der SBZ/DDR herausgelöst waren.

185 Diese Aspekte sind von DDR-Historikern über Gebühr in den Vordergrund gestellt worden. Die Bildung der SAG änderte am reinen Objektcharakter der SBZ nur wenig.

186 Vgl. Abkommen über den Verkauf sowjetischer Betriebe in Deutschland an die DDR, in: StAPMO, ZPA, NL Ulbricht (182)/1018, Bl. 19 ff. und „Protokoll über den Erlaß der deutschen Reparationszahlungen und über andere Maßnahmen zur Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, die mit den Folgen des Krieges verbunden sind“, in: „Tägliche Rundschau“ vom 25. August 1953

187 Vgl. StAPMO, ZPA, NL Ulbricht (182)/1018, Bl. 28 und „Tägliche Rundschau“ vom 25. August 1953.

188 Vgl. StAPMO, ZPA, NL Selbmann (113)/26, Notiz vom 20.4.1956 betr: SAG-Rückgabe; die ab 1950 getätigten Investitionen wurden von Selbmann auf 0,7 Mrd. DM (Ost) veranschlagt.

3) **Gewinne:** Pachten und Lieferungen auf das „Konto Gewinne“ müssen hingegen teilweise als Reparationsleistungen angesehen werden.¹⁸⁹ Die realisierten Gewinne der SAG wurden von Selbmann im Durchschnitt mit jährlich 400 Mio. Mark angenommen.¹⁹⁰ Von 1946 bis 1953 wären dies 3 200 Mio. Mark. Demgegenüber schätzt das BMfGF bereits für den Zeitraum von 1946 bis 1950 die SAG-Gewinne auf 3 500 Mio. Mark.¹⁹¹ Die von Selbmann genannte Zahl erscheint realistischer. Davon müssen aber die Investitionen abgezogen werden. Sie beliefen sich von 1947 bis 1953, bezogen auf den gesamten SAG-Sektor, auf maximal 1,4 Mrd. RM. Genauere Daten sind nicht bekannt, ein Investitionsplan der SAG-Hauptverwaltung gibt für 1950 eine Summe von 200 Mio. DM (Ost) an.

Die Realisierung der Gewinne und Pachten erfolgte sowohl über Warenlieferungen in die UdSSR als auch über Außenhandelsgeschäfte mit Drittländern. An letzteren hatte die SAG-Hauptverwaltung besonderes Interesse. Um Doppelzählungen auszuschließen, sollen die Lieferungen in die UdSSR auf das Konto „Gewinne“ an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden, wohl aber die Lieferungen an Drittländer, die nicht über Handelsverträge erfaßt wurden.

Gewinne	=	3,2 Mrd. DM (Ost)
– Investitionen	=	1,4 Mrd. DM (Ost)
Summe	=	1,8 Mrd. DM (Ost)

Es ist derzeit nicht möglich zu klären, wohin dieser Betrag geflossen ist. Eventuell sind diese Gelder für die Kapitalausstattung der Wismut AG verwandt worden. Sie werden daher in der Bilanz nicht berücksichtigt.

4) **Rückkauf:** Der Rückkaufpreis für die 1947 übergebenen Werke ist nicht genau zu ermitteln. Die Besatzungsmacht verlangte die Abgeltung von „Wertsteigerungen“ für den Zeitraum von Sommer 1946 bis Frühjahr 1947, die über die Aufnahme von „festen Krediten“ bei der Hausbank der SMAD, der Garantie- und Kreditbank AG, zu erfolgen hatten. Vorsichtig geschätzt waren dies 100 Mio. RM.

Für die 1950 zurückgegebenen Betriebe zahlte die DDR eine Summe von 74,9 Mio Mark.¹⁹²

Für die 1952 rückgeführten Werke wurden von der UdSSR 1,55 Mrd. DM (Ost) in Rechnung gestellt, die beginnend ab 1.4.1952 innerhalb von 3 Jahren zu jeweils der Hälfte in Waren bzw. Geld abgegolten werden sollten. Außerdem mußte sich die DDR zur Rückzahlung von Krediten verpflichten,

189 Cornelsen, Doris u. a., a.a.O, S. 159, verzichten auf die Anrechnung der Gewinne, da sie angeblich schon in den geschätzten Entnahmen enthalten sind. Dieser Auffassung können wir aus den angeführten Gründen nicht folgen.

190 Vgl. StAPMO, ZPA, NL Selbmann (113)/26, Bl. 16

191 Vgl. Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft, Bonn 1952, S. 80

192 Vgl. BAP, C-20, Nr. 607

die von den SAG-Betrieben bei der Garantie- und Kreditbank AG in Höhe von 430 Mio. DM (Ost) aufgenommen worden waren.

Ob die genannten 1,55 Mrd. DM (Ost) vollständig bezahlt wurden, kann derzeit nicht mit letzter Sicherheit geklärt werden.¹⁹³ Es ist aber davon auszugehen, daß eine Rückzahlung erfolgte.

Dafür spricht die Festlegung des Protokolls über den Erlaß der Reparationszahlungen vom August 1953.¹⁹⁴ In diesem Regierungsprotokoll werden nur die per 31.12.1953 zurückgegebenen 33 Werke und die Streichung der Kreditschulden in Höhe von 430 Mio. DM (Ost) erwähnt.

Summe	laufende Preise	Preisbasis 1944
1947	100,0	100
1950	74,9	45
1952/53	1550,0	940
Insgesamt.	1724,9	1085

Von der SBZ/DDR mußten demnach zwischen 1947 und 1953 mindestens **1 725 Mrd. DM (Ost) zu laufenden Preisen** für den Rückkauf der SAG-Betriebe aufgewendet werden. Weit höhere ältere Schätzungen der Rückkaufsummen finden keine Bestätigung und sind den in den 50er Jahren gängigen Tendenzen zur Überbewertung der sowjetischen Reparationsentnahmen zuzurechnen.¹⁹⁵

Umgerechnet auf die Preise von 1944 können für den Rückkauf der SAG-Betriebe ca. **1 100 Mio. RM** in die Bilanz aufgenommen werden.

8.4. Zusammenfassung

Unabhängig davon, ob sich bei den Übergabewerten noch geringfügige Korrekturen ergeben werden, lassen sich mit der Rückkaufsumme von 1,725 Mrd. DM (Ost) die Wirkungen des SAG-Systems kaum erfassen. Die SAG-Betriebe waren Bestandteil einer längerfristig angelegten sowjetischen Strategie der wirtschaftlichen Durchdringung Osteuropas sowie Niederösterreichs. Im Jahr 1955 wurde diese Strategie selbst von Mikojan als „offenkundige und besonders auffällige Form der russischen Einmischung“ bzw. als „imperial“ charakterisiert.¹⁹⁶ Über gemischte Gesellschaften in Ungarn, Rumänien, Bulgarien

193 In einer Abrechnung über die Erfüllung des Staatshaushaltsplanes werden Schulden in Höhe von 2,05 Mrd. DM (Ost) ausgewiesen. Es ist allerdings anzunehmen, daß es sich dabei nicht ausschließlich um die Schulden aus dem Rückkauf handelte. (Vgl. BAP, N-1, Nr. 6/709)

194 „Tägliche Rundschau“ vom 25. August 1953

195 Vgl. Die Reparationen der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1954. Dort wird die Rückkaufsumme für die 1950 übergebenen Betriebe mit 500 Mio. DM (Ost) viel zu hoch geschätzt, wohingegen die Schätzung für die 1952 übergebenen Betriebe bei 2,49 Mrd. DM (Ost) liegt und damit der Realität näher kam.

196 Vgl. Lentz, Manfred, Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945–1961. Eine politologische Analyse, Opladen 1979, S. 33

und reine sowjetische Gesellschaften in Niederösterreich und der SBZ sollte die Wirtschaft dieser Länder und Gebiete fester an die Sowjetunion gebunden werden. In die gleiche Richtung zielende Bestrebungen sind auch für Polen und die CSR auszumachen, auch wenn es in diesen Ländern aus verschiedenen Gründen nicht zur Gründung gemischter Gesellschaften kam.

Es waren folglich weniger die kurzfristigen Belastungen des Staatshaushalts durch den Rückkauf, als vielmehr die weitgehende Einbindung der wichtigsten Großbetriebe der SBZ/DDR in die sowjetische Volkswirtschaftsplanung, von der langfristige Effekte ausgingen.

9. *Sonderfall Wismut AG*

9.1. *Begriffsbestimmung*

Zur SAG Wismut gehörten die von der Sowjetunion 1947 für Reparaturzwecke in ihr Eigentum überführten Bergverwaltungen und Betriebe in Thüringen und Sachsen. Ab 1954 wurde die Wismut in eine gemischte Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) umgewandelt, die bis 1991 bestand.

9.2. *Historischer Ablauf*

Unter den SAG-Betrieben besaß die Wismut AG von vornherein eine Sonderstellung. Der Uranbergbau in der SBZ wurde erst durch die Sowjetunion aufgebaut. Die rüstungswirtschaftliche Bedeutung der Wismut-Produktion erklärt den besonderen Grad der Geheimhaltung, mit dem dieser Komplex bis zum Ende der DDR behandelt wurde. Unmittelbar nach Abzug der amerikanischen Truppen aus Thüringen und Sachsen im Juni 1945 begannen sowjetische Spezialeinheiten mit intensiven geologischen Untersuchungen des Bergbaugesbietes. Nachdem erste Schürfungen erfolgreich verlaufen waren, beschloß der Ministerrat der UdSSR im Juni 1946 die Ausbeutung der sächsischen Uranvorkommen. Die für den Uranabbau geeigneten Bergverwaltungen Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Oberschlema, Annaberg, Lauter und Marienberg sowie das Pechtelsgrüner Anreicherungswerk wurden zunächst beschlagnahmt und 1947 in sowjetisches Eigentum überführt.

Als Rechtsgrundlage für die Enteignungen galten die Befehle Nr. 128 des Obersten Chefs der SMAD vom 26.5.1947 und der Befehl Nr. 131 der SMA/Sachsen vom 30.5.1947.¹⁹⁷ Auf einer Gebietskarte des Landes Sachsen hatte zuvor eine sowjetische Kommission das „Interessengebiet“ der Wismut

197 Vgl. SÄHSTA, LRS, Min. Präs., Nr. 147, Bl. 4

abgesteckt. Das Abbaugebiet erstreckte sich ungefähr von Dresden bis Ilmenau. Mehr als 2,2 Mio. Menschen (Stand 1950) lebten in dem in kurzer Zeit immer stärker gegen den Westen abgeriegelten Wismut-Gebiet, d. h. allein in Sachsen fast 40 % der Bevölkerung.

Am 17. Juli 1947 erfolgte die Eintragung der SAG Wismut in das Handelsregister beim Amtsgericht Aue. In der Folgezeit dehnte die Wismut AG ihre Tätigkeit rasch aus. Die Phase des unter großen sozialen Spannungen erfolgenden rasanten Wachstums der Wismut AG dauerte etwa bis 1951. Die Beschäftigtenzahl wuchs ungefähr auf 135 000.¹⁹⁸

Berichte über die rüden Praktiken der Arbeitsämter und Werber, zahlreiche tödliche Unfälle, schlimme Wohnverhältnisse, Strahlenkrankheiten und die Fluchtwelle von Wismut-Arbeitern waren dem Zentralsekretariat der SED bekannt. In einem dieser Berichte heißt es: „Die Einweisung nach Aue wird als eine der schlimmsten Strafen betrachtet... Unsere Zeitungs- und Rundfunkkommentare lügen.“¹⁹⁹ Zeitgenössische Kommentatoren aus den Westzonen bemühten wiederholt den Vergleich zum sowjetischen GULAG-System (Kurt Schumacher: „schlimmste Sklavenarbeit“, „Uransklaven“).²⁰⁰ Trotz der skizzierten schlimmen Verhältnisse war aber die Wismut AG nicht mit den sowjetischen Arbeitslagern zu vergleichen. Vielmehr bemühte sich die Direktion, über ein System von Vergünstigungen mit einigem Erfolg eine Stammebelegschaft aufzubauen.

Anfang der 50er Jahre unterhielt die Wismut insgesamt 27 Objekte, darunter 10 Produktionsbetriebe und mehrere große Zulieferbetriebe.²⁰¹ Infolge ihrer strategischen Bedeutung konnte sich die Wismut AG als weitgehend autarkes Kombinat eine einmalige Sonderstellung innerhalb der DDR-Wirtschaft aufbauen.²⁰²

Mit dem Regierungsbeschluß zum Erlaß der Reparationen vom August 1953 wurde auch die Tätigkeit der Wismut neu geregelt. Am 1. Januar 1954 änderte die SAG Wismut ihren Namen in Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut und nahm eine deutsche Kapitalbeteiligung in Höhe von 50 % auf. Der Vorstand der SDAG wurde paritätisch besetzt, Vorsitzender wurde F. Selbmann, Minister für Schwerindustrie der DDR, Stellvertretender Vorsitzender war Semischastnow, Handelsminister der UdSSR. Außerdem wurde die Preisgestaltung zugunsten der DDR verändert. Ungeachtet der paritätischen Zusammensetzung des Vorstandes gab es aber keinen substanziellen Kompetenzverzicht der sowjetischen Seite. An der Vorrangigkeit sowjetischer

198 Vgl. Karlsch, Rainer, „Ein Staat im Staate“. Ansatzpunkte zur Frühgeschichte der Wismut AG, erscheint in: Aus Politik und Zeitgeschichte

199 StAPMO, NL Pieck (36)/Nr. 738, Bl. 4 f.

200 Vgl. „Aachener Volkszeitung“ vom 13.11.1948, „Die Uranhölle im Erzgebirge“

201 Vgl. Die sowjetische Hand in der Wirtschaft der SBZ, Bonn 1952

202 Paul, Hilmar, Das Wismut Erbe. Geschichte und Folgen des Uranbergbaus in Thüringen und Sachsen, Göttingen 1991

Interessen in bezug auf die SDAG änderte auch nichts das am 7.12.1962 abgeschlossene Regierungsabkommen.

Bis Ende 1953 erkannte die Sowjetunion nur den Gegenwert der aufbereiteten Erzmengen als Reparationsleistung an.

*Offiziell von SKKD anerkannte Leistungen der Wismut AG in den Jahren 1949 bis 1952*²⁰³

Jahr	Gutschrift auf Reparationskonto in \$	Aufwand in DM (Ost)
1949	33 Mio. \$	350 Mio.
1951	57 Mio. \$	600 Mio.
1952 1)	89 Mio. \$	934 Mio.

Für unsere Fragestellung sind vor allem die Kosten wichtig, die für die Wirtschaft der SBZ/DDR aus der erzwungenen Uranförderung bis Ende 1953 entstanden sind. Die Tätigkeit der Wismut AG band ja in großem Umfang Betriebsmittel, die für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung standen. Außerdem wurden für den Uranbergbau hauptsächlich junge und besonders leistungsfähige Arbeitskräfte verpflichtet bzw. geworben. Deshalb ist es vertretbar, bis 1953 zumindest die gesamten Betriebskosten der Wismut als Reparationsleistungen zu charakterisieren.

Ausgehend von den vorstehenden Angaben und amerikanischen Schätzungen²⁰⁴ können sowohl der Gesamtaufwand für den Uranbergbau als auch die für das Reparationskonto relevanten Leistungen annähernd bestimmt werden.²⁰⁵ In den Angaben über den Gesamtaufwand sind möglicherweise auch die von den Sowjets umgelenkten Gelder aus SAG-Gewinnen und das Beutegeld enthalten.

Eine Gegenüberstellung der Gutschriften auf das Reparationskonto mit den geschätzten Aufwandszahlen ergibt, daß die Erlöse der Wismut-Produktion, die sich nicht nur auf Urangestein beschränkten, bestenfalls die Hälfte des Aufwandes deckten. Der von 1946 bis 1953 getätigte Aufwand lag bei ca. 7,3 Mrd. RM/DM (Ost) zu laufenden Preisen. Anerkennung auf dem Reparationskonto fand höchstens eine Summe von 335 Mio. \$. Dem

²⁰³ Zahlen zusammengestellt nach: StAPMO, ZPA, NL Pieck (36)/736, Beratungen Pieck, Grotewohl-Tschuikow vom 22.12.1949, 4.4.1951 und 12.12.1951; 1) errechnet nach einem Sitzungsmaterial des Politbüros vom 11.9.1951 (StAPMO, ZPA, Nr. J IV 2/2/208)

²⁰⁴ Vgl. Köhler, Heinz, Economic Integration in the Soviet Bloc, New York/Washington/London 1965, S. 23 ff.

²⁰⁵ Die von Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 163, angesetzte Zahl von 945 Mio. Mark (Preisbasis 1936) beruht auf vagen Schätzungen und widerspiegelt den tatsächlichen Aufwand nicht einmal annähernd.

entsprach bei der von der Sowjetunion für die Wismut-Produktion verwendeten Kursrelation von 1:11 (!) ein Gegenwert von ca. 3,7 Mrd. DM (Ost) zu laufenden Preisen. Umgerechnet auf Preise von 1944 sind der SBZ/DDR von 1946 bis 1953 demnach mindestens **2,25 Mrd.** Mark für den Wismut-Bergbau gutgeschrieben worden. Der tatsächliche und von uns in die Bilanz aufgenommene Aufwand lag aber bei **ca. 4,5 Mrd.** RM zu Preisen des Jahres 1944.

Diese Zahl stellt eine **Minimalangabe** dar. In ihr sind weder die Subventionen für den Uranbergbau noch die verschiedenen Folgekosten des Bergbaus, die Entschädigungszahlungen, Sanierungsaufwendungen und Infrastrukturaufwendungen enthalten. Ab 1954 muß von reparationsäquivalenten Leistungen gesprochen werden.

Gesamtkosten der SDAG Wismut 1955/56 und 1958 (in Mrd. DM/Ost)²⁰⁶

	1955	1956	1958
Gesamtkosten	1,465	1,500.	
davon:			
– Betriebsausgaben	1,167	1,192	0,739
– Investitionen	0,186	0,208	0,260
– geolog. Arbeiten	0,111	0,100.	
auf DDR entfallen	0,732	0,750	0,642
+ jährliche Einzahlung für Aktienkapital	0,200	0,200.	

Bei Gründung der SDAG war ein Aktienkapital in Höhe von 2 000 Mio. Mark vorhanden. Das Protokoll vom 17. Juni 1956 legte fest, daß der auf die DDR entfallende Betrag in Höhe von 1 000 Mio. Mark als eingezahlt galt, wovon 400 Mio. Mark erlassen wurden.

Bis 1990 blieb die SDAG der größte europäische Uranproduzent. Die Förderkosten lagen weit über denen vergleichbarer Unternehmen.²⁰⁷ Gefördert wurden insgesamt 220 000 t Urangestein.

Mit dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vom 16.5.1991 über die Beendigung der Tätigkeit der SDAG Wismut schloß dann ein weiteres Kapitel der Nachkriegsgeschichte. Erst jetzt wird deshalb auch nach und nach das Ausmaß der Opfer für das atomare Wettrüsten bekannt. Die Wismut selbst sprach 1991 von 7 000 gemeldeten Bergleuten mit Lungenkrebs und 6 000 „Silikose-Verdachtsfällen“.²⁰⁸ Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

206 Vgl. StAPOM, ZPA, Nachlaß Selbmann (113)/26, Bl. 1 ff.

207 Vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 12/939, Denkschrift zum Abkommen vom 16. Mai 1991

208 Paul, Reimar, a.a.O., S. 89

Die Folgen des Uranbergbaus und damit der Reparationsleistungen werden den Bundeshaushalt nach Expertenrechnungen noch über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages belasten.

9.3. Zusammenfassung

Der Uranbergbau war ein besonders schwerwiegender Sonderfall der industriellen Tätigkeit der Besatzungsmacht. Die ökonomischen und sozialen Folgen des Wismut-Bergbaus sind ungleich größer als bei allen anderen SAG zusammengenommen. Insofern widerspiegelt die in unsere Rechnung aufgenommene Summe von 4,5 Mrd. RM den tatsächlichen Schaden nur äußerst unvollkommen. Der Uranbergbau belastete die Wirtschaft der SBZ/DDR extrem lange über den Reparationszeitraum hinaus. Die Langzeitfolgen des Uranbergbaus lassen sich auch heute noch nicht quantifizieren.

10. Erbeutete Reichsbanknoten und Besatzungsgeld

10.1. Begriffsbestimmung

Nach Kriegsende haben sich die Besatzungsmächte die für ihre Zwecke benötigten Finanzierungsmittel selbst geschaffen, indem sie alliierte Militärmarknoten in Umlauf setzten. Außerdem kamen dafür Banknoten in Betracht, die den Besatzungsmächten bei der Besetzung in die Hände gefallen waren. Dies traf vor allem auf die Reichsbankreserve in Berlin zu.

10.2. Historischer Ablauf

Die eigentliche Zweckbestimmung des Besatzungsgeldes war die Truppenbesoldung. Allerdings gelangte das alliierte Besatzungsgeld nicht in vollem Umfang in den Verkehr. Außerdem gestatteten die Westmächte eine Rekonversion von Besatzungsmark in eigene Währung.²⁰⁹ In den Westzonen hielt sich deshalb der Umfang des tatsächlich in Umlauf gebrachten alliierten Geldes in Grenzen.

In der SBZ hatten hingegen die Streitkräfte keine Möglichkeit für den Umtausch der Militärmark in Rubel. Sie versuchten daher, die ausgehändigten Beträge zu realisieren. Zur Annahme von alliierten Militärbanknoten waren alle deutschen Betriebe, Banken und Körperschaften laut Befehl Nr. 92 vom 13. September 1945 verpflichtet.

209 Vgl. Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 196 f.

Die Ausgabe von alliierten Besatzungsgeld wurde aber bereits Mitte 1946 in allen Besatzungszonen eingestellt.

10.3. *Quellen und Schätzmethode*

Weder der Betrag der insgesamt umlaufenden alliierten Militärbanknoten noch die Höhe des Beutegeldes sind genau bekannt.

Über die Höhe der sowjetischen Emissionen und Beutegelder kursierten z.T. phantastische Zahlen, die bis 20 Mrd. RM reichten. Die bekanntesten westlichen Schätzungen bezifferten den Zugang an Besatzungsgeld bis Anfang 1946 auf 12 Mrd. RM.²¹⁰ Auf die sowjetische Besatzungszone sollen davon 7,5 Mrd. RM entfallen sein. Der sächsische Finanzminister Rohner schätzte, allein auf Sachsen bezogen, die Bargeldbeute der Roten Armee auf 1,3 Mrd. RM.²¹¹

Ungeachtet der Fragwürdigkeit solcher Schätzungen wurden in den westlichen Standardwerken zur DDR-Geschichte teilweise noch weit höhere Summen genannt. So beziffern die Herausgeber des DDR-Handbuchs die Menge der von der Roten Armee erbeuteten Banknoten auf 6 Mrd. RM und das ausgegebene Besatzungsgeld auf 9 Mrd. RM.²¹²

Die Überprüfung dieser Schätzungen ergibt indessen, daß das Geldvolumen (Stückgeld und Giralgeld) der SBZ vom Statistischen Zentralamt für das Jahr 1946 insgesamt mit knapp 30,0 Mrd. RM angegeben wurde, davon maximal 5 Mrd. alliiertes Besatzungsgeld. „Dabei bleibt jedoch offen, wieviel davon in den Verkehr gelangt ist, und welcher Betrag demgegenüber sich jeweils in den Kassen der Militärverwaltung befindet“²¹³, wie es in der Analyse heißt.

Demnach wären ca. 17 % des vor der Währungsreform in der SBZ umlaufenden Bargeldes auf das Besatzungsgeld entfallen, und diese Quote wird durch mehrere Angaben aus dem Berliner Stadtkontor²¹⁴ und einigen Handelsunternehmen bestätigt.

Es ist außerdem danach zu fragen, wie das von der SMAD ausgegebene Besatzungsgeld verwendet wurde, denn nur ein Teil davon konnte von den

210 Vgl. Wolf, Eduard, Der Geldüberschuß. Über die gegenwärtige Geld- und Kreditlage Deutschlands und die Aufgaben der Wirtschaftspolitik, DIW Berlin 1946; ders., Geld- und Finanzprobleme der deutschen Nachkriegswirtschaft, in: Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, DIW Berlin 1947; Harmssen, Gustav-Wilhelm, Am Abend der Demontage, a.a.O., S. 55

211 Vgl. BA Koblenz, B 137, Nr. 929, Memorandum von Gerhard Rohner 1950

212 Vgl. DDR-Handbuch, Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1985, S. 1121

213 Vgl. BAP, E-2, Nr. 484/2, Das Geldvolumen der Ostzone, Analyse des Statistischen Zentralamtes vom Mai 1948. Auch Barthel gibt die Höhe des Besatzungsgeldes mit 5 Mrd. an. Vgl. Barthel, Horst, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in der Nachkriegsperiode (1945–1949/50), Habilitationsschrift, Humboldt-Universität zu Berlin 1968, S. 120

214 Vgl. Landesarchiv Berlin (STA), Rep. 315, Nr. 3 a

Truppen realisiert werden. Andere Verwendungsmöglichkeiten (Ausstattung der SAG-Betriebe, Wismut AG) sind bereits untersucht worden.

Das Besetzungsgeld stellte, wie erwähnt, ein kurzzeitiges Provisorium dar. Einiges spricht dafür, daß diese zeitweilige Parallelwährung zum Teil nach und nach in Reichsbanknoten umgetauscht wurde. So verweigerten z. B. sowohl die Bankenverrechnungsstelle in Potsdam als auch das Berliner Stadtkontor die Annahme von großen Stückelungen des Besetzungsgeldes.²¹⁵ Mithin bewegt sich unsere Schätzung von ca. 5 Mrd. Mark emittiertem Besetzungsgeld eher an der Obergrenze.

Auch die geschätzten Beträge über erbeutete Reichsbanknoten sind sehr fragwürdig und werden nicht in die Gesamtrechnung aufgenommen, da ihre Verwendung zu zweifelhaft ist. Eine mögliche Unterschätzung dieser Finanzierungsquelle wird in unserer Gesamtrechnung durch das an der Obergrenze veranschlagte Besetzungsgeld kompensiert.

Selbst bis zur Währungsreform konnte die Besatzungsmacht den bei ihr vorhandenen Geldüberhang nicht realisieren. Aus diesem Grund wurde der aus den Haushaltsüberschüssen der Länder gespeiste Reservefonds der SMAD in Höhe von mehr als 2 Mrd. RM vor der Währungsreform an die DWK übergeben.²¹⁶ Zeitzeugen haben außerdem vom Verbrennen großer Bargeldbestände durch die Finanzverwaltung der SMAD berichtet.²¹⁷

Das Bild von einer völlig zügellosen Geldpolitik der SMAD ist demzufolge korrekturbedürftig. Bei allen Versuchen, soviel Reparationen als möglich zu entnehmen, konnte auch der sowjetischen Besatzungsmacht nicht an einer unkontrollierten Inflation gelegen sein.

10.4. Zusammenfassung

Durch die Ausgabe von Besetzungsgeld entstand der SBZ ein Schaden von **5 Mrd. RM**. Umgerechnet auf Preise von 1936 (Index des Sozialprodukts=161) sind dies **3,10 Mrd. RM**.

Für die Westzonen wurden Abkäufe mittels Besetzungsgeld entweder nicht bewertet oder auf höchstens **1 Mrd. RM** geschätzt.²¹⁸ Umgerechnet auf Preise von 1936 ergeben sich ca. **0,62 Mrd. RM**.

215 Vgl. Ebenda

216 Vgl. BAP, C-15, Nr. 731

217 Diesbezügliche Hinweise wurden von Dr. Georgino (Berlin) gegeben.

218 Vgl. Buchheim, Christoph, a.a.O., S. 93

11. Außenhandelsverluste

11.1. Begriffsbestimmung

Unter dieser Position sind Verluste subsummiert, die den Besatzungszonen aus der Abwicklung des Außenhandels durch alliierte Dienststellen entstanden sind. Im wesentlichen handelt es sich um Preisdiskriminierungen beim Im- und Export.

11.2. Historischer Ablauf:

Nach Kriegsende wurde der gesamte deutsche Außenhandel gemäß der Kontrollratsproklamation Nr. 2 vom 20.9.1945 strengen Restriktionen unterworfen. Im Verlauf des Jahres 1946 setzte langsam eine Wiederbelebung des Außenhandels ein, aber sämtliche Außenhandelsgeschäfte wurden bis 1949 ausschließlich durch die Besatzungsmächte und speziell dafür geschaffene alliierte Außenhandelsorganisationen abgeschlossen. Sowohl die Struktur der Ein- und Ausfuhren als auch die Preise unterlagen einer straffen Kontrolle.²¹⁹

In dieser Hinsicht unterschied sich die Entwicklung in den einzelnen Besatzungszonen bis 1948 nur wenig. Ende 1948 begannen sich die Alliierten Behörden in der Bizone aus ihrer Vermittlerrolle zurückzuziehen.

In der SBZ wurde der Außenhandel von der im Januar 1946 gebildeten Abteilung für Außenhandel der SMAD gelenkt. Für die finanzielle Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland war die Garantie- und Kreditbank AG verantwortlich.²²⁰ Der Interzonenverkehr wurde über das Berliner Stadtkontor verrechnet.

Die SMAD steuerte bis 1949 den Import und Export der SBZ auf Basis kurzfristiger Pläne, nur für 1948 gab es einen Jahresplan. In diesem Jahr ist dann auch erstmals der Reparationsplan zugunsten des Exportplans limitiert worden.²²¹ Insgesamt stiegen jedoch die Bezüge der Sowjetunion auch 1948.

Auf die prinzipielle Umstrukturierung des Außenhandels der SBZ in den Jahren bis 1949 hatten deutsche Behörden kaum Einfluß. Selbst die Leitung der DWK war nur unzureichend über die von der SMAD veranlaßten Außenhandelsgeschäfte unterrichtet. Andererseits zwangen vor allem die Rohstoffengpässe der SBZ, im Kontext mit dem hinter den Erwartungen zurückbleibenden Interzonenhandel, die SMAD zu einer Wiederbelebung des Außenhandels. Ohne die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten wären eine Reihe von Reparationsaufträgen nicht zu realisieren gewesen.

219 Vgl. ebenda. S. 1 ff.

220 Vgl. Karlsch, Rainer, Die Garantie- und Kreditbank AG ..., a.a.O.

221 Vgl. Slusser, Robert (Hg.), a.a.O., S. 61 ff.

Wichtigste Handelspartner der SBZ waren bis 1948 Polen, die CSR und die skandinavischen Länder.

*Einfuhr/Ausfuhr der SBZ 1946–1948 (in Mio. RM/Vorkriegspreise) ohne Interzonenhandel*²²²

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	davon UdSSR	Ausfuhr	Einfuhr
1946	30,4	39,5			
1947	55,4	143,5	.	.	
1948	357,9	323,0		108,8	150,4

Wie aus der Tabelle hervorgeht, gab es bis Ende 1947 praktisch keinen nennenswerten Außenhandel der SBZ mit der Sowjetunion. Alle Lieferungen erfolgten fast ausschließlich für Reparationen. Ein kleiner Teil der Reparationslieferungen, weniger als 10 %, ist von der SMAD für Handelsgeschäfte mit Drittländern (Polen, CSR, Schweiz, Ungarn, Jugoslawien, skandinavische Länder und Österreich) umgelenkt worden. In den Statistiken nicht erfaßt wurden die von verschiedenen sowjetischen Stellen (Handelsgesellschaften, SAG-Betriebe) abgewickelten Außenhandelsgeschäfte, deren Umfang allerdings nicht überschätzt werden sollte.

Der entscheidende Umschwung vollzog sich 1948.²²³ Nunmehr wuchs der Außenhandel rasch an. Die Regionalstruktur des Außenhandels der SBZ begann sich schwerpunktmäßig in Richtung Osteuropa zu verändern, und erst jetzt kann auch von den Anfängen eines Außenhandels mit der Sowjetunion gesprochen werden. Die Lieferungen der SBZ wurden dabei aber von vornherein unterbewertet.

Nach Gründung der DDR und der Neuordnung der Organisationsstruktur des Außenhandels wuchs der Warenverkehr mit der Sowjetunion weiter an. Die DDR-Gründung hat jedoch nur eine formale Eigenständigkeit konstituiert, die durch sowjetische Vorbehaltsrechte eingeschränkt blieb.

11.3. Schätzmethoden

Für die Westzonen wird vor allem auf die Zwangsexporte von Holz, Schrott und Kohle verwiesen. Buchheim schätzt die Verluste infolge von solchen Zwangsexporten auf 132 Mio. Dollar²²⁴, was nach dem Vorkriegswchselkurs (1: 3,75) ca. **500 Mio. RM entspricht**.

Weit schwieriger als für die Westzonen ist eine Ermittlung der Gewinne möglich, die die Sowjetunion aus dem Export der SBZ gezogen hat.

²²² Vgl. BAP, E-2, Nr. 3a/Pakete 9 und 11

²²³ Vgl. Lentz, Manfred, a.a.O., S. 36 ff.; Barthel, Horst, a.a.O., S. 87

²²⁴ Vgl. Buchheim, Christoph, a.a.O., S. 95

Folgende Praktiken sind zu berücksichtigen:

- Export ostdeutscher Waren nach Westeuropa auf sowjetische Rechnung
- Rückerstattung der SBZ-Außenhandelserlöse in nationaler Währung und nicht in Devisen
- Unterbewertung der Exporte der SBZ/DDR in die Sowjetunion.

Vom DIW wurden die Preisdiskriminierungen im Export mit der Sowjetunion von 1947 bis 1956 auf 10 v.H. bis 25 v.H. geschätzt.²²⁵ Diese Werte finden Bestätigung durch zahlreiche quellenmäßig belegte Einzelbeispiele, wobei für einzelne Branchen noch weit höhere Preisdiskriminierungen nachweisbar sind, so im Schiffbau, für den nicht einmal 50 % der Gestehungspreise gezahlt wurden.²²⁶

*Außenhandel DDR – Sowjetunion 1950–1953*²²⁷

Jahr	Einfuhr in DM (Ost)	Ausfuhr in DM (Ost)	Einfuhr (in Rubel)	Ausfuhr (in Rubel)
1950	498,3	499,3	797,2	798,8
1951	1086,2	919,2	1303,4	1103,0
1952	1351,5	952,6	1621,8	1143,1
1953	1527,9	1444,7	1833,5	1733,6
1954	1014,5	1303,9	1826,1	2347,0
1955	938,1	1145,9	1688,5	2062,6
1956	1237,9	1265,1	2228,3	2277,2

Die Ausfuhr in die Sowjetunion belief sich von 1947 bis 1956 auf ca. 7,5 Mrd. DM (Ost). Das Jahr 1956 wurde bewußt als Eckdatum gewählt, da bis zu diesem Zeitpunkt die für die DDR ungünstigen Umrechnungsfaktoren Gültigkeit besaßen.

Bei einer Preisdifferenz von 10 v.H. entspräche dem ein Verlust von 0,80 Mrd. DM (Ost) und bei 25 v.H. ein Verlust von 2,0 Mrd. DM (Ost). Unter Zugrundelegung des Mittelwertes von 1,4 Mrd. DM (Ost) und eines Preisindex von 150 (1938 = 100) ergibt sich ein Außenhandelsverlust für die Zeit bis 1956 von ca. 0,7 Mrd. RM in Vorkriegspreisen. Unter Hinzurechnung der Verluste aus den sowjetischen Exportgeschäften mit Waren aus der SBZ in Drittländer kann der **direkte Außenhandelsverlust** mit mindestens **1 Mrd. RM** angegeben werden. Diese Schätzung bewegt sich an der unteren Grenze.

²²⁵ Vgl. Klinkmüller, Erich, Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1959, S. 36 ff.

²²⁶ Vgl. Lentz, Manfred, a.a.O., S. 85 f.

²²⁷ Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 242; Siedt, Veronika, Die Entwicklung des Außenhandels der DDR und sein Einfluß auf das Wachstumstempo der Industrie 1953 bis 1955/57, in: JWG 1988/4, S. 27 ff. (Die Umrechnung von Rubel in DM (Ost) erfolgte nach den im Statistischen Jahrbuch angegebenen Kursen.)

Nicht berücksichtigt wurden dabei die erheblichen Subventionen für die Exportindustrien der SBZ/DDR.

Da jedoch mögliche Preisvorteile der DDR beim Rohstoffbezug aus der Sowjetunion unberücksichtigt blieben und die Sowjetunion der DDR Anfang der 50er Jahre günstige Waren- und Valutakredite gewährte²²⁸, wäre eine einseitige Aufrechnung der Verluste unseriös.

Die ohnehin kaum noch nachvollziehbaren Preisfestsetzungen im RGW-Handel machen also eine gegenseitige Gewinn/Verlust-Rechnung nahezu unmöglich.

11.4. *Zusammenfassung*

Für den von uns zu untersuchenden Zusammenhang bleibt festzuhalten, daß vor allem bis 1950 und in abgeschwächter Form bis 1956 die ungünstige Preisgestaltung im Außenhandel zwischen der SBZ/DDR und der Sowjetunion für die ostdeutsche Wirtschaft zu Benachteiligungen und Verlusten führte.

Über die ungünstigen terms of trade erfolgte im wesentlichen bis 1950 ein Warenabzug aus der SBZ/DDR, der einer verdeckten Form von Reparationslieferungen nahe kam. In Zug des Kalten Krieges sah sich jedoch die Sowjetunion genötigt, die DDR wirtschaftlich zu stabilisieren und verzichtete teilweise (1950, 1953, 1957) auf die Fortschreibung diskriminierender Praktiken im Außenhandel.

12. *Intellektuelle Reparationen*

12.1. *Begriffsbestimmung*

Unter intellektuellen Reparationen wird die Mitnahme geistigen Eigentums in Form von Patenten, Blaupausen und wissenschaftlichen Arbeiten sowie die (weitgehend erzwungene) Beschäftigung deutscher Spezialisten im Ausland verstanden.

12.2. *Historischer Ablauf*

Neben den materiellen Verlusten aller Art begann unmittelbar nach Kriegsende auch die Entnahme geistigen Eigentums sowie die Verbringung von deutschen Wissenschaftlern. Die intellektuellen Reparationen, verschiedentlich auch als „unsichtbare Reparationen“ bezeichnet, lassen sich in ihren längerfristigen Wirkungen jedoch kaum beziffern. Sowohl die Amerikaner als auch die

228 Vgl. Neumann, Gerd, Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW, Berlin 1980, S. 137 ff.

Sowjets versuchten sie herunterzuspielen. Dabei war diese Reparationsform sehr wahrscheinlich wertvoller für die Sieger als sämtliche demontierten Anlagen.

Intellektuelle Reparationen für die USA

Die Mitnahme deutscher Spezialisten begann im Sommer 1945. Von den Amerikanern wurden allein aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ca. 2 000 Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure evakuiert. Die oft beschriebene Jagd nach deutschen Wissenschaftlern im Rahmen der Geheimdienstoperationen „Overcast“ und „Paperclip“ (Büroklammer) war auf amerikanischer Seite Teil eines weit größeren Programms zur Realisierung „unsichtbarer Reparationen“.²²⁹ Moralische Bedenken wegen des Umgehens der Entnazifizierungsgesetze standen dabei eindeutig hinter den militärischen und kommerziellen Interessen zurück.

Intellektuelle Reparationen für die Sowjetunion

Die Verbringung der Spezialisten erfolgte in drei großen Schüben. Der erste Schub zwischen Mai und September 1945 erfaßte hauptsächlich Spezialisten der Kernforschung. Der zweite mit Abstand größte Schub geschah mit der NKWD-Aktion „Ossawakim“ am 21./22.10.1946. Aus allen rüstungsrelevanten Bereichen der Wirtschaft der SBZ wurden dabei Spezialisten zwangsverpflichtet. Eine letzte Welle folgte schließlich im Februar 1947. Sie umfaßte einige Dutzend Chemieingenieure aus den Werken der ehemaligen IG Farbenindustrie AG.

Ein Bericht aus dem Leuna-Werk verdeutlicht die Hilflosigkeit selbst der sowjetischen Generaldirektoren gegenüber der NKWD-Aktion im Oktober 1946: „Während des ganzen 22. Oktober waren langwierige Verhandlungen zwischen russischer und deutscher Werksleitung mit der Absicht, zu erreichen, daß wenigstens die Betriebsleute von der Evakuierung befreit würden...Die russische Werksleitung hatte durchaus volles Verständnis für die Schwierigkeiten, hatte aber nicht die Möglichkeit, wohl auch nicht die Befugnis, in die Aktion einzugreifen, betonte aber ebenfalls, daß den Evakuierten in Rußland besonders günstige Verhältnisse bevorstehen...Im übrigen wäre die russische Werksleitung bereit, zusammen mit dem Werksleiter in Berlin vorstellig zu werden, um die Belassung wenigstens einiger Evakuierten in Leuna zu versuchen.“²³⁰

229 Vgl. Gimbel, John, Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford/California 1990

230 Werksarchiv der Leuna AG (LWA), Nr. 1195

Um das sowjetische Vorgehen zu bemänteln, bat die Zeitung „Tägliche Rundschau“ sogar „von weiteren Bewerbungen für eine Arbeit in der UdSSR Abstand zu nehmen,“ da der Bedarf an Wissenschaftlern nunmehr gedeckt sei.²³¹ Trotz solcher Propagandatricks bleibt festzuhalten, daß die meisten Spezialisten gegen ihren Willen in die Sowjetunion gebracht worden sind. Sofern es überhaupt zum Abschluß von Arbeitsverträgen kam, so geschah dies unter massivem Druck.²³²

Zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Vorgehen in bezug auf die deutschen Spezialisten bestanden eine Reihe von Ähnlichkeiten. Die Leitung der Operationen lag bei den Geheimdiensten, der Begriff „Kriegsbeute“ wurde sehr weit gefaßt, beide Besatzungsmächte drohten gegebenenfalls Zwang an, eine fachliche Prüfung der Spezialisten fand kaum statt, und eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit von deutschen Wissenschaftlern erfolgte nur selten.²³³

In der Sowjetunion wurden die deutschen Spezialisten verschiedenen Projekten und Arbeitsgruppen zugeordnet. Bereits die Arbeitsgebiete und die Anzahl der eingesetzten Gruppen lassen die eindeutige Konzentration auf die Rüstungsforschung erkennen.

*Arbeitsgruppen deutscher Spezialisten in der UdSSR*²³⁴

Arbeitsgebiet	Ort	Anzahl der Arbeitsgruppen
Kernforschung	Suchumi (Krim), Umgebung von.	10
Chemie	Leningrad, Umgebung von Moskau, Rubeshnoje	10
Luftfahrt	Podberezeje, Uprawlentscheski	9
Raketentechnik	Umgebung von Moskau und Leningrad, Insel Gorodomlija	8
Optik	Leningrad, Moskau, Kiew	6
Sonstige		16

Insgesamt sind zwischen 1945 und 1959 ca. 3 000 deutsche Spezialisten mit etwa 3 700 Angehörigen in der Sowjetunion tätig gewesen.²³⁵ Fast die Hälfte der Spezialisten waren Facharbeiter und Techniker. Herr Worm aus Dessau,

231 Vgl. „Tägliche Rundschau“, 3. November 1946

232 Vgl. Brief von Frau Passek (Dessau) vom April 1993 an Dr. Karlsch.

233 Vgl. Albrecht, Ullrich/Heinemann-Grüder, Andreas/Wellmann, Arend, Die Migration deutscher Naturwissenschaftler und Techniker in die Sowjetunion um 1945, Endbericht des DFG-Projekts, Berlin 1990, S. 72 f.

234 Vgl. ebenda, S. 77

235 Vgl. ebenda, S. 79 f. Diese Zahlen sind an Hand der von Dr. R. Karlsch ausgewerteten Akten der Garantie- und Kreditbank AG, die für die Lohnüberweisungen der Spezialisten zuständig war, überprüft worden. Nicht länger haltbar sind zeitgenössische Schätzungen, die von 25 000 bis über 100 000 verschleppten Spezialisten sprachen. (Vgl. z. B. Nettel, Peter J., a.a.O., S. 141)

ein Betroffener, schrieb dazu: „Unsere Ingenieure wären schön ins Schwitzen gekommen, wenn sie ihre deutschen Facharbeiter nicht zur Verfügung gehabt hätten. Es sind viele Einzelschicksale, manche davon sehr böse. Die Kleinen haben mal wieder dabei die Hauptlast getragen, man könnte annehmen, sie hätten den Krieg allein verloren.“²³⁶

Nahezu alle Spezialisten waren in der angewandten Forschung und Fertigung beschäftigt, was das Interesse der Sowjetunion an schnellen praktischen Ergebnissen verdeutlicht.

Die zahlenmäßig stärksten Gruppen wurden in der Luftfahrtforschung eingesetzt, dem folgten die Raketen- und die Kernforschung. Bestenfalls 1/4 der Spezialisten besaßen vorwiegend zivile Aufgaben.

Der Beitrag der deutschen Spezialisten für den Ausbau der sowjetischen Rüstungsindustrie und zivilen Industrie läßt sich kaum abschätzen. Soweit bisher bekannt, gingen die größten Impulse von den auf dem Gebiet der Atomphysik und der Raketenforschung tätigen Wissenschaftlern aus.

Von sowjetischer Seite galten die deutschen Naturwissenschaftler und Techniker in erster Linie als Fachleute und erst dann als Vertreter einer feindlichen Nation. In dieser Beziehung handelten die Sowjets völlig pragmatisch.

Was die Lebensverhältnisse der Spezialisten in der Sowjetunion anbelangt, so können sie nicht pauschal beurteilt werden. Je nach Arbeitsaufgabe und -ort gestaltete sich ihr Alltag sehr differenziert. Im Vergleich zu den meisten sowjetischen Fachkräften und Arbeitern waren aber die Deutschen materiell deutlich besser gestellt, was nach den Grausamkeiten des Krieges nicht unbeachtet bleiben darf.

Nicht selten führte aber das „unfreiwillige Exil“²³⁷ zu schweren Zwischenfällen. So starb 1950 der Leunaer Chemiker Dr. Herold unter ungeklärten Umständen in der Sowjetunion.²³⁸

Die psychischen Belastungen für die Spezialisten und ihre Angehörigen lassen sich nicht in Worte fassen. Herr Worm aus Dessau, ein Zeitzeuge, schrieb dazu: „Was wissen Sie von Selbstmord, Selbstmordversuchen, Fluchten und anderen Folgen.“²³⁹

236 Vgl. Brief von Walter Worm (Dessau) vom April 1993 an Dr. R. Karlsch.

237 LWA, Nr. 693

238 Es gehört zu den traurigen Kapiteln des DDR-Staates, in diesem Fall das Ministerium des Innern, das gegenüber Familienangehörigen von Spezialisten jegliche Auskünfte verweigert wurden. Die Frau von Dr. Herold (Leuna-Werk) wurde über den Tod ihres Mannes in der Sowjetunion lange im unklaren gelassen. Als sie die Aushändigung amtlicher Dokumente über den Tod ihres Mannes forderte, reagierte die Staatsmacht mit Repression durch das MfS und bezichtigte Frau Herold einer antisowjetischen Einstellung. (Vgl. BAP, G-2, Nr. 4)

239 Brief von Walter Worm (Dessau) vom April 1993 an Dr. Karlsch.

12.3. *Quellen und Schätzmethoden*

Der Versuch, die intellektuellen Reparationen zu quantifizieren, ist sehr problematisch. Der sowjetische Außenminister Molotow sprach von einem Gewinn von 10 Mrd. \$ seitens der USA und Großbritanniens. Demgegenüber räumte der amerikanische Außenminister Marshall lediglich 10 Mio. \$ als Zugewinn durch den Intelligenztransfer ein. Deutsche Quellen schätzten die Verluste durch „unsichtbare Reparationen“ auf 5 bis 20 Mrd DM, ohne dafür ausreichende Belege anzuführen.²⁴⁰ Die Spannweite dieser Angaben war politisch motiviert.

Neueste amerikanische Forschungen verdeutlichen nun, daß der tatsächliche Wert der intellektuellen Reparationen bisher unterschätzt wurde. Obwohl lange verleugnet, haben die Amerikaner aus Deutschland in großem Stil Reparationen in dieser Form erhalten.

Andererseits verdient aber das durch diese Art von Reparationspolitik entstandene neue Beziehungsgeflecht zwischen amerikanischer und deutscher Wirtschaft Beachtung, konnten doch durch die Tätigkeit in den USA bestimmte im Nachkriegsdeutschland existierende Forschungsverbote umgangen und neue Handelsbeziehungen angebahnt werden, was letztlich der deutschen Industrie zum Vorteil gereichte.

Eine Antwort auf die Frage, welche Folgen der Abzug von 3 000 Spezialisten durch die Sowjetunion für die Entwicklung der SBZ/DDR besaß, ist sehr schwer. Selbst wenn es keine Aktion „Ossawakim“ gegeben hätte, wäre für die Betroffenen eine Weiterarbeit an ihren Forschungsvorhaben in einer Reihe von Fällen nicht mehr möglich gewesen. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 vom 29. April 1946 „Zur Regelung und Überwachung der wissenschaftlichen Forschung“ untersagte ja jegliche Forschung auf den Gebieten der angewandten Atomphysik, der Aerodynamik, des Raketenantriebs und des Schiffbaus. Andere Gebiete standen unter Kontrolle und durften nur noch eingeschränkt betrieben werden. Zudem hatten die ausgedehnten Demontagen und Umbilden der Nachkriegszeit vielfach die materiellen Grundlagen für die Forschungstätigkeit zerstört. Aus diesen Gründen haben sich viele Spezialisten kaum gegen eine gut honorierte Beschäftigung im Ausland gewehrt.

Nach ihrer Rückkehr in die DDR klagten dann nicht wenige Spezialisten über schlechte Arbeitsbedingungen, die sie zu Hause wieder vorfanden.

12.4 *Zusammenfassung*

Der Abzug der besten Wissenschaftler und Ingenieure aus der SBZ durch die Alliierten, insbesondere durch die Sowjetunion, blieb nicht ohne Folgen für

²⁴⁰ Vgl. Harmssen, Gustav-Wilhelm, *Reparationen...*, Heft 1, a.a.O., S. 89; Volkmann, Ernst, *Verdeckte Reparationen*, Hamburg 1948, S. 86 ff.

die wirtschaftliche Entwicklung. Es stellte dies einen schweren Eingriff in das intellektuelle Potential der SBZ dar.

Hinzu kam die von ihrem Ausmaß her noch weit schwerwiegendere „Westwanderung“ ostdeutscher Fachkräfte. Unter diesen Bedingungen kann bis Anfang der 60er Jahre in der DDR nicht von einer Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung gesprochen werden. Das Innovationspotential der Wirtschaft nahm schweren Schaden.

Andere Formen von „intellektuellen Reparationen“ erhöhten diese Verluste. Dazu zählten die Auftragsforschungen für sowjetische Behörden, die Nutzung deutscher Patente und Warenzeichen, die Zahlung von Lizenzgebühren an die SAG²⁴¹ sowie die kostenlose Abgabe von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an sowjetische Betriebe²⁴². Daraus entstand über den Reparationszeitraum hinaus eine Praxis, die der Wirtschaft der DDR einen nicht quantifizierbaren Schaden zufügte.

13. *Auslandsvermögen*

13.1. *Begriffsbestimmung*

Das Auslandsvermögen wurde im Kontrollratsgesetz Nr. 5 im weitesten Sinne definiert. Es umfaßte dingliche und obligatorische Berechtigungen aller Art, Beweismittel, Verträge, Urteile, alle gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte sowie dasjenige Vermögen, das nur treuhänderisch übertragen oder zum Schein verschenkt worden war.²⁴³

13.2. *Historischer Ablauf*

Nach Beendigung des Krieges wurde in den kriegführenden Staaten und auch in neutralen Ländern das deutsche Eigentum eingezogen. Der Erlös war hauptsächlich zur Tilgung der deutschen Reparationsschulden bestimmt. Die Einziehung des deutschen Auslandsvermögens bezweckte aber auch die Eliminierung des deutschen Konkurrenzpotentials.

Im Potsdamer Abkommen war die Verwendung der deutschen Vermögenswerte im Ausland für Reparationszwecke festgeschrieben worden. Die Sowjetunion erhielt die deutschen Vermögenswerte in Bulgarien, Finnland, Rumänien Ungarn und dem östlichen Teil Österreichs, die westlichen Alliierten

241 Im Patentgesetz von 1950 wurde nach einem Einspruch des Hohen Kommissars die Bevorrechtung der SAG-Betriebe ausdrücklich festgeschrieben. (Vgl. StAPMO, ZPA, Nachlaß Ulbricht 182/FBS 1194, Bl. 30 ff.)

242 Vgl.: Neumann, Gerd, a.a.O.

243 Vgl. Kontrollratsgesetz Nr. 5, Übernahme und Erfassung des deutschen Volksvermögens im Ausland vom 30. Oktober 1945, Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945, S. 27

solche in allen übrigen Staaten. Eine beim Kontrollrat gebildete „Kommission für das deutsche Auslandsvermögen“ sollte die genaue Aufteilung der Vermögenswerte regeln. Im Zuge des Kalten Krieges wurde diese Kommission jedoch handlungsunfähig.

Entsprechend dem Kontrollratsgesetz Nr. 5 sind auch die deutschen Warenzeichen in den meisten Ländern beschlagnahmt oder vorübergehend unter Kontrolle gestellt worden.

13.3. *Quellen und Schätzmethoden*

Im Zuge der Vorarbeiten am Reparationsschädengesetz wurde die Gesamtsumme der deutschen Auslandsverluste ermittelt und für die Westzonen mit **13 Mrd. RM** beziffert.²⁴⁴ Die gleiche „Auslandsvermögensdichte“ für die SBZ unterstellt, ergäbe einen Betrag von **4 Mrd. RM**. Der letztgenannte Betrag ist aber eher zu hoch als zu niedrig angesetzt, so daß der **Gesamtverlust**, berechnet in Preisen des Jahres 1939, weniger als **17 Mrd. RM** betragen haben dürfte.

Eine Aufteilung dieser deutschen Auslandsverluste auf West- und Ostdeutschland ist jedoch, ebenso wie für die „intellektuellen Reparationen“, wenig sinnvoll, da es sich um eine gesamtdeutsche Schuld handelte. Es erfolgt deshalb keine getrennte Erfassung und Berechnung. Eine Aufnahme dieser Werte in die Schlußbilanz ist somit ebenfalls nicht möglich.

14. *Bilanz und Vergleich*

14.1. *Schlußbetrachtung*

Das Problem der Reparationen stellte sich aus der Sicht von Siegern und Besiegten sehr verschieden dar. Für die Sowjetunion ging es um die Demilitarisierung Deutschlands und möglichst hohe Reparationsleistungen. Ihr Bedarf nach Gütern aller Art war angesichts der eigenen elenden Lage nahezu unbegrenzt. Die ungeheuren Menschenopfer und materiellen Schäden waren ohnehin nicht wiedergutzumachen. Zudem mußte es als ein Gebot der Gerechtigkeit erscheinen, dem besiegten Gegner nicht mehr zum Leben zu belassen, als man selber hatte.²⁴⁵ Die Reparationen nahmen daher in der sowjetischen Nachkriegspolitik einen hohen Stellenwert ein. Sie waren der Schlüssel zum Verständnis der sowjetischen Deutschlandpolitik.

244 Vgl. Cornelsen u. a., Doris, a.a.O., S. 124 ff.

245 Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., S. 38

Der Höhepunkt und zugleich Wendepunkt alliierter Interessenübereinstimmung wurde auf der Konferenz in Jalta im Februar 1945 erreicht. Solange Deutschland als Hauptgefahr galt, war seine Schwächung oberstes Ziel. Diese gemeinsame Stoßrichtung manifestierte sich in den amerikanischen und sowjetischen Demontageplanungen, die nach Kriegsende zumindest teilweise in der Besatzungspolitik ihre Umsetzung fanden.

Nach der Jaltaer Konferenz entwickelte sich die so ungleiche Koalition nahezu zwangsläufig auseinander. Das entscheidende Bindeglied dieser Koalition, der gemeinsame Gegner, existierte seit dem Mai 1945 nicht mehr.

Der sich nach Kriegsende rasch entfaltende Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Westmächten beeinflusste die Entwicklung in den Besatzungszonen entscheidend. Nahezu jeder Schritt der einen Seite forderte die Reaktion der anderen Seite heraus. Die meisten grundsätzlichen Entscheidungen in der sowjetischen Besatzungspolitik, wie z.B der teilweise Demontagestopp im Mai 1946, die Bildung von SAG im Sommer 1946, die Aktion „Ossawakim“ im Oktober 1946 oder die Aussetzung des Industrieniveauplans im Januar 1947, sind nur im Kontext der West-Ost-Konkurrenz verständlich.

Die bei den Westalliierten vorherrschende Befürchtung, sehr hohe Reparationsverpflichtungen könnten nicht erfüllt werden bzw. müßten zu Transferproblemen führen, haben sich nicht bestätigt. Die Sowjetunion entnahm allein aus der SBZ/DDR mehr Reparationen, als sie ursprünglich von ganz Deutschland gefordert hatte, ohne daß es zum Wirtschaftskollaps kam. Aus Sicht der Sowjetunion kann ihre Reparationspolitik mit einiger Berechtigung als erfolgreich charakterisiert werden.²⁴⁶ Den Preis dafür hatte die Bevölkerung der SBZ/DDR zu zahlen.

Daß derart hohe Reparationsentnahmen überhaupt möglich waren, hing entscheidend mit der Installation des Besatzungsregimes zusammen. „Wer sehr hohe Reparationen will, muß sie selber eintreiben und kann sich nicht ausschließlich auf Gehilfen im Schuldnerland verlassen.“²⁴⁷ Diese Aussage findet ihre indirekte Bestätigung durch die geschilderten vielfachen deutschen Versuche, mäßigend auf die SMAD einzuwirken. Nur eine kleine Minderheit, zumeist aus dem Moskauer Exil kommender kommunistischer Funktionäre mit Ulbricht an der Spitze, stellte sich vorbehaltlos hinter die sowjetische Reparationspolitik.

Aus den Darlegungen in den vorangegangenen Kapiteln lassen sich drei Phasen der sowjetischen Reparationspolitik ableiten.

Die **erste Phase (März 1945-Sommer 1946)** war durch die Trophäenaktion, wilde Demontagen und Entnahmen charakterisiert, die einer Fortsetzung des Krieges auf ökonomischem Gebiet nahe kamen. Der verhaßte Feind

246 Vgl. Nettel, Peter J., a.a.O.

247 Fisch, Jörg, a.a.O., S. 253

sollte weitgehend geschwächt werden. Rudimente dieser Politik wirkten noch längere Zeit nach.

Andererseits bahnte sich bereits seit dem Herbst 1945 ein Umschwung in der sowjetischen Reparationspolitik an. Entscheidend dafür waren der geringe Nutzen der ersten Demontageaktionen, die Konkurrenzsituation zu den Westmächten und der Pragmatismus der SMAD-Führung, die ein wirtschaftliches Chaos verhindern wollte.

Die **zweite Phase** der Reparationspolitik **begann im Sommer 1946** mit der Bildung der SAG und **endete Mitte 1950** mit dem Teilerlaß der Reparationen. An einem Ruin ihrer Besatzungszone konnte die Sowjetunion kein Interesse haben. Deshalb mußte sie zu gemäßigteren Formen der Reparationsentnahmen übergehen. Eindeutig im Mittelpunkt standen von nun an die Entnahmen aus der laufenden Produktion, insbesondere der Wismut-Bergbau.

In der **dritten und letzten Phase von 1951 bis 1953** blieben die absoluten Belastungen durch Reparationen weitgehend konstant, während sie relativ deutlich abnahmen.

An dem Abhängigkeitsverhältnis der SBZ/DDR von der Sowjetunion änderte sich durch die Herabsetzung der Reparationen nur wenig. Es resultierte nicht primär aus den Reparationen, sondern aus der nahezu totalen politischen Dominanz der Sowjetunion. Sie konnte seit Anfang der 50er Jahre zu weniger direkten Formen der wirtschaftlichen Durchdringung Osteuropas und der DDR übergehen, ohne Gefahr zu laufen, ihre Vormachtstellung zu gefährden. Wichtiger als die Bewahrung eines direkten Einflusses (SAG-Betriebe, Reparationspläne) in der Wirtschaft der DDR war nunmehr die längerfristig angelegte Nutzung des ostdeutschen Potentials für den sowjetischen Industrialisierungs- und Rüstungsbedarf. An die Stelle der Reparationspläne traten große Handelsabkommen. Die wechselseitigen Abhängigkeiten – die DDR war ohne sowjetische Rohstofflieferungen nicht existenzfähig, und die Sowjetunion benötigte Industriegüter aus der DDR – sind durch die Reparationslieferungen zweifellos erheblich gewachsen. Die Tatsache der hohen Reparationen gab der SBZ/DDR schlechthin ein Gewicht, das nicht ohne politische Folgen blieb und ihre Handlungsspielräume erweiterte, allerdings die Dominanz des Gläubigers substantiell nicht in Frage stellte.

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Reparationsleistungen der SBZ/DDR lassen sich erst im Zusammenhang mit den Ausgangsbedingungen ermitteln. Von ihren ursprünglichen Voraussetzungen her, erinnert sei nur an die hochentwickelte mitteldeutsche Industrie und die vergleichsweise günstige Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten, besaß die SBZ gegenüber den Westzonen eher die etwas besseren Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Auch die Kriegszerstörungen waren in Westdeutschland etwas größer. Zudem wies die Wirtschaftspolitik der Besatzungsmächte bis 1947 durchaus eine Reihe von formalen Ähnlichkeiten auf. In allen vier Zonen wurden aus

der Kriegszeit stammende Bewirtschaftungs- und Kontingentierungsmechanismen nicht abrupt abgeschafft, sondern in veränderter Form beibehalten. In den Zeiten extremer Not war dies zwingend. Die wenigen noch produzierten Güter sollten im Interesse des physischen Überlebens der Bevölkerung möglichst gleichmäßig verteilt werden. Die stärkste Ausprägung fand das Bewirtschaftungs- und Befehlssystem in der französischen und in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Befehlswirtschaft der SMAD vermochte es, eine „Enthortung“ zu erzwingen, Prioritäten bei der Ressourcenallokation zu setzen und die wirtschaftlichen Aktivitäten auf die größten Engpässe zu lenken.

Bis Anfang 1948 blieb die industrielle Entwicklung in der SBZ nicht hinter der in den Westzonen zurück.²⁴⁸ Die Wiederingangsetzung der Industrie kam sogar etwas schneller voran, was vor allem auf die Trendwende in der sowjetischen Reparationspolitik seit Mitte 1946 und die damit verbundenen Bemühungen zur Steigerung der Industrieproduktion zurückzuführen war. Die negativen Seiten der Befehlswirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren – erinnert sei nochmals an die Zwangseinweisungen von Arbeitskräften bei der Wismut AG, die Abstrafung von Unternehmern und die Verschleppung deutscher Spezialisten – dürfen dabei allerdings nicht übersehen werden.

Trotz der erlittenen Verluste und starker Widerstände gegen den beginnenden Transformationsprozeß der Wirtschaft wuchs die Produktion in der SBZ beachtlich. Unter den Bedingungen dieser Jahre – Hunger, fehlender Wohnraum, Mangel und Knappheit auf nahezu allen Gebieten – können die Leistungen der Menschen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wenn dennoch die Entwicklung in der SBZ seit Anfang 1948 und deutlicher sichtbar seit den separaten Währungsreformen, hinter der Entwicklung in den Westzonen zurückblieb, so besaß dies andere Ursachen.

Zu nennen sind mehrere Faktoren, deren Wirkungen sich wechselseitig verstärkten. Die Demontagen von 1/3 der 1945 vorhandenen industriellen Kapazitäten beeinträchtigten den Wiederaufbau längerfristiger und nachhaltiger als die unmittelbaren Kriegszerstörungen. Die bereits 1945 beginnenden Entnahmen aus der laufenden Produktion und der damit verbundene Aufbau von Reparationsindustrien entzogen der SBZ/DDR einen großen Teil der Mittel für den Wiederaufbau.

Die Teilung Deutschlands und die Gebietsabtretungen hatten eine organisch gewachsene Arbeitsteilung zerstört, mit besonders nachteiligen Konsequenzen für den kleineren Teil. Dadurch stieß die Rumpfwirtschaft der SBZ spätestens 1948 an die Grenzen ihrer industriellen Feinstruktur. Hinzu kamen systembedingte Defizite, wie insbesondere fehlende Marktmechanismen und

248 Vgl. Abelshäuser, Werner, a.a.O., S. 34

mangelnde persönliche Motivation, die aus der beginnenden Übernahme des planwirtschaftlichen Modells sowjetischer Prägung resultierten.

Ganz entscheidend, allerdings nicht quantifizierbar, dürfte der weitgehende Weggang der Wirtschaftseliten gewesen sein. Die Unternehmensgeschichten vieler westdeutscher Firmen belegen für die 50er Jahre und später die überragende Bedeutung des human capital. Die Management-Konfiguration war oftmals wichtiger als der über den Krieg hinweggerettete Kapitalstock. In dieser Hinsicht ging in der SBZ vor allem von der Verschleppung von Spezialisten im Zuge der Aktion „Ossawakim“ eine fatale Langzeitwirkung aus. Das Innovationspotential der Wirtschaft der SBZ nahm schweren Schaden. Hinzu kam die bewußt herbeigeführte schrittweise Ruinierung des Mittelstandes.

Es waren folglich nicht allein die Demontagen und die Lieferungen aus der laufenden Produktion, die noch vor der doppelten Staatsgründung zu deutlichen Rückständen der SBZ gegenüber den Westzonen führten. Dennoch kam unter den genannten Faktoren den Reparationen zumindest bis 1950 das größte Gewicht zu.

Die hohen einmaligen Vermögensverluste und der Abfluß großer Teile des Bruttosozialproduktes mußten in der vergleichsweise kleinen Rumpfwirtschaft der SBZ zu Substanzverlusten und einer Beeinträchtigung des Lebensstandards führen.

Eine Quantifizierung der Verluste und ein Vergleich beider Teile Deutschlands wird im folgenden Abschnitt vorgenommen.

14.2. *Offizielle sowjetische Rechnungen und ihre Grenzen*

Da sich die Alliierten nicht auf eine feste Summe für ihre Reparationsforderungen einigen konnten, ist Deutschland als Ganzes auch nie mit einer konkreten Forderung konfrontiert worden. Strenggenommen sind somit vereinbarte und tatsächliche Leistungen nicht zu vergleichen.

Als Bezugsgröße für die Leistungen der SBZ/DDR können die von der Sowjetunion immer wieder geforderten 10 Mrd. \$ gelten.

Im Januar 1948 legte die sowjetische Reparationskommission dem ZK der KPdSU (B) einen **Reparationsbericht** vor. Darin wurden die vom 2.8.1945 (!) bis 1.1.1948 erhaltenen Leistungen auf 2,675 Mrd. Dollar beziffert.

Zum Zweck der Vergleichbarkeit müßte der in Rechnung gestellte Wechselkurs zwischen Dollar und Reichsmark bekannt sein. Welchen Kurs die sowjetische Reparationskommission ihren Berechnungen zugrunde legte, war nicht genau zu ermitteln.²⁴⁹ Ab 1951 wurden die Lieferungen aus der laufenden Produktion

²⁴⁹ Laut E. Pauley, Leiter der amerikanischen Reparationskommission, wurde im Juni 1945 ein Kurs von 1:2,5 vereinbart. Auf der Konferenz von Potsdam sprach die sowjetische Seite von 1:3,5. Das sowjetische Handbuch „Die Währung der Länder der Erde“, (russ.) Moskau 1976, Stichwort „DDR“,

zu einem fiktiven Kurs von ungefähr 1 \$: 5 DM (Ost)²⁵⁰ und die Uranlieferungen zu einem Kurs von 1 \$: 11 DM (Ost) verrechnet. Allerdings hielt es die Sowjetunion gegenüber der DDR bis Ende 1953 nicht für nötig, einen verbindlichen Kurs für die Umrechnung der Reparationsleistungen bekanntzugeben.

Infolge dieser Unklarheiten ist eine Abrechnung auf Dollar-Basis mit großen Fehlerquellen behaftet.

*Offizielle sowjetische Rechnung von August 1953*²⁵¹

10 000 Mio. \$	ursprüngliche Reparationsforderung
6 342 Mio. \$	Rest Ende 1950
3 658 Mio. \$	bis Ende 1950 gezahlt

3 171 Mio. \$	(50 % von 6 342) 1950 erlassen
3 171 Mio. \$	Restforderung 1950
2 537 Mio. \$	1953 erlassen
634 Mio. \$	1950 bis 1953 gezahlt

4 292 Mio. \$ insgesamt gezahlt (in Weltmarktpreisen des Jahres 1938)

Von der Gesamtsumme entfielen auf:

Demontagen	1 484 Mio. \$
Lieferungen aus der laufenden Produktion	2 808 Mio. \$.

Je nachdem welcher Wechselkurs in Rechnung gestellt wird, ergeben sich die folgenden fiktiven Werte:

fiktive Durchschnittskurse

Summe	1:2,5	1:3,5	1:5	1:10
4,292 Mrd. \$	10,73 Mrd.	15,02 Mrd.	21,46 Mrd.	42,92 Mrd.

Die offiziell von der Sowjetunion genannten Zahlen sind immer wieder in Zweifel gezogen worden. Sie stimmen jedoch, bei Berücksichtigung der 1950 neu festgesetzten Umrechnungskurse, mit den Angaben des Amtes für Reparationen weitgehend überein.

erwähnt einen Kurs von 1 Dollar = 10 Reichsmark. Diese Angabe ist nicht überprüfbar und bezieht sich nur auf die Zeit bis zur Währungsreform 1948. Zudem widerspricht sie den zitierten Rechnungen der sowjetischen Reparationskommission. Ungeachtet dessen hat sich die DDR-Seite im Vorfeld der Gespräche zwischen Brandt und Stoph 1970 auf einen Kurs von 1:10 bezogen. Dadurch wurde die mit Sicherheit zu niedrig ausgewiesenen offizielle sowjetische Rechnung, nach der die SBZ/DDR Reparationsleistungen in Höhe von 4,2 Mrd \$ erbracht hatte, auf 42 Mrd. DM (Ost) „aufgewertet“.

²⁵⁰ Das Handbuch „SBZ von A bis Z“ geht ausschließlich von einem Kurs von 1:2,5 aus. Das 1975 veröffentlichte DDR-Handbuch legt einen Kurs von 1:4,2 zugrunde, ohne dafür eine Begründung zu liefern.

²⁵¹ Vgl. Keesings Archiv vom 23.8.1953, S. 4129

In den offiziellen Zahlen sind allerdings die wesentlich höheren Gestehungskosten für die Reparationsproduktion sowie sämtliche Nebenkosten nicht enthalten. Auch das ist aus sowjetischer Sicht verständlich. Die tatsächlichen Aufwendungen der SBZ/DDR waren für die Sowjetunion nebensächlich. Für sie zählten letztlich nur die zur Verfügung stehenden Güter. Daß diese zudem möglichst niedrig bewertet wurden, sollte nicht verwundern.

Nicht enthalten sind außerdem die Besatzungskosten, ebenso wie die beschlagnahmten Auslandsguthaben wurden sie nur zu einem kleinen Teil ihres tatsächlichen Wertes verrechnet.

In einer Gesamtrechnung müssen daher eine Reihe weiterer Einzelpositionen berücksichtigt werden, die keine Aufnahme in den offiziellen Rechnungen fanden.

14.3. Bilanz der wichtigsten von der SBZ/DDR getätigten Leistungen

Auf der Grundlage der Ausführungen in den vorangegangenen Kapiteln und weiterer Berechnungen wurde die folgende Übersicht zusammengestellt.

Summe der Reparationsleistungen, aufgeschlüsselt nach Jahren (Angaben in Mio. RM/DM (Ost), lfd. Preise)²⁵²

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8
1945	2000	500	100	-	-	1000	-	3600
1946	3000	1500	1000	500	96	2500	100	8696
1947	1000	2000	1500	600	413	2500	100	8113
1948	100	2200	1580	500	647	-	100	5127
1949		2182	1690	500	763		100	5235
1950		2121	2080	500	1081		200	5982
1951		2100	1170	400	1594	600	200	6064
1952		2094	1111	250	1434	600	200	5689
1953		2099	1150	250	1275	550	100	5424
Summe	6100	16796	11480	3500	7303	7750	1100	53930

Legende:

1. Demontagen
2. Besatzungskosten
3. Lieferungen aus der laufenden Produktion, einschließlich aller Nebenkosten und Preiserhöhungen
4. indirekte Reparationslieferungen der SAG auf das Konto Gewinne und Pachten sowie Geschäfte sowjetischer Handelsgesellschaften
5. Aufwendungen der Wismut AG

²⁵² Die Tabelle beruht auf den Angaben in den vorangegangenen Kapiteln.

6. 1945: Trophäenaktion, 1946–47: Besatzungs- und Beutegeld; 1951–53 Rückkauf der SAG-Betriebe
7. Außenhandelsverluste
8. Summe

Die Tabelle weist erhebliche methodische Unzulänglichkeiten auf, da einmalige Entnahmen (Demontagen und Trophäenaktion) mit anerkannten und nicht anerkannten laufenden Leistungen zusammengefaßt wurden. Deshalb kann die Summe von ca. 54 Mrd. RM/DM (Ost), der noch ca. 1 bis 2 Mrd. RM für die Mitnahme von geistigem Eigentum hinzuzufügen wäre, nicht ohne weiteres in Dollar umgerechnet werden.

Je nach den volkswirtschaftlichen Wirkungen und dem jeweiligen Zeitraum müssen deshalb die einzelnen Leistungskategorien zu verschiedenen Dollarkursen (1:3,33; 1: 3,75; 1: 5) bewertet werden.²⁵³

Somit hat die SBZ/DDR für **ca. 14 Mrd. Dollar** (in Preisen von 1938) Reparationen und Besatzungskosten geleistet. Andere Autoren, so Köhler und Fisch, kommen auf Grundlage anderer Schätzmethode auf ca. 16,3 Mrd. Dollar, wobei sie ab 1951 von einem für die DDR zu günstigen Dollarkurs ausgingen.²⁵⁴ Ältere Berechnungen weisen demgegenüber oft einen deutlichen Trend zur (bewußten) Überschätzung der Reparationen auf.²⁵⁵

Die nunmehr auf Grundlage erstmals erschlossener Archivalien berechnete Summe von ca. 54 Mrd. RM/DM (Ost) zu laufenden Preisen bzw. ca. 14 Mrd. \$ zu Preisen des Jahres 1938 ist eine Mindestangabe. Positionen, die nicht einwandfrei belegt werden konnten, sind dabei nur sehr vorsichtig bewertet worden.

Selbst unter Berücksichtigung ungünstiger Wechselkurse bleibt festzuhalten, daß die SBZ/DDR allein mehr Reparationen aufbringen mußte, als eigentlich von der Sowjetunion gefordert, daß heißt ohne Besatzungskosten 10,4 Mrd. Dollar. Die Sowjetunion überzog somit ihr Reparationskonto, obwohl ihre Abschlußrechnung genau das Gegenteil belegen sollte.

Die vorliegende Untersuchung ergab aber auch, daß die Reparationsleistungen der SBZ/DDR bisher von der Forschung eher zu hoch als zu niedrig veranschlagt wurden. Reparationsleistungen von ca. 100 Mrd. RM/DM bis 1953, wie noch in neuesten Veröffentlichungen²⁵⁶ behauptet, hätte die durch

253 Ein Teil der Reparationsleistungen, wie etwa die Dienstleistungen für die Besatzungstruppen, konnte nicht zu einem offiziellen Dollarkurs umgerechnet werden, da es sich hierbei um Güter bzw. Leistungen handelte, die ohnehin nicht auf dem Weltmarkt realisierbar waren. Für die Jahre von 1949 bis 1953 wurde nicht der zwischen \$ und DM (West) geltende Kurs von 1: 4,2, sondern der vom AfR mit 1 \$ gleich 5 DM (Ost) ausgewiesene Kurs verwendet.

254 Vgl. Köhler, Heinz, a.a.O., S. 24 ff.; Fisch, Jörg, a.a.O., S. 196 f.

255 Die höchste Schätzung von Esche kommt auf über 80 Mrd. Dollar bis 1948 (!) und entbehrt jeder Grundlage. (Vgl. Esche, Harald, a.a.O., S. 45) Doch auch die Berechnungen des Sopade-Informationsdienstes und des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen sind nicht länger haltbar.

256 Vgl. Merkel, Wilma/Wahl, Stefanie, *Das geplünderte Deutschland – Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989*, Bonn 1991

den Krieg und die Teilungsfolgen geschwächte Wirtschaft der SBZ/DDR wohl kaum ertragen.

14.4. *Vergleich der Reparationsleistungen beider Teile Deutschlands*

Ein Vergleich der Kriegsschäden und Nachkriegslasten beider Teile Deutschlands kann nunmehr abschließend anhand einer Gegenüberstellung aller Einzelpositionen vorgenommen werden. Dabei wurden unter A) die einmaligen Substanzverluste, unter B) die laufenden Leistungen und unter C) Substanzverluste und laufende Leistungen zusammen analysiert.

A) *Substanzverluste (in Mrd. RM, Preisbasis 1944)*²⁵⁷

	Bundesrepublik	DDR
Kriegssachschäden	40,50	12,70
Beuteaktionen	0,20	1,00
Demontagen	2,70	6,10
Insgesamt	43,40	19,80

Die einmaligen Substanzverluste müssen am vorhandenen Volksvermögen gemessen werden.

Substanzverluste des Volksvermögens

	Bundesrepublik	DDR
Volksvermögen einschl.		
Investitionssaldo (Stand 1939)	270,2 Mrd. RM	107,0 Mrd. RM
Kriegssachschäden	15 v.H.	11,9 v.H.
andere Vermögensverluste	1 v.H.	6,6 v.H.
Vermögensverluste insg.	16 v.H.	18,5 v.H.

Hielten sich die Kriegssachschäden in beiden Teilen Deutschlands nahezu die Waage, wobei die Zerstörungsquote in den Westzonen etwas höher lag als in der SBZ, so war der Osten von den Beuteentnahmen und insbesondere von Demontagen ungleich stärker betroffen als der Westen. Insofern vermittelt die bloße Bilanz der Substanzverluste noch kein hinreichendes Bild vom Ausmaß der Deindustrialisierung im Osten Deutschlands.

Stellen wir jedoch, gemessen am Stand von 1944, die Verminderung der Kapazitäten durch Demontagen gegenüber, so wird die bereits zwischen 1945 und 1948 entstehende Kluft sehr deutlich. In den Westzonen gingen ca. 3 % der

²⁵⁷ Vgl. Cornelsen, Doris u. a., a.a.O. S. 230 sowie eigene Berechnungen. Die folgenden Tabellen beruhen ebenfalls auf diesen Quellen.

industriellen Kapazitäten durch Demontagen verloren, in der SBZ ca. 30 %. Bei den Demontagen ergibt sich somit eine Relation von ca. 1 : 10.

Selbst dieser enorme einseitige Verlust hätte bei Fortbestehen der Einheit Deutschlands in überschaubaren Zeiträumen ausgeglichen werden können. Unter den konkreten Existenzbedingungen der SBZ/DDR war dies nicht möglich. Zwar hing das Wirtschaftswachstum in den ersten Nachkriegsjahren weniger von den verfügbaren Kapazitäten, sondern mehr von den Rohstoffbezügen und Transportkapazitäten ab, doch die „Spätfolgen“ der Demontagen wuchsen sich in den 50er Jahren zu erheblichen Wachstumshemmnissen aus. In einzelnen Bereichen (Transportwesen) konnten sie bis zum Ende der DDR nicht gänzlich überwunden werden.

Die Reduzierung des Kapitalstocks in der SBZ gewann durch den systematischen Entzug der Mittel zum Wiederaufbau infolge der Lieferungen aus der laufenden Produktion noch an Gewicht, wie mit der folgenden Tabelle nachgewiesen wird.

B) Laufende Leistungen (in Mrd. RM Preisbasis 1944)

a) ohne Besatzungskosten

	Bundesrepublik	DDR
Entnahmen aus der laufenden Produktion	–	10,00
Rückkauf der SAG-Betriebe	–	1,10
Wismut AG	–	4,50
Außenhandelsverluste	0,50	1,00
Besatzungsgeld	0,62	3,10
Zwischensumme	1,12	19,70

b) einschließlich Besatzungskosten

Besatzungskosten	33,30	12,00
Gesamtsumme	34,42	31,70

Die Belastungen durch laufende Leistungen gemessen am Bruttosozialprodukt (in Mrd. Mark/Preisbasis 1944)

	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953
DDR									
BSP		12,7	14,6	16,4	18,1	19,6	21,9	23,9	25,6
Leistungen	3,6	6,2	5,6	5,1	3,6	3,6	3,6	3,5	3,3
in %	.	48,8	38,4	31,1	19,9	18,4	16,4	14,6	12,9
Bundesrep.									
BSP		29,3	35,7	44,7	55,4	62,3	68,8	75,2	81,7
Leistungen	1,7	4,3	4,6	4,0	3,3	3,6	5,0	4,6	3,1
in %	.	14,6	12,8	9,0	6,0	5,8	7,1	6,0	3,8

Die unterschiedliche Belastung zeigt sich deutlich im Anteil am Bruttosozialprodukt (BSP), der für die jeweilige Besatzungsmacht bereitgestellt werden mußte. In der SBZ erreichte dieser Anteil 1945/46 fast 50 v.H. des BSP, bis 1949 über 30 v.H., und er lag danach im Durchschnitt immer noch bei ca. 15 v. H. Es steht somit außer Zweifel, daß die SBZ eine enorme Leistung erbringen mußte.

Bei einem Vergleich der laufenden Leistungen müssen allerdings die im Untersuchungszeitraum gewährten Auslandshilfen berücksichtigt werden. Nennenswerte Unterstützungen hat die SBZ/DDR nicht erhalten. Der späteren Bundesrepublik standen hingegen umfangreiche öffentliche und private Auslandshilfen zur Verfügung. Buchheim hat die Belastungen und Auslandshilfen gegenübergestellt und kommt zu dem Schluß, daß trotz eines westdeutschen Negativsaldos von 3,1 Mrd. \$ die Bilanz für die Bundesrepublik eher positiv ausfällt, kam es doch in der Nachkriegszeit vor allem auf die Verfügbarkeit von Devisen für den Import an.²⁵⁸ Die Dollarhilfe sicherte der westdeutschen Bevölkerung das physische Überleben, später ermöglichte sie auch den Import industrieller Rohstoffe und den Erfolg der Währungs- und Bewirtschaftungsreform. „Angesichts dieser enormen Bedeutung der Auslandshilfe für Westdeutschland muß man die dem Land auferlegten unentgeltlichen Transfers als im Vergleich sekundär einstufen.“²⁵⁹

Die laufenden Leistungen der SBZ/DDR stellten demgegenüber eine ungleich größere Belastung dar. Nicht nur, daß es keinerlei Kompensation über Auslandshilfen gab, auch die von den Reparationen ausgehenden Negativwirkungen können erst im Kontext mit den anderen teilungsbedingten und überwiegend einseitigen Lasten bewertet werden. Die Spaltungsfolgen und Außenhandelsprobleme, der Weggang der Eliten, die negativen Wirkungen der Systemtransformation und die Reparationslasten, dies waren jene Prozesse, die sich überlagerten und wechselseitig die wirtschaftlichen Probleme verstärkten.

Insofern war die DDR weder quantitativ noch qualitativ in der Lage, bis Anfang der 50er Jahre den Vorkriegsstand der Produktion zu erreichen. Einzelne Negativwirkungen des Reparationstransfers reichten weit über das Jahr 1953 hinaus.

258 Vgl. Buchheim, Christoph, a.a.O., S. 96

259 Ebenda, S. 98 f.

C) *Substanzverluste und laufende Leistungen bis 1953*

	Bundesrepublik	DDR
Substanzverluste	43,40	19,80
laufende Leistungen	34,42	31,70
Insgesamt	77,82	51,50

Eine Addition von Substanzverlusten und laufenden Leistungen ist methodisch nicht einwandfrei, weil die unterschiedlichen Zeithorizonte und Bewertungsmethoden dabei vernachlässigt werden. Dennoch soll auf eine solche Zusammenfassung nicht verzichtet werden, wobei die angeführten Zahlen nur eine Annäherung an die volkswirtschaftlichen Dimensionen des Problems ermöglichen. In der Tendenz weisen sie die Belastungen des kleineren Teils von Deutschland eher noch zu niedrig aus.

Ein solcher Belastungsvergleich muß in Form eines Pro-Kopf-Vergleichs vorgenommen werden. Die beträchtlichen Wanderungsbewegungen sind dabei nicht erfaßt worden. Es wurde deshalb für die Zeit von 1945 bis 1953 auf Durchschnitts-Einwohnerzahlen zurückgegriffen. Demnach lebten in den Westzonen/Bundesrepublik 48,3 Mio. und in der SBZ/DDR 18,5 Mio. Menschen.

Substanzverluste und laufende Leistungen je Einwohner (RM, in Preisen des Jahres 1944)

	Bundesrepublik	DDR	Insgesamt
Substanzverluste	899	1027	1926
Laufende Leistungen insgesamt	713	1997	2710
Laufende Leistungen ohne Besatzungskosten	23	1349	1372

Gesamtbelastung für Deutschland = 100

	Bundesrepublik	DDR
Substanzverluste	47	53
Laufende Leistungen	26	74
Laufende Leistungen ohne Besatzungskosten	2	98

Aus dieser Rechnung ergibt sich, daß die Substanzverluste in der SBZ/DDR etwas höher gelegen haben als in den Westzonen. Das statistische Bild ist indessen mit Vorsicht zu interpretieren, da die einschneidenden Kapazitätsverluste durch Demontagen schwerer gewogen haben dürften, als die höheren Kriegsschäden in den Westzonen. Auf Basis eines weitgehend

intakten Produktionsapparates konnten die Verluste im Westen wesentlich schneller wieder ausgeglichen werden.

Die laufenden Belastungen, ausschließlich der Besatzungskosten, wurden von der SBZ/DDR nahezu allein getragen. Selbst unter Hinzurechnung der Besatzungskosten ergibt sich noch immer eine Belastungsrelation von fast 3 zu 1.

Trotz einiger statistischer Probleme, die sich aus den Mängeln der DDR-Statistik und den Problemen der Währungskurse ergeben, soll zur Verdeutlichung der abschließenden Thesen eine Berechnung herangezogen werden, mit der die Entwicklung des Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukts der DDR an dem der Bundesrepublik gemessen wird. Sie beweist, daß die immer wieder zitierte Diskrepanz beider Teile Deutschlands schon in den ersten Nachkriegsjahren begann.

Das Bruttosozialprodukt der DDR und Ostberlins und seine Verwendung je Einwohner 1946–1955 (in Vorkriegspreisen/Bundesrepublik und Westberlin = 100)²⁶⁰

Position	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
BSP	110	100	91	83	84	86	87	87	88	87
Priv. Verbr.	103	91	78	66	63	65	64	64	64	64
Öff. Verbr.	137	140	164	159	180	170	177	179	194	225
Bruttoinvest.	93	72	48	54	64	67	72	79	72	65

Die wichtigsten Folgen der Reparationen für die SBZ/DDR lassen sich nun in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) Ab 1947 bleibt das Konsumtionsniveau in der SBZ gegenüber den Westzonen (erzwungenermaßen) deutlich zurück und stabilisiert sich erst in den 50er Jahren auf einem deutlich niedrigerem Niveau. Erst Mitte der 50er Jahre wird bei den meisten wichtigen Verbrauchserzeugnissen (Fleisch, Eier, Butter usw.) in der DDR das Niveau von 1936 wieder erreicht.²⁶¹ Daß dennoch keine fortlaufende absolute Verarmung stattfand, hing maßgeblich mit der weitgehenden Reduktion der produktiven Investitionen zusammen.²⁶² Der Reparationstransfer hat zu einer mehrjährigen Investitionslücke geführt.

2) Die ohnehin vorhandenen Tendenzen zur Einbindung der SBZ/DDR in das sowjetisch dominierte osteuropäische Wirtschaftssystem wurden durch

²⁶⁰ Vgl. Cornelsen, Doris u. a., a.a.O., S. 79b

²⁶¹ Vgl. Mittelbach, Hans/Roesler, Jörg, Entwicklung von Einkommen und Verbrauch der Bevölkerung der DDR in den vergangenen vierzig Jahren, Manuskript Berlin 1992; Roesler, Jörg, Butter, Magarine und Wirtschaftspolitik, in: JWG 1988/1

²⁶² Vgl. Baar, Lothar, Ursachen..., a.a.O.

die Transferleistungen noch verstärkt. Der Druck auf die Zentralisierung von Entscheidungen sowie zur Erhöhung der „Staatsquote“ wuchs.

3) In der Wirtschaft der SBZ/DDR setzte eine den traditionellen Stärken Mitteldeutschlands entgegengesetzte Strukturpolitik ein.²⁶³ Große Bereiche der Wirtschaft (Uranbergbau, Schiffbau, Schwermaschinenbau) entwickelten sich zu reinen „Reparationsindustrien“.

Die deutsche Teilung führte in der SBZ/DDR zum Ausbau unterrepräsentierter Industriezweige, hauptsächlich der Metallurgie. Auch die Reparationsforderungen der Sowjetunion wirkten einseitig in Richtung eines Wachstums der Schwerindustrie und metallverarbeitenden Industrie. Für alle anderen Bereiche der Wirtschaft, vor allem die einstmals hochstehende Leichtindustrie, fehlten die Mittel.

4) Die Belastungen der Bevölkerung der SBZ/DDR infolge der sowjetischen Reparationsforderungen führten zu einer tiefen Skepsis und weitgehenden Ablehnung gegenüber dem sowjetischen Gesellschaftsmodell. Einen Wettlauf mit den Westalliierten um die Gunst der Deutschen mußte die Sowjetunion unter diesen Prämissen verlieren, auch wenn ihre Propaganda etwas anderes behauptete.

5) Infolge der hohen jährlichen Transferleistungen blieb der sozialpolitische Spielraum für die Regulierung der Kriegs- und Kriegsfolgelasten sehr bescheiden. Für ein den westdeutschen Regelungen vergleichbares Gesetzeswerk zur Kriegsopfersversorgung und individuellen Wiedergutmachung fehlten die Ressourcen und der politische Wille.

Die gesamtdeutsche Aufgabe zur Wiedergutmachung gegenüber den Völkern der Sowjetunion und Polens mußte von der Bevölkerung der SBZ/DDR unter den schweren Verhältnissen der Nachkriegszeit nahezu allein bewältigt werden. Die in den Nachkriegsjahren geschonte Bundesrepublik wiederum übernahm es allein, allerdings unter wesentlich günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, für die Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit im Ausland zu sorgen, wovon auch die DDR profitierte. Wiedergutmachungsleistungen für Israel und eine umfangreiche individuelle Wiedergutmachung wurden nur von der Bundesrepublik geleistet, die außerdem eine weitaus bessere soziale Absicherung von Kriegsopfern, Flüchtlingen, Vertriebenen und materiell geschädigten Bürgern gewährleistete.

14.5. *Resümee*

Trotz einer langen gemeinsamen Wirtschaftsgeschichte und vieler ähnlicher Bedingungen verlief die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 sehr unterschiedlich.

263 Vgl. Stolper, Gustav, a.a.O., S. 61 ff.

Es ist deshalb die Frage zu stellen, ob für den seit 1948 eingetretenen wirtschaftlichen Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik primär die Reparationen, die Systemdefekte oder andere Faktoren verantwortlich sind. Eine eindeutige Antwort ist schwer möglich, da das Wirtschaftswachstum in beiden Teilen Deutschlands unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen verlief.

Die Bundesrepublik erhielt nach einer relativ kurzen Übergangsphase dank der Politik der westlichen Besatzungsmächte die Chance, ihre Wirtschaft auf den Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft zu rekonstruieren. Schrittweise erfolgte nach der Währungsreform die Wiederherstellung des deutschen Kredits und die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft. Wesentliche Impulse für das „Wirtschaftswunder“ gingen auch von exogenen Faktoren aus, wie dem Marshallplan, dem Korea-Boom und dem das Wachstum wesentlich fördernden Zustrom von qualifizierten und motivierten Arbeitskräften.

Der kleinere, durch teilungsbedingte Disproportionen und hohe Reparationen wesentlich stärker belastete Teil Deutschlands besaß solche Chancen nicht. Die demokratische Fassade der Nachkriegsmonate zerbrach sehr rasch. Die Besatzungsmacht setzte, getragen von der KPD/SED, die „Sowjetisierung“ der SBZ/DDR und ein sich als ineffizient erweisendes Wirtschaftssystem durch. Eine Rückkehr zu den Weltmärkten war nur sehr eingeschränkt möglich. Stattdessen erfolgte die Integration in den osteuropäischen Wirtschaftsraum, mit besonderer Abhängigkeit von der UdSSR. Dadurch prägten sich wesentliche Elemente einer Autarkiepolitik aus. Schließlich verlor die SBZ/DDR viele ihrer kreativsten Kräfte.

Aus einer einstmals komplementären Volkswirtschaft entstanden dadurch zwei Wirtschaftssysteme mit ähnlichen, aber unterschiedlich leistungsfähigen Industriestrukturen. Eine schwerwiegende Konsequenz der alliierten Reparationspolitik und der separaten Nachkriegsentwicklung bestand folglich in der beginnenden Ausprägung von industriellen Doppelstrukturen in beiden Teilen Deutschlands, so daß die in der SBZ/DDR aufgebauten und hauptsächlich auf die östlichen Märkte ausgerichteten Kapazitäten zu einem wesentlichen Faktor für die gegenwärtige tiefe Strukturkrise der ostdeutschen Wirtschaft wurden. Die Reparationen als einzige Hauptursache für den wirtschaftlichen Rückstand der SBZ/DDR benennen zu wollen, ist somit nicht möglich.

Auch jene mittel- und südosteuropäischen Länder, die keine Reparationen zu tragen hatten, sind gegenüber Westeuropa weiter im Rückstand geblieben. Diese Feststellung betrifft besonders die ehemalige Tschechoslowakei. Sie verfügte im tschechischen Landesteil über ein der SBZ ähnliches industrielles Niveau, hatte kaum unter Kriegsschäden zu leiden und war Empfänger von (allerdings bescheidenen) Reparationen. Ihr Rückstand zum vergleichbaren Österreich war aber 1990 mindestens ebenso groß wie jener der DDR gegenüber der Bundesrepublik.

Die Reparationen führten auch in der SBZ/DDR nur im Zusammenhang mit den anderen genannten Faktoren zu großen Startnachteilen. Sie belasteten bis Mitte der 50er Jahre Bevölkerung und Wirtschaft außerordentlich stark, so daß die Rekonstruktion im Osten Deutschlands erst 7 bis 10 Jahre später abgeschlossen werden konnte als in der Bundesrepublik.

In den späteren Jahren gewannen dann andere Faktoren immer mehr an Gewicht. Der insbesondere in der Honecker-Ära fortschreitende Ruin der DDR-Wirtschaft läßt sich deshalb kaum noch den Startbedingungen anlasten. Nunmehr gingen für die DDR die entscheidenden Wirkungen von den Grunddefekten des planwirtschaftlichen Systems und von der Einbindung in den rückständigen osteuropäischen Wirtschaftsraum aus. Dafür ist die Bevölkerung nicht verantwortlich zu machen. Sie besaß in einem politischen System, das es nicht gewählt hatte und nicht frei wählen konnte, sondern als Folge des Krieges oktroyiert bekam, kein Mitspracherecht.

15. *Anhang*

15.1. *Von den Gutachtern neu erschlossene Quellen*

I. Bundesarchiv, Abteilung Potsdam

- 1) Amt für Reparationen der DWK bzw. der Regierung der DDR
- 2) Zentrale Sequesterkommission der DWK
- 3) Haushaltsausschuß bzw. Hauptverwaltung Finanzen der DWK
 - Sekretariat der DWK (Beschlußprotokolle)
 - Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung
- 4) Ministerium für Schwerindustrie
- 5) Staatliche Plankommission
- 6) Amt für Wissenschaft und Forschung bzw. Forschungsrat
- 7) Ministerium der Finanzen
- 8) Garantie- und Kreditbank AG

II. Stiftung Staatliches Archivgut und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv

- 1) Nachlässe Ulbricht, Pieck, Grotewohl, Selbmann, Leuschner
- 2) Parteivorstand der KPD/SED
- 3) Schriftwechsel mit SMAD/SKKD

III. Landeshauptarchive Sachsen (Dresden), Sachsen-Anhalt (Magdeburg), und Stadtarchiv Berlin (Abteilung Breite Straße)

- 1) Ministerpräsidenten

- 2) Ministerium für Wirtschaft
- 3) Ministerium der Finanzen
- 4) Ministerium des Innern
- 5) Industrie und Handelskammern

IV. Ausgewählte Unternehmensarchive

- 1) Krupp-Gruson Magdeburg (heute: SKET AG)
- 2) BRABAG Schwarzheide (heute: Synthesewerk Schwarzheide der BASF)
- 3) Kodak AG Berlin-Köpenick i.V. (heute: Kodak AG)
- 4) Leuna GmbH Merseburg (heute: Leuna AG)
- 5) Filmfabrik Agfa Wolfen (heute: Filmfabrik ORWO GmbH)
- 6) Farbenfabrik Wolfen

V. Bundesarchiv Koblenz

- 1) OMGUS
- 2) Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen
- 3) Bundeswirtschaftsministerium
- 4) Bundesfinanzministerium

VI. Russische Archive

Die Erschließung der russischen Quellen zur deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg befindet sich noch in den Anfängen. Nach wie vor wird die Benutzungserlaubnis eigenwillig gehandhabt. Wie auf deutscher Seite, so existiert auch auf russischer Seite eine weit verstreute Quellenlage zur Problematik der deutschen Reparationen.

Für die Expertise wurde hauptsächlich auf die bisher von Jochen Laufer vorgenommene Auswertung der für das Thema relevanten Quellen zurückgegriffen.

VII. Unveröffentlichten Gutachten bzw. Memoranden zu den Reparationsleistungen der SBZ/DDR

- 1) Rohner, Gerhard, Memorandum zur wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ, o.O. 1950²⁶⁴
- 2) Gutachten des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Die Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland), Eschborn 1959²⁶⁵
- 3) Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Bilanz der Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone nach Aufkommen und Verwendung, Eschborn 1963²⁶⁶

264 Vgl. BA Koblenz, B 137, Nr. 3153

265 Vgl. Archiv des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft Eschborn (BAW). Das Gutachten basiert auf insgesamt 59 Einzelgutachten, die zwischen 1949 und 1952 im Auftrage des Bundeswirtschaftsministeriums erarbeitet wurden. Vielfach konnte dabei auf Zuarbeiten aus der SBZ/DDR zurückgegriffen werden.

266 Vgl. BA Koblenz, B 137, Nr. 3153

- 4) Gutachten des Bundesfinanzministeriums, Die Nachkriegsbelastungen der Bundesrepublik und der DDR im Vergleich, Bonn 1966²⁶⁷
- 5) Abeken, Gerhard, Gutachten zum gegenwärtigen Stand unseres Wissens über die Reparationsbelastungen des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes in den Jahren 1945 bis 1953, DIW Berlin 1969
- 6) Cornelsen, Doris/Ruban, Maria Elisabeth/Teichmann, Dieter, Kriegsschäden und Nachkriegsbelastung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Finanzen, DIW Berlin 1972

15.2. *Alliierte Protokolle*

Geheimprotokoll von Jalta

1) Deutschland ist verpflichtet, die Verluste, die es im Laufe des Krieges den alliierten Ländern zugefügt hat, durch Naturalleistungen wiedergutzumachen. Reparationen sollen in erster Linie die Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges getragen, die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind organisiert haben.

2) Reparationen sind von Deutschland in folgenden 3 Formen zu entnehmen:

a) einmalige Entnahmen aus dem Nationaleigentum Deutschlands sowohl innerhalb als auch außerhalb seines Territoriums im Verlauf von 2 Jahren nach der Kapitulation Deutschlands oder der Einstellung des organisierten Widerstandes (Ausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Schiffe, rollendes Material, deutsche Auslandsinvestitionen, Aktien von Industrie-, Verkehrs- und anderen Unternehmen in Deutschland usw.), wobei die Entnahmen hauptsächlich zur Zerschlagung des deutschen Kriegspotentials durchgeführt werden;

b) jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion für einen noch festzulegenden Zeitraum;

c) Verwendung deutscher Arbeitskräfte

3. Zur Ausarbeitung eines detaillierten Reparationsplanes nach obigen Grundsätzen wird eine Interalliierte Reparationskommission in Moskau geschaffen, bestehend aus Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens.

Hinsichtlich der Festlegung der Gesamtsumme der Reparationen wie auch der Verteilung unter die von der deutschen Aggression betroffenen Länder haben die sowjetische und amerikanische Delegation folgendes vereinbart: Die Moskauer Reparationskommission soll im Anfangsstadium ihrer Tätigkeit als Gesprächsgrundlage den Vorschlag der Sowjetregierung benutzen, wonach

²⁶⁷ Das genannte Gutachten liegt im Bundesarchiv Koblenz, Bestand B 126 vor, kann jedoch infolge der geltenden Sperrfrist noch nicht eingesehen werden.

sich die Gesamtsumme der Reparationen gemäß Punkt a) und b) des Paragraphen 2 auf 20 Mrd. Dollar belaufen soll und 50 Prozent hiervon der Sowjetunion zufallen sollen.

Die britische Delegation war der Auffassung, daß keine Reparationssumme genannt werden sollte, bevor die Reparationsfrage nicht in der Moskauer Reparationskommission behandelt wird.

Der obige sowjetisch-amerikanische Vorschlag wurde der Moskauer Reparationskommission als einer der Vorschläge zugeleitet, die von der Kommission in Erwägung gezogen werden sollen.

Quelle: Teheran, Jalta, Potsdam, Hg. von Fischer, Alexander, a.a.O., S. 192 f. Vom Reparationsprotokoll von Jalta existieren mehrere, jeweils etwas voneinander abweichende Fassungen. In ihren früheren Veröffentlichungen versuchte die UdSSR, dem Text an einigen Stellen eine weitere Auslegung zu geben als in der mit den Kriegsbündigten verabschiedeten Fassung, vgl.: Matschke, Werner, a.a.O., S. 309 ff..

Auszüge aus der Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte

IV. Reparationen aus Deutschland

...

1. Die Reparationsforderungen der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone Deutschlands und durch entsprechende deutsche Auslandsinvestitionen befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsforderungen Polens aus ihrem Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsforderungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und anderer Länder, die einen Anspruch auf Reparationen haben, werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsinvestitionen befriedigt werden.

4. In Ergänzung zu den Reparationen, die die UdSSR aus ihrer Besatzungszone erhält, wird die UdSSR aus den westlichen Zonen zusätzlich erhalten:

a) 15 Prozent der brauchbaren und vollständigen grundlegenden Industrieanlagen, vor allem der Hütten-, der chemischen und der Maschinenbauindustrie, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht erforderlich und aus den westlichen Zonen Deutschlands zu entnehmen sind, im Austausch gegen den gleichen Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz, Keramikerzeugnisse, Erdölprodukten und anderen Waren nach Vereinbarung.

b) 10 Prozent der grundlegenden Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft nicht erforderlich und aus den westlichen Zonen zur Übergabe an die Sowjetregierung auf Reparationskonto ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art zu entnehmen sind.

6. Die Entnahme der grundlegenden Industrieanlagen soll so bald wie möglich beginnen und ...in zwei Jahren abgeschlossen sein.“

Quelle: Teheran, Jalta, Potsdam, a.a.O., S. 395 ff.

15.3. *Ausgewählte Dokumente über Demontagen, SAG-Betriebe und Lieferungen aus der laufenden Produktion*

Die Demontage der Berliner Schering Werke

Die Betriebsstätten der Schering AG in Berlin waren bis 1945 in sehr unterschiedlichem Maße in die Rüstungswirtschaft einbezogen. Die größten Produktionsumstellungen wurden während des Krieges im Spindlersfelder Zweigwerk vorgenommen. Es produzierte Fallschirmseide für die Luftwaffe und zuletzt auch Zulieferteile für das U-Boot-Programm. Die Werke Müllerstraße, Charlottenburg und Adlershof trugen indessen keinen rüstungswirtschaftlichen Charakter.

Unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen war das Schicksal der Schering-Werke völlig offen. Vertreter der Roten Armee erteilten der Geschäftsführung bereits am 2. Mai 1945 den Befehl zum Aufbau einer Penicillin-Produktion. Die Sowjetunion verfügte nicht über die dafür notwendigen Verfahren.

Ein weiterer Befehl der Besatzungsmacht zielte auf die Wiederaufnahme der Arzneimittelproduktion. Die gerade begonnenen Aufräumarbeiten mußten jedoch in allen Berliner Schering-Werken Ende Mai schlagartig eingestellt werden. Auch die Schering AG wurde von der ersten großen Demontagewelle in voller Härte getroffen.

Dokument 1: Auszüge aus den Adlershofer Demontageprotokollen

7. 5. 1945 Das Schering Werk in Adlershof wird auf dem Treptower Rathaus zwecks Wiederaufnahme der Produktion angemeldet. Ein Zugang zum Werk, das sowjetische Soldaten besetzt halten, ist der Belegschaft noch nicht möglich.

15. 5. 1945 Ein sowjetischer Kontrolloffizier besichtigt gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Schering AG, Dr. Clerc, und dem Leiter des Hauptlaboratoriums, Dr. Junkmann, das Werk.

16. 5. 1945 Eine Gruppe uniformierter sowjetischer Chemiker unter Leitung von Oberst Krjukoff läßt sich die Produktionsabläufe im Schering-Werk erklären. Noch am gleichen Tag wird ein Einstellungsbüro eröffnet.

17. 5. 1945 Von den Sowjets werden Inventaraufstellungen von sämtlichen Räumen und ausführliche Informationen über den Produktionsablauf gefordert.

19. 5. 1945 Beginn der Aufräumarbeiten im Werk.

22. 5. 1945 Die Einstellung weiterer Arbeiter wird durch die Kommandantura gestoppt. Aus der Riedel-de Haen AG Britz treffen zwischenzeitlich Apparaturen und Chemikalien für den Neuaufbau des Adlershofer Werkes ein.

23. 5. 1945 Oberst Krjukoff veranlaßt den Abtransport von pharmazeutischen Produkten aus Adlershof.

24. 5. 1945 Sämtliche wertvollen kleineren physikalischen Instrumente müssen im sowjetischen Offiziersbüro abgegeben werden.

25. 5. 1945 Die Mitglieder der sowjetischen Militärkommission verteilen sich auf die einzelnen Abteilungen des Werkes und veranlassen erste Demontagerbeiten.

29. 5. 1945 Der Belegschaft wird mitgeteilt, daß das gesamte Werk zur Demontage freigegeben ist. Das an der Demontage beteiligte Werkspersonal soll später am Aufbau und an der Inbetriebnahme eines ähnlichen Werkes auf Basis der Adlershofer Maschinen und Apparate in Rußland mitwirken. Eine Petition der Belegschaft wird von der sowjetischen Demontagekommission zurückgewiesen.

1. 6. 1945 Die Demontagekommission drängt auf eine Beschleunigung der Arbeiten. Alle Abteilungsleiter werden täglich zum Rapport bestellt.

6. 6. 1945 Die bereits begonnene Demontage der Insulin-Abteilung wird von höheren militärischen Stellen gestoppt. Gleichzeitig beginnt die Verlagerung von Apparaten aus der bakteriologischen Abteilung des Charlottenburger Werkes nach Adlershof.

11. 6. 1945 Mit Hilfe eines sowjetischen Majors erhält die Geschäftsführung von der SMAD in Karlshorst eine Zusage über den Verbleib der Insulin- und Pernaemyl-Produktion im Adlershofer Werk.

15. 6. 1945 Selbst die Bibliothek und das Ofenhaus bleiben von den Demontagetrupps, die inzwischen durch sowjetische Soldaten verstärkt wurden, nicht verschont.

2. 7. 1945 Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 2 200 Kisten mit Apparaturen und 900 Fässer mit Chemikalien zum Abtransport bereitgestellt.

5. 7. 1945 Die Demontagekommission drängt auf schnelleres Arbeiten. Beschädigungen an Apparaturen oder zu langsames Arbeiten werden streng geahndet. Der Abbau von Telefon- und elektrischen Leitungen beginnt. Inzwischen überwachen zwei Demontagekommissionen den Fortgang der Arbeiten.

11. 7. 1945 Außer der Insulin-, Chloral- und Kollodiumabteilung sind alle Abteilungen von der Demontage betroffen. Die beiden Kommissionen haben ihre Arbeiten koordiniert. Viele Apparate und Maschinen, die von der ersten

Kommission nicht zur Demontage vorgesehen waren, werden de facto per „Nachlese“ von der zweiten zum Abbau freigegeben.

19. 7. 1945 Die Belegschaft von Adlershof erhebt bei der SMAD Einspruch gegen die Vorgehensweise der Demontagekommission. Anlaß dafür sind englische Rundfunknachrichten, die von einem teilweisen, nicht jedoch vollständigen Abbau wichtiger deutscher Großbetriebe mit rüstungswirtschaftlichem Charakter künden. Die SMAD beruft sich demgegenüber auf die Beschlüsse der Krim-Konferenz und besteht auf der Fortführung der Demontagearbeiten.

25. 7. 1945 Erneut äußert der Betriebsrat Betroffenheit über den Umfang der Demontagen. Die SMAD kann nur noch für den Verbleib von Gebäuden und Rohrleitungen in Adlershof garantieren. Dennoch fordert der Leiter der sowjetischen Frontsanitätsstelle und Verantwortliche für das Gesundheitswesen in der SBZ, Oberst Gavrilloff, die Unternehmensleitung in der Müllerstraße auf, sofort mit der Arzneimittelproduktion zu beginnen und verspricht Hilfe beim Neuaufbau des Werkes. Bis zum 1. August soll die Werkleitung ein „Zukunftsprogramm“ vorlegen.

15. 8. 1945 Die für die Ätherproduktion vorgesehenen Produktionsräume werden nochmals auf mögliche Demontagegegenstände untersucht. Wasserleitungen werden abgebaut. In Ermangelung von Verpackungsmaterialien beginnen die Demontagetrupps Schuppen, Türen und Fensterrahmen auszureißen. Schadensfälle an den ausgebauten Apparaturen und Maschinen häufen sich.

23. 8. 1945 Die militärische Verwaltung des Werkes gibt bekannt, daß die Demontage bis zum 10.9.1945 abgeschlossen sein soll. Die Freigabe der Ätherfabrik wird für Ende August in Aussicht gestellt.

27. 8. 1945 Aus der SBZ treffen Emallieapparaturen für den Wiederaufbau ein. Alle neuen Apparate müssen streng bewacht werden, um eine Wegnahme durch die Demontagekommandos zu verhindern.

15. 9. 1945 Bereits für den Wiederaufbau freigegebene Räume werden nochmals durchsucht. Den dort tätigen Handwerkern wird sämtliches Werkzeug abgenommen und in Kisten verpackt.

28. 9. 1945 Oberst Krjukoff gibt die verbliebenen Bestände an Chemikalien für die Schering AG frei.

1. 10. 1945 Von der militärischen Leitung des Werkes wird eine Namensliste deutscher Chemiker herausgegeben, die zum Aufbau eines pharmazeutischen Werkes nach Rußland übersiedeln sollen.

6. 10. 1945 Die Demontagekommission gibt Akten und sämtliche Schlüssel an die Werkleitung zurück.

11. 10. 1945 Im Ätherbetrieb wird die erste Destillation durchgeführt.

17. 10. 1945 Oberst Majoroff erklärt die Demontage offiziell für beendet.

Quelle: Vgl. Demontageberichte Adlershof, Rep. 420, Nr. 296 und 296/1, LABerlin, Abteilung Breite Straße.

Dokument 2: Schreiben von Gustav Sobottka an Wilhelm Pieck

Gustav Sobottka

Berlin, den 19.2.46

Vizepräsident Genossen

Wilhelm Pieck

ZK. der K.P.D.

Berlin

Lieber Wilhelm!

Von hier aus ist mit den Stellen in Karlshorst wiederholt gesprochen worden über die Demontierungen im Braunkohlenbergbau. Die entscheidenden Kräfte bei der militärischen Verwaltung der Brennstoffindustrie Karlshorst haben sich auch Mühe gegeben, Demontierungen von Brikettfabriken oder Einrichtungen zur Kohलगewinnung zu verhindern. Es hat jedoch den Anschein, daß sich die mit der Demontierung beauftragten Stellen um die getroffenen Abmachungen nicht kümmern, sondern auf eigene Faust demontieren.

Es wurde genau festgelegt, was von den Anlagen der Ilse Bergbau A.G. im Senftenberger Revier demontiert werden sollte. Die dort mit der Demontage Beauftragten stören sich aber nicht daran, sondern montieren weit darüber hinaus ab. Nach dem mir unterbreiteten Material werden über das, was zur Demontierung freigegeben ist, weitere Drehbänke, Langhobelmaschinen, die dringend für die Reparaturarbeiten des noch aufrecht zu erhaltenen Braunkohlenbetriebes notwendig sind, demontiert. Wird der Plan so durchgeführt, wie beabsichtigt, so bedeutet es, daß Bagger-Antriebmotore, Umformer, Pumpenwellen usw. nicht repariert werden können.

Weiter sind Bohrmaschinen, Lufthämmer, Schleifmaschinen, Bandagen für die elektrischen Lokomotiven auf der Anna-Mathilde-Grube abtransportiert worden. Auf der Grube Erika beabsichtigt die dort eingesetzte Demontagestelle, die Umformerstation abzubauen. Durch den Abbau dieser Umformerstation wird der Abraum und das Kohlengerät stillgelegt und damit jegliche weitere Förderung unmöglich gemacht. Auf der Anlage Ilse-Ost – Nord wurde der Kippenräumer zum Abtransport verladen und damit der Abraum zum Erliegen gebracht.

Ich bin der Meinung, daß, nachdem einmal festgelegt worden ist, was abgebaut wird, es unmöglich ist, einige Wochen später dazu überzugehen, das andere auch noch wegzuholen.

Gerade in der Kohlenversorgung sind die Dinge momentan am schwierigsten. So, wie der Braunkohlenbergbau gegenwärtig steht, müssen wir mit einem

starken Rückgang der Kohlenförderung in kurzer Zeit rechnen. Die Braunkohlenförderung auch nur auf der Höhe zu halten, wie sie jetzt ist, bedarf es der größten Anstrengung.

Ich bitte Dich deshalb, wenn Du die Möglichkeit hast, an entscheidender Stelle diese Dinge zur Sprache zu bringen. Es muß m. E. möglich sein, daß das, was vereinbart wurde, auch eingehalten wird und nicht jeder Kommandant auf eigene Faust handelt. Von hier aus ist sehr viel unternommen, aber anscheinend geht es nicht bis zu den entscheidenden Stellen durch.

Ich nenne Dir nur zu Deiner Information, wie die Dinge manchmal liegen, ein Beispiel: Die Zwickauer Gruben leiden unter dem grössten Holzangel. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten wurde mit Hilfe eines besonderen Befehls des Marschall Shukow angeordnet, daß Grubenholz eingeschlagen wird, damit die Kohlenförderung nicht zum Stillstand kommt. Wir schickten besondere Beauftragte von hier aus, unter deren Kontrolle das Holz zur Eisenbahn gebracht und verfrachtet wurde. Am 13. ds. Mts. standen 3 Waggons auf dem Bahnhof Blauenthal i. Erzgeb. zum Abtransport nach Zwickau. Der Ortskommandant beschlagnahmte diese 3 Waggons Grubenholz, weil er Holz zum Anfertigen von Kisten braucht, d. h. der Ortskommandant läßt sich durch den Befehl des Marschall Shukow nicht stören, sondern nimmt das Grubenholz weg, ganz gleich, ob morgen die Gruben stillstehen oder nicht.

Ich glaube, daß auch solche Fälle an entscheidender Stelle zur Sprache gebracht werden müssen, damit sie in Zukunft aufhören.gez. Gustav Sobottka

Quelle: StAPMO, ZPA, Nr. IV 2/602/102

Dokument 3: Besprechung über den Abschluss der Übernahme von 23 SAG-Betrieben aus dem Eigentum der UdSSR in das Eigentum der Deutschen Demokratischen Republik. (Berlin, 3. Juli 1950)

Anwesend: Ministerpräsident Grotewohl
Minister Selbmann
Hauptabteilungsleiter Schaul

Nach Vortrag der in Anlage 1 zu diesem Protokoll angeführten Aufstellung der Schlussabrechnungen, die sich aus den einzelnen Übergabe-/Übernahme-Protokollen der 23 übernommenen Betriebe ergeben, und nach Kenntnisnahme von den aus Anlage 2 ersichtlichen Beanstandungen, welche die deutschen Bevollmächtigten in vier Fällen gegen die in den Übergabe-/Übernahme-Bilanzen enthaltenen Bewertungen erhoben haben, gab Ministerpräsident Grotewohl folgende Richtlinien für die weitere Behandlung der Angelegenheit:

Die gesamte Frage der Übergabe von 23 SAG-Betrieben kann nur im Rahmen der großzügigen Gesamthilfe der UdSSR an die Deutsche Demokratische

Republik, insbesondere ihrem Entgegenkommen in den Fragen der Reparationen und der gesamten Tätigkeit der SAG-Betriebe in Deutschland betrachtet werden. In diesem grossen politischen Zusammenhang sind auch die in vier Fällen erhobenen Beanstandungen der Bewertung zu beurteilen. Es ist nicht erwünscht, die Frage der in diesen vier Fällen aufgetretenen Differenzen zum Gegenstand einer prinzipiellen Erörterung dieser Einzelprobleme ausserhalb des Rahmens des grossen politischen Gesamtproblems zu machen, da eine solche Erörterung dazu führen könnte, die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Hilfsmassnahmen seitens der UdSSR zu beeinträchtigen. Dazu kommt, daß auch vom rein kaufmännischen Gesichtspunkt aus die Ansprüche der UdSSR auf die beanstandeten Positionen in einer Höhe von 6,3 Millionen DM mit gewichtigen Gründen gerechtfertigt werden können. Daraus ergibt sich:

- 1) Vor der Siegelung der Protokolle sind die Beanstandungen der Bewertungen der Gegenseite vorzutragen. Bei Aufrechterhaltung des sowjetischen Standpunktes ist die Siegelung durchzuführen.
 - 2) Das Ministerium für Industrie hat mit dem Ministerium der Finanzen die Bilanzen in der Richtung zu überprüfen, ob und inwieweit die beanstandeten Beträge in der Eröffnungsbilanz der Betriebe als Wertminderung abgebucht werden können.
 - 3) Nach Abschluss der Angelegenheit ist ein Dankschreiben an den Vorsitzenden der SKK zu richten, welches auch der Presse übergeben werden soll.
- Quelle: BAP, C-20, Nr. 607, Bereich Außenpolitik

Dokument 4: Befehl des Chefs der SMA des Landes Sachsen Nr. 131 30. Mai 1947

Aufgrund des Befehls Nr. 128 des Obersten Chefs der SMAD vom 26. Mai 1947 befehle ich:

1. Zur teilweisen Abdeckung der Reparationsansprüche der UdSSR sind die unten angeführten deutschen Bergwerksunternehmen aus dem deutschen Eigentum zu entnehmen und in das Eigentum der UdSSR zu überführen:
 1. Bergbauverwaltung Johanngeorgenstadt Johanngeorgenstadt
 2. Bergbauverwaltung Schneeberg Schneeberg
 3. Bergbauverwaltung Oberschlema Oberschlema
 4. Bergbauverwaltung Annaberg Annaberg
 5. Bergbauverwaltung Lauter Lauter
 6. Bergbauverwaltung Marienberg Marienberg
 7. Pechtelsgrüner Anreicherungswerk Pechtelsgrün
2. Die Landesregierung Sachsen hat die genannten Betriebe ihren Eigentümern

mit sämtlichen dazugehörenden Vermögen, Grundstücken, Bergwerken, Gruben, mit Wohn- und Betriebsgebäuden und Bauten, mit den Patenten sowie den übrigen zur Zeit in diesen Betrieben befindlichen und den deutschen Eigentümern gehörenden Werten abzunehmen und dem für die Sowjetunion durch die Hauptverwaltung für sowjetisches Vermögen im Ausland beim Ministerrat der UdSSR Bevollmächtigten zu übergeben.

Die Übergabe und Übernahme hat beiderseits mittels eines zweiseitigen Protokolls zu erfolgen, das von gebührend bevollmächtigten Personen unterschrieben werden muß.

Nach Übernahme des Vermögens der genannten Objekte hat durch Verfügung der Landesregierung Sachsen eine Neu-Erfassung des auf Rechnung der Reparationen der Sowjetunion entnommenen Vermögens in den entsprechenden deutschen Ämtern zu erfolgen.

3. Die Schätzung der hauptsächlichsten Mittel, Waren-Material-Werte, der Restbestände an Halbfertig- und Fertigwaren sowie der Rohstoffe ist unter Anwendung des Prinzips und nach der Schätzungsmethode für Vorschußlieferungen, die vom Koordinierungskomitee des Kontrollrates am 4.1.46 für die zur Übergabe und Übernahme von Unternehmen bevollmächtigten Personen bestätigt wurden, unter Mitwirkung eines Vertreters der SMA und unter Hinzuziehung erforderlichenfalls von kompetenten Fachleuten durchzuführen.

4. Für die Durchführung der Verrechnungen der Schulden und anderen Passiven sowie der belasteten Aktiven, die von der UdSSR nicht übernommen werden, hat die Landesregierung Sachsen eine Liquidationskommission zu gründen. Für den stellv. Chef der SMA des Landes Sachsen

Generalmajor Dudorow

Für den Stabschef der SMA des Landes Sachsen

Gardeoberst Wosnjesenskij

F.d.R.: Für den Kanzleichef der Verwaltung der SMA des Landes Sachsen

Gardekapitän Kurotschkin

Quelle: SäHSrA, LRS, Ministerpräsident Nr. 147

Dokument 5: Auszug aus dem Jahresbericht des Amtes für Reparationen für 1950

Industriezweige der Länder:

Die Reparationslieferungen aus den Ländern der DDR hatten 1950 gemäß der Struktur ihrer Industriezweige ein unterschiedliches Bild in der Art der zu liefernden Waren.

a) **Brandenburg** war mit 3,5 % am Gesamtplan beteiligt. Entsprechend dem Charakter seiner Industrie sind zur Lieferung gekommen: Fischfangseiner von

der Thälmannwerft, Elektrolokomotiven von LEW Hennigsdorf, medizinische Geräte von verschiedenen Betrieben und Schmiersysteme von Askania Teltow. Ausserdem hatte die Stahlbauindustrie einen entscheidenden Anteil an der Durchführung des Planes als Unterlieferant zu leisten.

b) **Mecklenburg** mit 16,7 % beauftragt, lieferte ausschließlich Schiffe, sowohl Neubauten-Fischfanglogger, Kühllogger als auch Reparaturen an Hochseeschiffen und Frachtern.

c) **Sachsen-Anhalt** war am Plan mit 38,0 % beteiligt. Die wesentlichsten Lieferungen des Landes betrafen im überwiegenden Maßstab Walzwerk-ausrüstungen vom Thälmannwerk, dann Eisenbahnausrüstungen vom Waggonbau Dessau und Ammendorf, Zementfabrik-ausrüstungen vom Thälmannwerk und Polysius, einige Krane vom Thälmannwerk, Ausrüstungen für Torfbrikettfabriken vom Karl-Liebknechtwerk und Logger, Seiner, Kutter für Fischfang. Die Grundstoffindustrie hatte Lieferungen auszuführen in Form von Dieselöl und Chemikalien.

d) **Thüringen** hatte mit 17,7 % Anteil an der Erfüllung des Planes und hierbei ausschließlich die Schmiede- und Pressausrüstungen der Plangruppe 04 von Henry Pels zu liefern, dann Eisenbahnausrüstungen vom Waggonbau Weimar. Die Werkzeugindustrie, die Keramik-Betriebe und die Feinmechanik lieferten Schneidwerkzeuge, elektrotechn. Porzellan, Rundfunkgeräte, Schreib- und Rechenmaschinen, Uhren sowie Fahrräder für die Plangruppe 10.

e) **Sachsen** mußte mit 21,7 % an der Erfüllung des Planes beitragen. Als Lieferungen kamen Personen- und Speisewagen aus Görlitz und Bautzen sowie 4-achsige Kippwagen für Erdölbitumen von Görlitz. An den Lieferungen der Hebe- und Transportausrüstungen der Plangruppe 03 war das Land fast alleiniger Träger des Gesamtauftragsbestandes. Energie-Ausrüstungen wurden vom Sachsenwerk Niedersedlitz durchgeführt und der allgemeine Maschinenbau lieferte Kühl-ausrüstungen, Ausrüstungen für die Textilindustrie und sonstige Waren dieser Art für die Plangruppe 10. Gleichfalls für diese Plangruppe wurden Fotoapparate und typografische Erzeugnisse geliefert.

f) **Berlin** hatte mit 2,4 % den geringsten Plananteil, davon in der Hauptsache Waren der Elektrotechnik, z. B. Rundfunkgeräte und Transformatoren ferner Fischfangkutter von Yachtwerft Berlin. Außer den direkten Reparationsaufträgen hat Berlin den Hauptanteil der Unterlieferungen aus dem Gebiet der Elektrotechnik durchzuführen gehabt.

Die Feststellungen der wesentlichsten Lieferungen aus den Ländern nach dem Gesichtspunkt der Reparationsleistungen ergibt, daß in Sachsen-Anhalt außer dem Waggonbau überwiegend der Schwermaschinenbau, bedingt durch die grossen Betriebe Thälmannwerk, Zomag Zeitz, Karl-Liebknechtwerk, Otto Gruson, Mackensen, Mafa Sangerhausen, vorherrscht.

Sachsen hat, mit einigen Ausnahmen bezüglich des allgemeinen Maschi-

nenbaus und der Fahrzeugindustrie, besonders starke Stahlhochbau- und Kranbaubetriebe, u. a. Bleichert, Unruh & Liebig, Abus Leipziger Stahlbau und Verzinkerei, Abus Leipziger Stahlbau, Abus Leipziger Eisenbau, Abus Stahlbau Niedersedlitz. Die Elektroindustrie ist gleichfalls stark vertreten durch die Betriebe Sachsenwerk Niedersedlitz, Elektromotorenwerk Heidenau, Sachsenwerk Radeberg als Zulieferanten.

In Thüringen lagen die Schwerpunkte, mit Ausnahme des Betriebes Pels als Schwermaschinenbau und Waggonbau Weimar als Lieferant für Eisenbahnausrüstungen, im allgemeinen beim Werkzeugbau und Feinmechanik.

Brandenburg hat eine leistungsfähige Werft für Seiner, ausserdem die Spezialbetriebe für Transportausrüstungen in Babelsberg und Hennigsdorf.

Berlin besitzt eine gute Elektroindustrie, ferner Feinmechanik und allgemeine Maschinenbaubetriebe.

Quelle: BAP, C-2, Nr. 17 091

15.4. *Schulden- und Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik ab 1953*²⁶⁸

1) *Londoner Schuldenabkommen (Februar 1953)*

Mit diesem Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik gegenüber 18 Gläubigerstaaten zur Rückzahlung von **14,5 Mrd. DM** bis 1994. Mit dieser Summe sollten Schulden aus der Vor- und Nachkriegszeit abgegolten werden (Die Gesamtschulden der Vorkriegszeit umfaßten umgerechnet 13,5 Mrd. DM, davon wurden 7,5 Mrd. DM geltend gemacht; die Gesamtschulden der Nachkriegszeit beliefen sich auf 16 Mrd. DM, sie wurden auf 7 Mrd. DM ermäßigt). Angesichts der sich stetig verbessernden Wirtschaftslage ergaben sich bei der Abwicklung keine Schwierigkeiten. Bereits bis Ende 1974 wurden die Schulden im wesentlichen abgetragen.

Die in London vereinbarten westdeutschen Leistungen waren von ihrer Art und Begründung her gesehen keine Reparationen. „Dennoch war der Zusammenhang mit Reparationen in einem weiteren Sinne unbestritten. Es ging um die Nutzung der westdeutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zugunsten der Siegermächte.“²⁶⁹ Letztlich war es für den Schuldner gleichgültig, unter welchem Titel seine Leistungen erfolgten und wer sie erhielt.

Das Londoner Schuldenabkommen war vor allem auch deswegen bedeutungsvoll, weil es der Bundesrepublik die Wiederherstellung des deutschen Kredits brachte und den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten öffnete.²⁷⁰

²⁶⁸ Vgl. Fisch, Jörg, a.a.O., 108 ff.

²⁶⁹ Ebenda, S. 118

²⁷⁰ Vgl. Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen, Stuttgart 1982, S. 12 ff.

2) *Luxemburger Abkommen (September 1952)*

Mit dem Luxemburger Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik zu Leistungen im Werte von **3,45 Mrd. DM an Israel**. Die hauptsächlich in Sachform bis 1965 erbrachten Leistungen waren nach dem üblichen Verständnis keine Reparationen. In einem weit gefaßten Sinn stellten sie aber eine Art von Reparationsersatz dar.

3) *Globalabkommen*

Außerdem schloß die Bundesrepublik mit **12 Staaten Verträge** über Globalabkommen, die zum Ausgleich von Personenschäden aufgrund nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen bestimmt waren. Im Rahmen der Globalabkommen wurden zwischen 1960 und 1973 ca. **1,0 Mrd. DM** Wiedergutmachungsleistungen gezahlt.²⁷¹

4) *Wiedergutmachung*

Die bisher geschilderten Verpflichtungen waren Gegenstand zwischenstaatlicher Abkommen. Das größte Gewicht gewannen schließlich die **gesetzlich-innerstaatlichen Regelungen**. Der größte Posten entfiel dabei auf die individuelle Wiedergutmachung auf Grundlage des **Bundesentschädigungsgesetzes** (BEG) von 1952. Die Leistungen nach dem BEG und dem **Bundesrückerstattungsgesetz** (BRÜG) verteilten sich bisher zu ca. 20 bis 25 % auf das Inland, zu etwa 40 % auf Israel und im übrigen auf das sonstige Ausland. Strenggenommen waren dies keine reparationsäquivalenten Leistungen. Die Wiedergutmachung richtete sich ausschließlich an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (wegen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung), die Deutsche sind oder waren bzw. zum „deutschen Kulturkreis“ gehörten.²⁷²

Das BEG war folglich das politische Pendant zum Lastenausgleich: Durch das eine Gesetz wurden jene Deutsche entschädigt, die ihr Hab und Gut infolge des Krieges verloren hatten, durch das andere solche, die durch das NS-Regime geschädigt worden waren.

Weder der Lastenausgleich (LAG) noch die Leistungen aus dem BEG können daher zu den Reparationen gerechnet werden. In beiden Fällen handelte es sich **nicht** um Leistungen des Reparationsschuldners Deutschland an ausländische Gläubiger.

271 Vgl. Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen, Hg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt 1976, S. 342

272 Vgl. „Die Zeit“ vom 8. Januar 1993

*Leistungen der öffentlichen Hand auf dem Gebiet der Wiedergutmachung sowie
Schuldenleistungen (reparationsähnliche Leistungen) der Bundesrepublik nach
1953*²⁷³

bisherige Leistungen	Mrd. DM	Zeitraum
Schuldenleistungen		
Londoner Schuldenabkommen	14,50	1953 bis 1974
Wiedergutmachung		
Zahlungen an Israel	3,45	1953 bis 1965
Globalverträge mit 12 Staaten	1,00	1960 bis 1973
Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	69,47	1960 bis 1991
Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG)	3,93	1960 bis 1991
sonstige Leistungen des Bundes	7,60	bis 1991
abschließende Härteregelungen des Bundes	0,60	bis 1991
Leistungen der Länder im Rahmen der Wiedergutmachung außerhalb des BEG	2,56	1960 bis 1991
Summe	103,10	

15.5. *Das weitgehende Ausbleiben von Wiedergutmachungsregelungen und
Kriegsopferversorgung in der DDR*

Dem LAG und BEG vergleichbare Gesetze gab es in der DDR nicht.

Die DDR-Regierung verfuhr gegenüber den Kriegsgeschädigten, und das betraf bis 1949 vor allem etwa 4,3 Millionen Flüchtlinge bzw. Umsiedler, nach dem Prinzip „Eingliederung ja - Entschädigung nein.“ Ein gesellschaftlicher Lastenausgleich zwischen denjenigen, die ihr Vermögen infolge des Krieges vor allem in den von Deutschland abzutretenden Gebieten verloren hatten und jenen, die keine Verluste erlitten, spielte in der DDR keine Rolle und fand auch bisher keine Anerkennung.

Eine Vermögensposition wieder herzustellen, konnte von einem Staat, der das Privateigentum nicht als schutzwürdig anerkannte, nicht erwartet werden.

Zu klären ist die Frage, inwiefern die Verweigerung eines Lastenausgleichs und damit der sozialen Konsensfindung bewußt zur Akzeptanz von Besitzstandsveränderungen in der SBZ geführt hat.

²⁷³ Zahlen zusammengestellt nach: Fisch, Jörg, a.a.O. und Angaben des Bundesfinanzministeriums

Auch die Kriegsopferversorgung bewegte sich in der DDR in einem engen Rahmen.²⁷⁴ Obwohl es im Vergleich zur Bundesrepublik eine relativ geringere Zahl von Kriegsrentenempfängern gab, wurden Regelungen ihrer Versorgung vergleichsweise restriktiv gehandhabt. Allerdings waren die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte im Reparationszeitraum sehr begrenzt. Inwiefern auch politische Vorbehalte gegen umfassendere Regelungen standen, bedarf noch der Klärung.

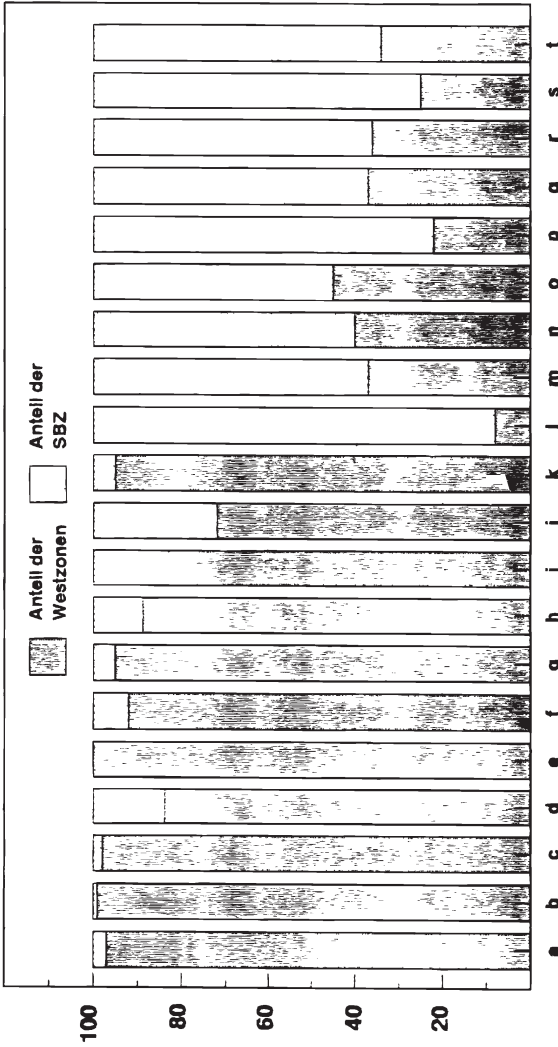
Im Gegensatz zu den schmalen Versorgungsleistungen für Kriegsopfer gab es in der SBZ nachhaltige Bemühungen, den Opfern des Faschismus (OdF) eine großzügige Betreuung zuteil werden zu lassen. Bis Mitte 1948 wurden in der SBZ über 37 000 Menschen als OdF (später Verfolgte des Naziregimes, VdN) anerkannt. Eine im Februar 1950 erlassene Richtlinie band allerdings die Versorgungsleistungen für VdN an politisches Wohlverhalten. Mit einer Verordnung vom 28.8.1952 wurden „Ehrenpensionen“ eingeführt, die die Betroffenen erheblich besser stellten.

Eine umfassende Wiedergutmachung für NS-Unrecht leistete die DDR indes nicht.

Zahlungen an im Ausland, hauptsächlich in Israel lebende Personen, unterblieben. Israel hatte 1951 alle vier Siegermächte gebeten, sich bei den Deutschen für Wiedergutmachung einzusetzen und forderte 1/3 der Leistungen von der DDR. Doch diese weigerte sich, entsprechende Verpflichtungen zu übernehmen. Ein Entschädigungsgesetz wurde in der DDR nicht erlassen.

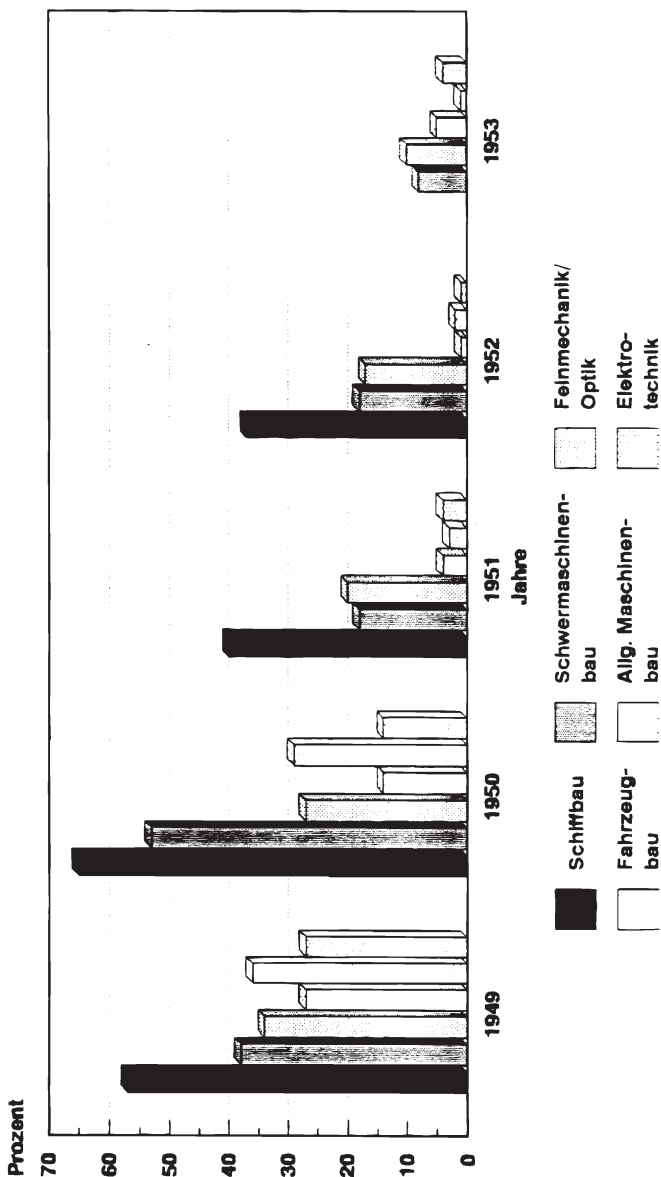
274 Vgl. Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2 Sozialpolitik in der DDR, München/Wien 1993, S. 24 ff.

Anteil der Besatzungszonen an ausgewählten Rohstoffen und Industriegütern (Stand 1936, Anteile in Prozent)



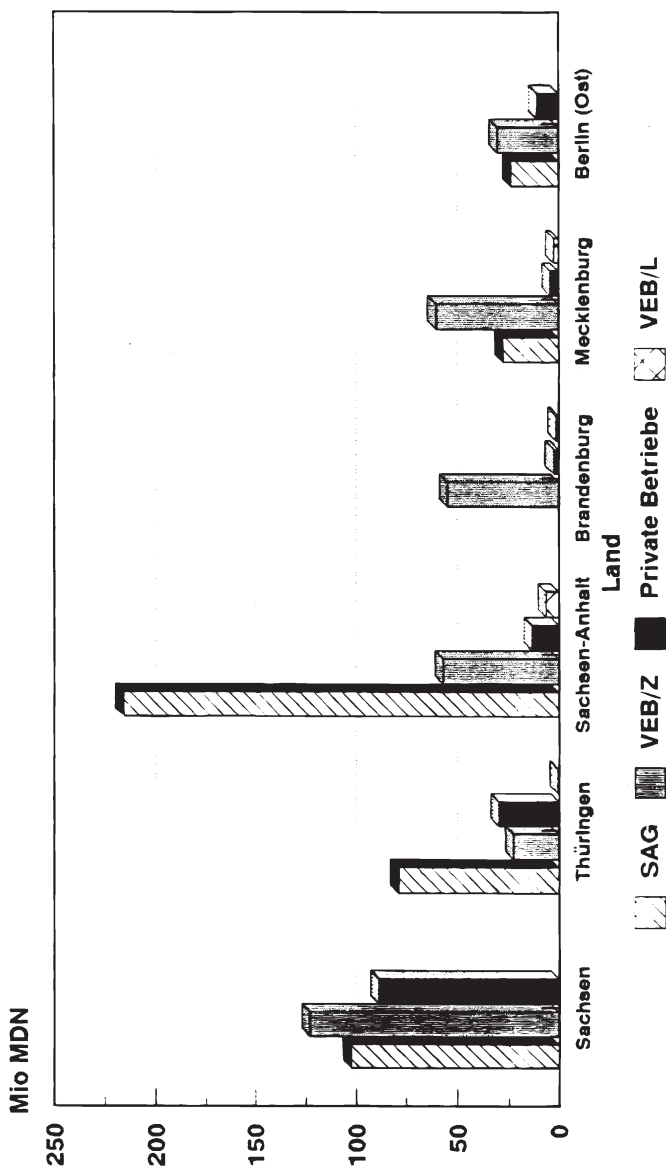
- a) Steinkohle
- b) Kokereikoks
- c) Roheisen
- d) Zement
- e) Erdöl
- f) Walzw. erz.
- g) Röhren
- h) Traktoren
- i) Verbrennmot.
- j) PKW
- k) Bereifung
- l) Kupfererz
- m) Braunkohle
- n) Kali
- o) Benzin
- p) Büromasch.
- q) Textilmasch.
- r) Garne
- s) Leder
- t) hochw. Kameras

**Anteil der Reparationslieferungen
ausgewählter Industriezweige an den
Volkswirtschaftsplänen 1949 bis 1953 (in %)**



Quelle: BAP, C-2, Nr. 17091, Nr. 17113; Stat.JB der DDR 1955, Berlin 1956, S. 154

**Reparationsplan für die Länder der DDR
im Jahr 1950 in Mio. DM (Ost)**



1. Substanzverluste vom 1944 vorhandenen Volksvermögens durch Kriegssachschäden und Demontagen



Westliche Besatzungszonen
16 Prozent



Sowjetische Besatzungszone
18,5 Prozent

2. Kapazitätsverluste der Industrie durch Demontagen, gemessen am Stand von 1944 (in Prozent)



Westliche Besatzungszonen
3 Prozent



Sowjetische Besatzungszone
30 Prozent

3. Durchschnittliche Belastungen durch lfd. Leistungen von 1945 bis 1953, gemessen am Bruttosozialprodukt,



Westliche Besatzungszonen
7,2 Prozent

Sowjetische Besatzungszone
23,7 Prozent

**4. Jährliche Belastungen durch laufende Leistungen, gemessen am
Bruttosozialprodukt
(in Prozent)**

